

Die britische Luftlinie wollte na
Bekanntwerden des Schwindels d
Verkauf rückgängig machen und d
Maschinen sicherstellen lassen. D
gelang ihr aber nicht: Der nach A
man gelieferte Airbus ist am 6. A
gust nach Tripolis geflogen worde
der andere soll in den nächsten Tag
folgen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Tödliche Nebensache

Von Jochen Hehn

Die tödlichen Schüsse an der sowjetisch-chinesischen Grenze im Ili-Kasachstan-Distrikt der chinesischen Provinz Sinkiang werden kaum eine neue Eiszeit zwischen Moskau und Peking heraufbeschwören. Obwohl bei dem Vorfall ein chinesischer Soldat getötet und ein weiterer verletzt wurde, waren Sowjets wie Chinesen darum bemüht, keine Feindseligkeit aufkommen zu lassen. Der „Vorfall ist beigelegt, jetzt gibt es keine ungelösten Probleme mehr“, ließ ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums wissen. Wohl mehr, um die Angelegenheit zu den Akten zu nehmen, wurden Protestnoten ausgetauscht, voneinander abweichende Darstellungen gegeben. Vereinzelt Schüsse, vielleicht Kurzschlußreaktionen übereifriger Grenzschützen, zählen wenig, wenn zwei Weltmächte ihre Beziehungen ins reine zu bringen suchen.

Zu viel steht auf dem Spiel. Da wird dann sogar mit dem ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Iwan Archipow der ranghöchste Sowjetpolitiker seit Jahren nach Peking geschickt. Nicht, wie es offiziell hieß, um sich von chinesischen Akupunkturadeln traktieren zu lassen, sondern um eine neue Politik der Nadelstiche zu verhindern.

Vielleicht auch, sich zu entschuldigen, rechtzeitig vor der großen Asien-Rede Gorbatschows in Wladivostok. Man erinnert sich: 1989 lieferten sich sowjetische und chinesische Grenzsoldaten am Grenzfluß Ussuri im chinesischen Nordosten blutige Gefechte um eine kleine Insel namens Zhenbao. Auch in den nachfolgenden Jahren kam es zwischen den Grenzsoldaten immer wieder zu Zwischenfällen, die jedesmal in den Medien beider Länder hochgespielt wurden.

Heute gelten andere Prioritäten: China hat seine Reformpolitik und benötigt eine friedliche Umgebung. Die Sowjetunion erhofft sich eine Reduzierung der astronomischen Militärausgaben und damit mehr Geld für die Belebung der heimischen Wirtschaft. So werden Grenzwischenfälle wie der von Sinkiang, auch wenn es dabei Tote gibt, zur Nebensache. Denn gegenüber einem unerbittlichen Nachbarn wie China kann die Sowjetunion sehr behutsam reagieren.

Stegers Atomspaltung

Von Carl Gustaf Ströhm

Der tschechoslowakische Minister für Energie, Vlastimil Ehrenberger, hat anlässlich eines Besuchs in Wien beim österreichischen Vizekanzler und Chef der Freiheitlichen Partei, Norbert Steger, in der Atomfrage jenes Verständnis und jene Milde gefunden, auf welche die Deutschen im allgemeinen und die Bayern im besonderen bei Steger keineswegs rechnen können. Steger gab, wenn auch gewunden und verklausuliert, zu: Die CSSR, deren Atomkraftwerke um vieles bedrohlicher für Österreich sind als etwa die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf je sein könnte, denkt gar nicht daran, auf die Nutzung der Kernenergie zu verzichten.

Im Gegenteil: Die kommunistische Führung in Prag hat mehrfach bekräftigt, daß sie die Atomkraft als Energiequelle in den kommenden Jahren noch stärker als bisher ausbauen wird. Im Abstand von nicht einmal 80 Kilometern zur österreichischen Grenze und knapp vor den Toren Wiens liegt bereits das AKW Jaslovské Bohunice. Es kommen noch die Kraftwerke Temelin und Dukovany sowie Mochovce (letzteres in der Slowakei) hinzu. Die Sicherheitsstandards liegen erheblich unter dem Niveau, das im Westen und besonders in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschrieben ist. Aber Steger geht gegen den kommunistischen CSSR-Ministerpräsidenten Strougal keineswegs in dem Ton vor, den er gegen den bayerischen Ministerpräsidenten anspricht.

Objektiv bleibt den Tschechen nichts übrig als die Atomkraft – denn wenn sie ihre Energie weiter aus ihrem einzigen heimischen Brennstoff gewinnen, der minderwertigen und schwefelhaltigen böhmischen Braunkohle, werden sie nicht nur ihre eigenen Wälder und ihre eigene bereits stark in Mitleidenschaft gezogene Umwelt vollends ruinieren, sondern ganz Mitteleuropa in eine Schwefelwüste voll abgestorbener Bäume verwandeln. Das groteske ist nur, daß der stellvertretende österreichische Regierungschef diesen Tatbestand der Öffentlichkeit vorenthält und statt dessen die Bayern als atomare Watschenmänner aufbaut. Vielleicht spielt hier die Angst mit, bei den CSSR-Kommunisten in Ungnade zu fallen.

Anschwärzen

Von Enno v. Loewenstern

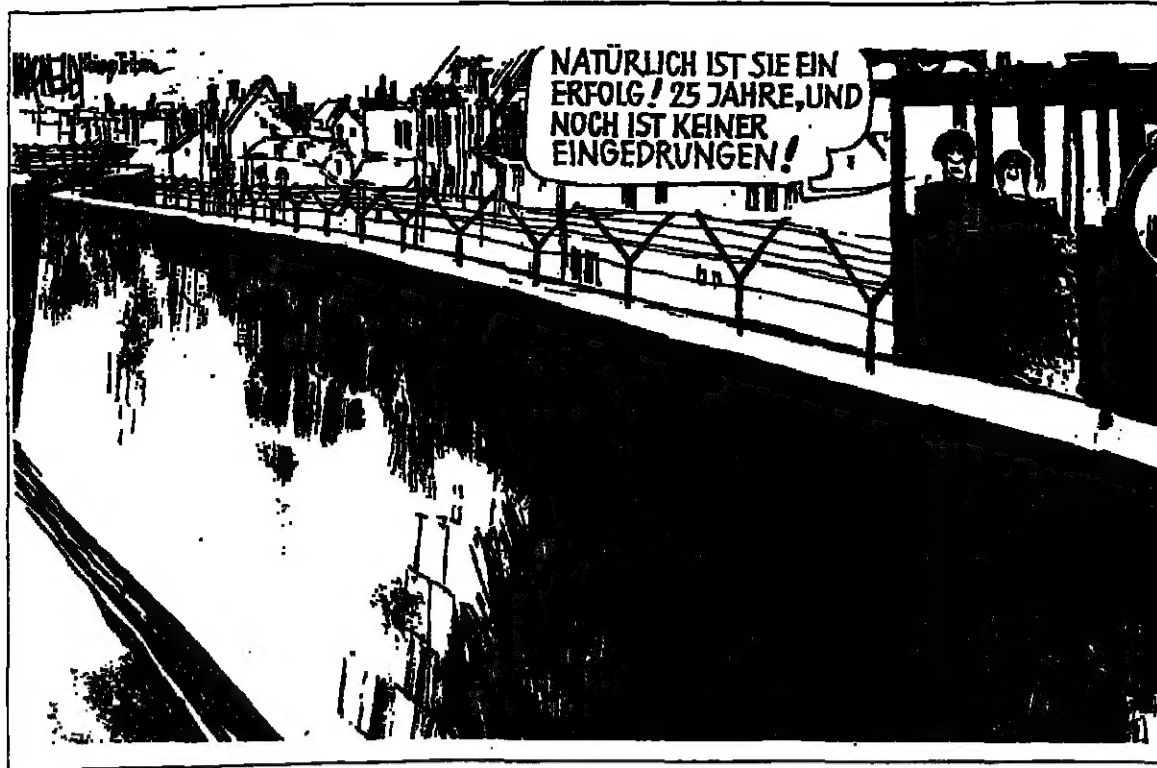
Irgendwie wollte es nie so recht zwischen dem Demokratischen Sozialismus und der Pressefreiheit klappen. Das eigene Presseimperium hat er im Laufe der Jahre kaputtgemacht. Dann beklagte er sich, daß er in den anderen Zeitungen nicht genug zu Worte komme, und rief nach Kontrollinstanzen aller Art. Und nun beklagt er sich, daß er zuviel zu Worte komme.

Eine eigene Kolumne im parteieigenen Miniblatt soll künftig jeden Genossen, der es wagt, „Bild“ oder „Bild am Sonntag“ Interviews zu geben, oder der sonst mit ihnen „Umgang pflegt“ – was soll sie? Ihn an den Pranger stellen? Nicht doch. „Dabei geht es dem Vorwärts nicht darum, irgend jemand an den Pranger zu stellen“, sondern schließlich um die Tatsachenfeststellung, welche prominenten Sozialdemokraten durch Exklusiv-Aussagen diesen beiden Blättern den Anschein der politischen Offenheit und Neutralität geben.

Das war die erste Feinlichkeit. Die zweite folgte gleich nach; man war nämlich selbst in Verdacht geraten, den Abschuß des eigenen, bei den Linken nicht geschätzten Hoffnungsträgers vorzubereiten: „Denjenigen, die den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau wegen eines Leitartikels in Auto-Bild beim Vorwärts anschwärzen wollten, sei gesagt: Wie angekündigt, beschäftigt sich der Vorwärts nur mit Bild und Bild am Sonntag, nicht mit Bild der Frau und Auto-Bild.“ Wohl gemerkt: „anschwärzen“. Das Parteiblatt weiß durchaus, was es tut.

Die nächste Feinlichkeit ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Zum Auftakt waren Horst Ehmke und der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe angeschwärzt worden. Anschließend mußte das Blatt betreten eingestehen: „Sprecher verschiedener Gewerkschaften haben ihren Zorn über diese Vorwärts-Serie telefonisch übermittelt. Wo sonst, fragen sie, sollten sie denn ihre Mitglieder und andere Arbeitnehmer massenhaft ansprechen, wenn nicht in Bild und Bild am Sonntag?“ Ja, wo sonst fühlt sich der Arbeitnehmer angesprochen? Verzeihung fragte der „Vorwärts“: „Warum müssen es denn Bild und Bild am Sonntag sein? Will da etwa jemand behaupten, die Gewerkschaftszeitungen würden gar nicht gelesen?“

Geschweige denn: der „Vorwärts“ selbst.



MAGNELLY/CHICAGO TRIBUNE

Mobilisieren – wofür?

Von Peter Philipps

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau ist ein gottesfürchtiger Mann. So einer darf sonst nichts und niemanden fürchten; insofern verbietet sich der Vergleich mit dem Wanderer, der sich im nachtdunklen Wald die Angst vor der Seele zu pfeifen sucht. Aber dies ist die Lage zu Beginn des sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg. Denn die Euphorie, die nach dem nordrhein-westfälischen Wahlerfolg Rau zum Kanzlerkandidaten machte, an dessen bundesweitem Erfolg ernsthaft nicht gezweifelt werden dürfte, ist lange dahin.

Daß das Wahlziel der absoluten SPD-Mehrheit im Januar 1987 erreichbar sei, prüft nur Rau am Wochenende erneut als Begrüßungsmarsch für die anreisenden Delegierten. Wie stark die Zweifel darüber spätestens seit der Niedersachsen-Wahl auch in der Führungs-Crew gewachsen sind, haben die öffentlichen Äußerungen von Brandt und Grotz deutlich gemacht. Nur Vogel trat in Wehner-Mannier öffentlich vor den Kandidaten: Die absolute Mehrheit bleibe das Ziel; die Partei habe gewußt, wen sie sich aufstellen, vertraute er der WELT an. Aber auch einer der beiden engsten Rau-Berater, Bodo Hombach, hat jede solche Hoffnung aus der Insider-Kennntnis abgelehnt: „Die SPD kann gegenwärtig tatsächlich keine eigene Mehrheit gewinnen“.

In Nürnberg nun, wo vor achtzehn Jahren Brandt und Wehner letztmals im Schulterschluss gemeinsam Prügel bezogen – von den heute so hoch gelobten Enkeln auf einem Parteitag wegen der Großen Koalition – soll es anders als damals laufen: Die Partei soll hinter dem Kandidaten weitgehend unsichtbar werden. Denn Bodo Hombach Rezept der Verzeihung lautet: „Zur Wahl am 25. Januar steht ja nicht die SPD, sondern die SPD unter Führung von Johannes Rau.“ Und: „Hier entstehen nicht etwa wirkliche, dauerhafte Wähler der SPD, sondern es sind Wähler, die versuchen es mit einer Politik, für die Johannes Rau steht.“

Nur ist zum einen nicht so richtig klar, für welche Politik Johannes Rau denn wirklich steht (wenn auch manche sagen, daß eben dies das Raffinierte sei). Und zum anderen ist die Frage, ob die Partei sich auf diesem schwankenden Boden

kraftvoll und geschlossen in den Wahlkampf stürzen wird. Nicht erst seit Niedersachsen hat die SPD Schwierigkeiten, ihre Basis wirklich zu mobilisieren. 1972, als es „Willy wählen“ hieß, ist dies in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das erste und bisher einzige Mal weitgehend gelungen, aber auch damals reichte es nicht zur absoluten Mehrheit. Wo aber sollte das ähnlich wie damals emotionalisierende Thema jetzt herkommen? Aus einem Mitleid-Effekt für Rau? Jedenfalls sicher nicht aus Hauffs inzwischen auch von den Betriebsräten verrissenem Ausstieg-Papier.

43 Prozent wären ja auch schon ganz schön als Ergebnis, hatte Willy Brandt aus seinem französischen Sommersitz als Lösung ausgegeben – um dann mit allen möglichen semantischen Nachrüstungen diese Zahl wieder einzufügen. Aber in der Tat, angesichts des diffusen Bildes, das die Partei seit der Enttäuschung von Niedersachsen bietet, wäre das ein wirklich ganz schönes Ergebnis. Selbst der einst so optimistische Rau hat zwischenzeitlich, wie man hörte und spürte, den ganzen Kram hinwerfen wollen, der ohnehin in seiner „Lebensplanung“ nicht vorgesehen war.

So ist die Dramaturgie für Nürnberg klar: In den politisch wichtigen Schwerpunkt-Fragen werden die sozialdemokratischen Delegierten den großen Schulterschluss demonstrieren, die nahtlose Einheit mit ihrem Spitzenkandidaten. Der



„Die SPD kann keine Mehrheit gewinnen“: Regisseur und Hauptdarsteller

Streit wird – wie die roten Fahnen in der Dekoration – ins Abseits verbannt, auf die Nebenfelder. Ein voraussichtlich letztes Mal wird Brandt hierbei die Regie führen. Dem Wahlvolk draußen vor der Tür, oftmals unter Verleugern seiner eigenen Ansichten, eine Truppe vorführen, die wie ein Mann zu Rau und seinem „Versöhnen statt Spalten“ steht. Die letzten Parteitage für Helmut Schmidt, als er noch im Kanzleramt agierte, sind als farbige Beispiele noch gut in Erinnerung. Genauso gut allerdings auch der Raketentag in Köln, nach dem Bonner Machtverlust, als Schmidt für alle Welt sichtbar verlassen stand.

Zwei Männer also werden sichtbar den Mammut-Parteitag, der eine Woche lang der Nabel- und Heerschatz dienen soll, beherbergen: Regisseur Brandt und Hauptdarsteller Rau, der den Teilnehmern schüsseln aus der Seele sprechen, ihre Wünsche, Ängste und Hoffnungen aufnehmen und auf der Bühne umsetzen will. Je besser ihm dies gelingt, desto eher werden die Gepönsen über sein, ihre weitergehenden politischen Wünsche hintanzustellen, und die Auseinandersetzung darüber auf die Zeit nach der Wahl verlagern.

Und dann wird es noch einen in Nürnberg geben: die Kärnerarbeit für den Kandidaten leistet Hans-Jochen Vogel, auch als Vorsitzender der Antragskommission Nachfolger Herbert Wehners. Wie der „Onkel“ versteht er es inzwischen, brisante Anträge zu entschärfen, ihnen mit Zusammenfassungen, Beschlußempfehlungen und Leitstrichen den Wind aus dem Segeln zu nehmen.

Diese drei an der Spitze der Partei sind es, die auf absehbare Zeit die SPD nach außen weiterhin repräsentieren werden. Brandts Enkel haben sich inzwischen schneller als erwartet entzaubert. Sie müssen sich erst einmal wieder aus einer Mischung aus toten Fischen (Lafontaine) und toten Themen (Schroder) nach oben stampeln. Wenn Brandt wirklich, wie von ihm neuerdings in kaum noch verhüllenden Sätzen angedeutet, in Nürnberg für die letzten zwei Jahre als SPD-Vorsitzender kandidiert, dann wird die Nachfolge-Alternative nur Rau oder Vogel heißen. Die SPD beginnt in Nürnberg, sich auf die Nach-Brandt-Ära einzustellen.

IM GESPRÄCH Bülent Ecevit

Keine Ameise zertreten

Von Volker S. Stahr

Die Tatsache, daß ich hier spreche, obwohl ich weiß, daß gegen mich Verfahren angestrengt werden, sagte der Redner, „zeigt nicht, daß die Türkei ein freies Land ist. Sie zeigt, daß ich ein freier Mann bin, der das Risiko eingeht, ins Gefängnis zu kommen.“ Sie zeigt vielleicht auch, daß das Risiko nicht mehr so groß ist.

Seit sechs Jahren sind die türkischen Militärs an der Macht. Trotz der 1983 eingeleiteten Redemokratisierung nehmen sie weiterhin für sich in Anspruch, die „Korsetzungen der Demokratie“ zu sein. Sie berufen sich auf Staatsgründer Atatürk – und gehen doch am schärfsten gerade gegen jenen Mann vor, der mit seiner Politik dem Kemalismus am nächsten kommt: Bülent Ecevit (61), Ex-Premier, seit dem Putsch mit „politischem Betätigungsverbot“ belegt, wegen Verstoßes dagegen mit zwei Verfahren überzogen – und dennoch mit diesen Worten auf einer Istanbul-Versammlung „seiner“ (für ihn von seiner Frau Rahsan geleiteten) „Demokratischen Linkspartei“ (DSP) ein neues herausfordernd. Die DSP ist die Nachfolgerin der einst von Ecevit geführten und jetzt verbotenen „Republikanischen Volkspartei“ (CHP), die noch Atatürk selbst ins Leben gerufen hatte.

Der Kemalismus besteht aus „Nationalismus“ (Atatürk war strikter Neutralist), „Säkularismus“, „Reformismus/Modernismus“, „Republikanismus“, „Erdismus“ (u. a. staatliche Lenkung der Wirtschaft) und „Populismus“ (am ehesten mit dem französischen „Egalité“ zu umschreiben). All diese Punkte würde auch der Sozialist Ecevit weitgehend unterschreiben. Sein Vater war Abgeordneter und politischer Freund Atatürks. Bülent studierte in Istanbul, Ankara und London englische Literatur, Kunstgeschichte und Sanskrit. Auch nach dem Beitritt zur CHP 1950 tat er sich mehr als Schönegeist denn als politischer Kopf hervor. Er überstürzte Eliot und Pound und schrieb eigene Gedichte. Man nannte ihn einen „Sozialromantiker“ und „Karincaezner“ – „der keine Ameise zertreten“.

Um so verblüffender seine Karriere: 1957 wurde er Abgeordneter, 1961 Arbeitsminister, 1966 CHP-Generalsekretär, und 1972 verdrängte er Atatürks Mitstreiter Ismet İnönü von der



Zwischen Kemal Atatürk und Ecevit: Ecevit FOTO: GAMA

Parteisitze. Nach dem Wahlerfolg 1973 (185 von 450 Mandaten) wurde er 1974 Premier. Es war das Jahrzehnt des erbitterten Machtkampfes zwischen ihm und dem Konservativen Demirel. Um die Regierung bilden zu können, versuchte sich Ecevit in der Quadratur des Kreises: einer Koalition mit den konservativ-religiösen Fundamentalisten Erbakan. Doch mehr noch überraschte der Einmarsch türkischer Truppen auf Zypern im Sommer 1974 – befohlen von einem Mann, der 1947 in seinem „Türkisch-Griechischen Gedicht“ geschrieben hatte: „... (wir) wurden gar Töchter, doch eine Liebe blieb in uns, verborgen für Friedenstag“.

Das sterile Hinundher zwischen Demirel und ihm, während zuletzt der facto Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise herrschten, veranlaßte die General-1980 zum Eingreifen. Ecevit wurde gefangen, mußte ins Gefängnis, ging 1985 für eine Gastprofessur nach Hamburg, bevor er zwei Jahre nach Einleitung der Redemokratisierung wieder zurückkehrte. Jetzt läuft er gegen den einzigen Punkt Sturm, den die Militärs aus dem Programm Atatürks verwirklichen: Denn unter „Republikanismus“ verstand Atatürk nichts anderes als eine gelenkte Demokratie. Und für die anderen fünf Punkte, für die er eintritt, wird er bekämpft. Denn Laizismus, Verwestlichung und Planwirtschaft sind in dem noch immer mehrheitlich islamischen Land kaum zu verwirklichen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Studentische Zeitung

Die Münchner Zeitung kommentiert Maßnahmen gegen Studenten.

Steinkühler jongliert mit dem illegalen politischen Streik, indem er Arbeitsniederlegungen aus politischem Protest rechtfertigt (wenn auch in zeitlicher Eingrenzung auf zwei Stunden). Und wie kann er sich anmaßen, zu wissen, was „das Volk“ will? Selbst eine Million Demonstrationen können kein Ersatz sein für die demokratische Ermittlung des Volkswillens in freien und geheimen Wahlen. Würde sich der DGB als politische Partei zur Wahlentscheidung stellen, gäbe es für ihn ein Desaster.

Güterer Nachrichten

Sie schreiben zu Kardinal Hiller:

Höfner unterstreicht zu Recht folgenden Gegensatz: Strafe zwar für Naturgefährdung und Baumschädiger – aber Straffreiheit für die zwar gesetzlich zulässige, vom kirchlichen Standpunkt dagegen verbotene Abtreibung und damit Straffreiheit für ein Tötungsdelikt nach katholischer Auffassung.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie haben zu günstigen Geburtstagen:

Nun hat die Bonner Regierung auch die Babies als Wahlhelfer mobilisiert. Seien doch im ersten Halbjahr

1986 erheblich mehr Kinder geboren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres... (Es) ist Falschmünzerei, wenn die Ministerin die im ersten Halbjahr 1986 zur Welt gekommenen Babies bereits als Kronzeugen für ihre gute Politik vereinnahmt.

DIE RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung notiert vor dem SPD-Parteitag:

In ähnlicher Form wie Konrad Adenauer eine Abstufung der Wahrheit vornahm und sie in verschiedene Wahrheiten zerlegte, variiert die SPD das Thema Mehrheit. Forderte Rau zunächst die absolute Mehrheit, so verdünnte sie sich mittlerweile zur einfachen Mehrheit. Willy Brandt sprach dann von einer respektablem, Peter Grotz von einer schönen, Johannes Rau schließlich von einer eigenen Mehrheit... Im Eifer der Wortgefechte wurde aber übersehen, daß die Wählerstimme bereits im Februar zugunsten der Bundesregierung umschlug.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung bemerkt zu Tischer:

Es ist jetzt sicher, daß die Anwendung für die Experimente in dem Kernkraftwerk von sehr hoch oben kamen... Man muß sich deshalb fragen, ob der offizielle sowjetische Bericht, die Beunruhigung der Führung gegenüber der eigenen Nuklearkapazität verblüht.

Die Kunst, mit leeren Händen zu jonglieren

Umweltminister Fischer als Redner und in der Praxis / Von Dankwart Guratzsch

Wenn der grüne Umweltminister Fischer als Redner tritt, steigt im Hessischen Landtag die Spannung. Aus den Wandelgängen kommen die Abgeordneten herein, Gespräche verstummen, die vorher Gelangweilten lassen ihre Zeitung sinken. Dabei weiß jeder im Plenum, daß der einzige grüne Minister der Bundesrepublik bisher nicht gerade mit Großtaten gegläntzt hat. Womöglich macht gerade das den Reiz der Auftritte des früheren Spontiführers, Hausbesetzer und Taxifahrers aus: Die Kunst, mit leeren Händen zu jonglieren, beherrscht im Kabinett Bömer kein zweiter Minister auch nur annähernd so gut.

Vor der jüngsten Debatte zur Abfallpolitik wurde in den Wandelgängen getuschelt, dem Kabinett Bömer sei müllig zumute. Der sich abzeichnende Müllnotstand in Hessen, die Aussicht auf juristische Niederlagen, der Parteien- und Kommunalzweismut, die Getrennsammlung von Abfällen, die Feinheiten eines zunehmenden Müllexports über die Grenzen in

andere Bundesländer, der Eindruck von Konfusion, Konzeptions- und Tatenlosigkeit in Fischers Ministerium ließen die Regierung einen schwarzen Tag erwarten.

Der Benjamin in Bömers Kabinett jedoch zog sich ein weiteres Mal mit der ihm eigenen Chuzpe aus der Klemme. Die Unionsvertreter saßen verdutzt da, während der krawattenlose Jeansminister ausgerechnet CDU-Landtagsabgeordnete als Kronzeugen für seine Sicherheitsbedenken gegen neue, von früheren Regierungen Bömer geplante Großdeponien und gegen die Überschreitung von Luftbelastungsgrenzen durch neue Müllverbrennungsöfen zitierte. Sie trauten ihren Ohren nicht, als Fischer sprach: „In der Müllentsorgung sind die Interessen Hessens mit denen der christdemokratischen Länder identischer als mit Ländern wie Nordrhein-Westfalen.“

Wenn die Opposition Fischer später vorwarf, er habe „seine Hausaufgaben“ nicht gemacht, so wurde sie mindestens in einer Hin-

sicht korrigiert: Fischer kennt sich in der Umweltpolitik mittlerweile so gut aus, daß jeder Elawand mit dem Hinweg auf parallele oder noch viel weitergehende Maßnahmen, Forderungen und Programme von CDU-Politikern abzuschmettern weiß.

Der Stil, in dem er das tut, wirkt oft entwerfend. Fischer spricht stundenlang frei, sprichwörtlich gewandt, bildkräftig, mit Schlagfertigkeit, Witz und polemischer Schärfe. Immer wieder gelingt ihm eingängige Bilder – ob er von „umweltpolitischen Konfliktknoten“ der Opposition oder vom Auftritt der CDU „im Stil einer schlank geratenen Bauchtänzerin“ um den geforderten neuen Müll offen spricht, ob er eingesteht, er sei „durchs Glasdach“ in sein Amt gefallen, oder ob er einem Kritiker zuruft: „Das Krokodil, das so groß ist, Ihre Tränen zu weinen, ist noch nicht geboren.“

Die linke Hand in der Jackentasche, mit der rechten gestikulierend, bedient er sich eines Registers parlamentarischer Schutzbehauptungen und Hilfsargumente mit auftrumpfender Leichtigkeit. Je nach Bedarf weist er wechselweise auf die Notwendigkeit, das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen, die Notwendigkeit von Kompromissen, den Vorrang eines bundesweiten Müllverbundes vor den Länderinteressen, die Diskriminierung dieser Interessen durch eine „restriktive Verfassungsauslegung“, die Verletzung ökonomischer Erfordernisse oder die Notwendigkeit ökologischer Revisionen hin.

Schiebt man den rhetorischen Vorhang beiseite, wird zwar offenbar, daß Fischer seine Prologe noch immer vor einer fast leeren Bühne spricht. Bei angestrengtem Lauschen freilich verneint man zu hören, daß das, was er unter Umweltpolitik versteht, inzwischen hinter den Kulissen vonstatten geht. Die Parlamentarier erfrühen zu ihrem Staunen, daß die Firma Hoechst ihre Sondermüllverbrennungsanlage erweitern darf, daß Fischers Experten „mit Hochdruck“ weitere Standorte für neue Sonder-

millöfen suchen, daß die Verhandlungen über neue „Monodeponien“ in Hessen ein „konkretes Stadium“ erreicht hätten. Die Früchte dieser Aktivitäten, versicherte Fischer, wolle er „unter den Weihnachtsbaum legen“.

Wird ausgerechnet unter einem grünen Minister die diskreteste Umweltpolitik aller Zeiten in Hessen betrieben? Oder ist das Geheimnis dieser Politik, daß sie gar nicht stattfindet? Die Wiesbadener Debatte vermochte Fischer weder der einen noch der anderen Tatsache zu überführen.

Viel gefährlicher könnte dem von den Ausgangspositionen seiner Partei inzwischen weit abgedrifteten Minister in dieser Situation vermutlich eine grüne Landesmitgliederversammlung werden. Aber da haben die grünen „Realpolitiker“ anscheinend dazugehört. Um Störfälle auszuschließen, wurde die Basis vorsorglich „abgeschaltet“ wie ein Kernkraftwerk. Die nächste Landesversammlung soll möglichst erst nach den Bundestagswahlen stattfinden.

Ein Medien-Riese setzt seinen Fuß auf den Hamburger Zeitungsmarkt

Der Großverlag „Gruner und Jahr“ (und damit die Mutter Bertelsmann) will die Boulevard-Zeitung „Hamburger Morgenpost“ schließen. Stimmt das Kartellamt zu, besitzt der Medienriese seine erste Tageszeitung.

Von UWE BAHNSEN

Der neue Herr im Haus kam höchstpersönlich: Gerd Schulte-Hillen (44), Vorstandsvorsitzender des Hamburger Großverlages Gruner und Jahr, erschien am vergangenen Freitag vormittag ohne Ankündigung vor dem Beginn der täglichen Redaktionskonferenz in den Räumen der früheren SPD-eigenen Boulevard-Zeitung „Hamburger Morgenpost“ im Stadtteil Bahrenfeld und verkündete der nichtanwesenden Mannschaft in Anwesenheit des bisherigen Eigentümers Eduard Greif, das Haus G+J habe sich entschlossen, das Blatt zu übernehmen.

Der Top-Manager eröffnete den überrascht dreinblickenden rund 50 Redaktionsmitarbeitern, die seit Jahren in der Ungewißheit arbeiten, ob das dahinsiechende Blatt den nächsten Monatsersten noch überlebt, in den nächsten Wochen werde ein neues Konzept „auf höherem Niveau“ erarbeitet. Eine Beschäftigungsgarantie könne natürlich nicht gegeben werden, aber das Haus Gruner und Jahr sei sich seiner sozialen Verpflichtung natürlich bewusst.

Neugierige Fragen, etwa nach dem Preis, wehrte der G+J-Chef lächelnd ab; auch Eduard Greif schwieg dazu. In der Redaktion löste der Auftritt Schulte-Hillens zunächst ein zwiespältiges Echo aus. Einerseits wurden besorgte Fragen nach der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes laut; zugleich war aber allenthalben Erleichterung darüber spürbar, daß dieser Laden hier endlich in feste Hände kommt, wie es einer der Redakteure formulierte.

In feste Hände heißt in diesem Fall vor allem: in finanzstarke Hände. Die Dringlichkeit des finanziellen Unterlagers, mit dem der bisherige „Morgenpost“-Verleger Eduard Greif seine Mannschaft Tag für Tag den zumeist eisigen Winden eines knallharten Konkurrenzkampfes auf dem Hamburger Zeitungsmarkt aussetzte, hatten die Redakteure und Reporter seit geraumer Zeit höchstpersönlich zu spüren bekommen: Dazu gehörten insbesondere die nicht gerade branchenübliche Zahlung der Gehälter per Scheck und die Übersiedlung der Redaktion aus dem „Kaufmannshaus“ in der Hamburger City in die Bahrenfelder Griegstraße, wo das

Mietniveau niedriger ist als in den Großen Bleichen, zwei Minuten vom Rathaus entfernt.

Mittlerweile hat in der Redaktion Zuversicht die Oberhand gewonnen – nicht etwa, weil Schulte-Hillen in einem Interview mit der Neuweltung die Frage nach „einer kräftigen Unterstützung“ durch den künftigen Eigentümer mit der sibyllinischen Antwort bedacht hatte: „Wir werden helfen, wo wir können.“ Erhellender war da schon eine Passage in der offiziellen G+J-Mitteilung über die Transaktion: Der Verlagsvorstand ge-



he „weiterhin davon aus, daß es mit einer guten journalistischen Leistung und einem erfahrenen und professionell arbeitenden Management möglich ist, die Hamburger Morgenpost“ so auszubauen, daß sie sich aus eigener Kraft in der Hamburger Zeitungslandschaft behaupten kann.“

Daß diese Voraussetzungen bislang nicht gegeben sind, wissen die Profis um Schulte-Hillen, die natürlich außer den roten Zahlen der „Hamburger Morgenpost“ auch den Wettbewerb auf dem Zeitungsmarkt Hamburg kennen, ebenso genau wie die vielfältig belegte Tatsache, daß Geld allein nicht genügt, um eine heruntergewirtschaftete Zeitung zu sa-

nieren. Ohne Journalisten mit Engagement und Kreativität kann das nichts werden.

Dieser Sanierungsbedarf lugt seit Jahren aus nahezu jeder Ausgabe des Blattes und war im vergangenen Wochenende erneut zu besichtigen, als die Zeitung ihren Aufmacher auf der Seite 1 mit der Schlagzeile „Killer Pinzner als Film-Star“ versah – eine insbesondere deshalb interessante Mitteilung, weil besagter Killer zwar mit seinen Schüssen im Sicherheits-Trakt des Polizeipräsidiums eine Senatsumwidmung ausgelöst, jedoch bei diesem Vorgang außer den ihn vernehmenden Staatsanwalt und seine Ehefrau auch sich selbst aus dem Leben befördert hat.

Die einleitende Frage in der dazu gehörigen Story, „Was ist Chicago schon gegen Hamburg?“ muß insbesondere im sozialdemokratischen Senat, der zur Verhinderung von Chicago-ähnlichen Zuständen eine Verstärkung der Polizei beschlossen hat und für die Hansestadt mit dem bravetunlichen Slogan „Hamburg, das Hoch im Norden“ wirbt, Bestätigung ausgelöst haben.

Den Rathausregenten um Klaus von Dohnanyi kommt der Besitzwechsel, der in den nächsten Wochen faktisch vollzogen werden soll, sehr gelegen. Eine in Hamburg erscheinende Boulevard-Zeitung mit einer Auflage von derzeit rund 150.000 Exemplaren, die als Bestandteil eines durch Kapitalbeteiligungen verbundenen linken Mediengüterzeuges aus „Stern“, „Spiegel“, „Zeit“ finanzielle

und journalistische Blutzufusionen erhält und Schulte-Hillens Zusage an die Redaktion zufolge ihre „kritische, liberale Linie“ beibehalten soll – das ist so etwas wie eine Garantie für die Verstärkung jener linken Optik, die Dohnanyi und die übrigen Spitzenossen in der hamburgischen Medienlandschaft so unterentwickelt finden.

Hochwillkommen ist der Deal insbesondere vor einer Bürgerschaftswahl, in der der Regierungspartei ein Verlust der absoluten Mehrheit droht. Für die SPD hat die Übernahme des Blattes durch Gruner und Jahr zu dem noch den Vorteil, daß damit Gras über ein schlimmes Beispiel für sozialdemokratisches Presse-Mißmanagement wächst.

In ihren besten Zeiten, Anfang der 80er Jahre, hatte die 1949 von dem Sozialdemokraten Heinrich Braune gegründete „Hamburger Morgenpost“ eine Auflage von rund 400.000 Exemplaren.

Nachdem die beiden Schweizer Brüder Eduard und Christian Greif das Blatt 1980/81 in zwei Etappen übernommen hatten, beschäftigten Verkaufsverhandlungen, die sie mit nahezu allen potenten Verlagshäusern führten, die Branche. Auch mit Schulte-Hillen war man schon seit längerem im Gespräch; doch noch im Mai 1984 hatte der G+J-Vorstandsvorsitzende auf die Frage nach einer möglichen Übernahme des Blattes erklärt: „Aber nicht doch. Wenn wir uns bei einer Zeitung engagieren wollten, dann nicht gerade bei der Morgenpost.“

Weshalb der Branchenriese G+J dieses dilatorische Verhalten des Themas jetzt beendet und zugegriffen hat – darüber darf spekuliert werden. Ein gewichtiges Motiv mag in dem Umstand liegen, daß an der vor kurzem von sechs Hamburger Verlagen gegründeten „Radio Hamburg GmbH & Co. KG“ die „Ufa-Film- und Fernseh GmbH“, eine Tochtergesellschaft der Häuser Gruner und Jahr und Bertelsmann, mit 24 Prozent und die „Hamburger Morgenpost“ mit 5,8 Prozent der Stimmanteile beteiligt sind. Nach der Übernahme werden das also 29,8 Prozent sein, die einen sehr gewichtigen Einfluß auf die Geschäftsführung ermöglichen.

Das wird das Bundeskartellamt, mit dessen Zustimmung Schulte-Hillen eigener Bekundung zufolge zu versichert rechnen, ebenso zu berücksichtigen haben wie die gesamten Dimensionen des Medienriesen Bertelsmann (Umsatz 7,4 Milliarden Mark), der bei dem Großverlag Gruner und Jahr mit seinen 2,3 Milliarden Mark Umsatz und mehr als 30 Zeitschriften das Sagen hat und mit seinem Expansionsdrang für einen ganz neuen Inhalt des Begriffs „Pressekonzentration“ sorgt.



Interessent und Verkäufer: Gerd Schulte-Hillen, Vorstandsvorsitzender von Gruner und Jahr, und Verleger Eduard Greif (r.). FOTOS: DPA/TEUTOPRESS



Ein Stück altes Rußland in Gethsemane: die russisch-orthodoxe Kirche Santa Maria Magdalena

FOTO ISRAEL ZUN

Der Kreml greift nach den Zwiebeltürmen in Jerusalem

Es ist große Politik, wenn Moskau und Jerusalem versuchen, neue diplomatische Kontakte zu knüpfen. Dabei bleiben „die Kleinen“ dann leicht auf der Strecke. Diesmal könnte das Opfer die „weiße russische Kirche“ sein.

Von CARL G. STRÖHM

Die Zwiebeltürme der Kathedrale „Maria Magdalena“ sehen mit ihren typischen orthodoxen Kreuzen auf den Spitzen aus, als stünden sie im tiefsten Rußland. Doch die Kirche liegt in Gethsemane – auf biblischem Boden, auf dem einst Jesus Christus wandelte, mitten im heutigen Jerusalem. Erbaut wurde sie im Jahre 1888 durch den russischen Zaren Alexander III. und die Großfürstin aus der Dynastie Romanow – zum Andenken an die verstorbene Zaren-Mutter.

Hier liegen auch die sterblichen Überreste einer deutschen Prinzessin: der aus Hessen-Darmstadt stammenden, später am Petersburger Hof verheirateten Großfürstin Elisabeth. Obwohl sie sich längst von der Welt zurückgezogen hatte und als Nonne in ein russisches Kloster eingetreten war, wurde sie 1919 während des Bürgerkriegs in Alapajewsk durch die Sowjetregierung ermordet. Sie teilte damit das Schicksal der gesamten Zarenfamilie.

Wenn es nach dem Willen der Sowjetregierung geht, wird die Jerusalemer Kirche Maria Magdalena mit der Grabstätte der von den Sowjets getöteten Großfürstin demnächst in sowjetisches Eigentum übergehen. Denn anlässlich des vor einigen Tagen in Helsinki erstmals abgehaltenen sowjetisch-israelischen „Arbeitstreffens“ von Vertretern der beiderseitigen Außenministerien, hat Moskau durch die Agentur „Nowosti“ erklärt, Hauptziel der Gespräche mit den Israelis sei für Moskau die Sicherung der sowjetischen „Vermögensinteressen“ in Israel.

Es geht Moskau um die Immobilien

Dabei handele es sich, so Moskau, vor allem um „Immobilien“, die der früheren kaiserlichen Regierung Rußlands und der „russischen orthodoxen Palästina-Gesellschaft“ sowie der russischen Kirche gehörten.

Die Sowjets bezifferten den Umfang des russischen Grundeigentums, auf den sie Anspruch erheben, mit 32 Hektar. Auf diesem Grund befinden sich Kirchen, Klöster und Wohnhäuser. In den letzten Jahren, so die sowjetische Agentur, seien gegen die russischen Kirchen und Einrichtungen angeblich Akte des „Wandalismus“ und „Rowdytums“ begangen worden. Die Führung der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats habe sich deshalb an die israelischen Behörden und an Präsident Herzog mit Protesten gegen derlei „Willkür“ gewandt.

Auch wenn die Gespräche zunächst erst einmal wieder gestoppt worden sind, gilt es als sicher, daß es in Israel Tendenzen gibt, den Sowjets in der Frage des Kirchenvermögens und des aus der Zarenzeit stammenden Eigentums entgegenzukommen, um so zu einem Modus vivendi mit der UdSSR und vielleicht sogar zu einer Aufnahme diplomatischer oder wenigstens konsularischer Beziehungen mit Moskau zu gelangen.

Großes Aufsehen erregte eine halb scherzhafte, halb ernste Bemerkung des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek, der beim Begrüßungsbesuch des Moskauer Patriarchen in der empfangenen aus Moskau entsandten neuen Oberhaupt der russisch-orthodoxen (roten) Mission in Israel, des Archimandriten Pawel (Grigorij Ponomarew), erklärt haben soll, „wenn die Sowjetunion das einheitliche und unteilbare Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkenne, werde

Israel den Sowjets das gesamte Eigentum der „weißen“ russischen Kirche übergeben.“

Darauf soll – nach einem Bericht in Israel erscheinenden russischsprachigen Zeitung „Nascha Strana“ – der gleichfalls anwesende amerikanische Konsul Draper Kollek gefragt haben: „Aber was wird sein, wenn die Sowjets auf diesen Vorschlag eingehen?“

Die Frage stellt sich allerdings, ob der Staat Israel berechtigt ist, den Sowjets die besagten Kirchen und Klöster überhaupt zu übergeben. Denn der Großteil des russisch-orthodoxen kirchlichen Eigentums gehörte auch vor der Russischen Revolution nicht dem russischen Staat. Ob die Sowjetregierung der Rechtsnachfolger des kaiserlichen Hauses Romanow oder auch der im 19. Jahrhundert gegründeten russischen „Palästina-Gesellschaft“ ist, bleibt ebenso zweifelhaft wie die Frage, ob eine Kirche, die aus Spenden von Mitgliedern des zaristischen Herrscherhauses errichtet wurde, als Staatsgut betrachtet werden kann (nach dieser Logik wäre das Privatvermögen der britischen Königsfamilie dann gleichfalls Staatsgut).

Die „Sorge des Sowjetstaates“ um das kirchliche Eigentum im Heiligen Land und dessen Bewahrung vor „Wandalismus“ ist vollends seltsam, wenn man bedenkt, daß die Sowjetmacht unter Lenin bei ihrer Machtergreifung 1918 als erstes das gesamte Vermögen der russisch-orthodoxen Kirche beschlagnahmte und der Kirche bis zum heutigen Tag den Charakter einer juristischen Person – damit also der Rechtsfähigkeit – entzogen hat.

Tausende von historisch unersetzlichen Kirchen und Klöstern wurden von den Kommunisten geplündert, wertvolle Ikonen zerstört und verbrannt, Tausende von orthodoxen Priestern erschossen. Die rücksichtslose Kirchenverfolgung in Rußland führte dann zu einer Teilung der russischen Orthodoxie. Jene Bischöfe und Geistlichen, die sich außerhalb des Machtbereichs der Kommunisten befanden, gründeten – übrigens in vollem Einverständnis mit jenen ihrer Glaubensbrüder, die in der Heimat zurückgeblieben mußten – die russisch-orthodoxe Kirche im Ausland. Deren Sitz befindet sich heute in New York.

Nun ist im Heiligen Land als Folge der politischen Kämpfe und Wirren der letzten Jahrzehnte eine seltsame Situation entstanden. Die russische Exilkirche – also die weiße Kirche – verfügt bis zum heutigen Tag über das russische Kirchengut in jenen Gebieten, die bis zum Sechzigerkrieg 1967 zum Königreich Jordanien gehörten; also über alle Objekte, die sich etwa in der Jerusalemer Altstadt oder auf der „Westbank“ befinden.

Dagegen hat die neugegründete israelische Regierung bereits 1948 alles Eigentum der russisch-orthodoxen Kirche, das sich nach dem damaligen Waffenstillstand innerhalb der ursprünglichen Grenzen Israels befand, ohne große Untersuchungen an die Sowjetunion übergeben. Man rechtfertigte den damaligen Schritt mit der Tatsache, daß die Sowjetunion einer der ersten Staaten gewesen sei, der Israel diplomatisch anerkannte und daß Israel sich in dieser Frage einen Konflikt mit der Moskauer Großmacht nicht leisten könne.

Die Übergabe des kirchlichen Eigentums an die sowjetischen Vertreter ging damals übrigens ziemlich rauh vonstatten. So wurde dem „weißen“ Priester der russisch-orthodoxen Dreifaltigkeitskirche, Vater Methodius, vom damaligen Militärgouverneur Jerusalems mitgeteilt, er habe unverzüglich die Kirche samt altem Inventar den aus Moskau angereisten Vertretern zu übergeben. Als Vater Methodius sich weigerte, den Schlüssel herauszurücken, wurde er von einer „Gruppe kräftiger junger Männer“ aus der sowjetischen Botschaft verprügelt und aus seiner Kirche auf der Straße geworfen.

Die Tragödie des russischen kirchlichen Eigentums im Heiligen Land wurde zur Groteske, als die gleichen Sowjets, die 1948 auf die „Rückgabe“ des Kirchenbesitzes gedrängt hatten, 1964 einen großen Teil der von Israel erhaltenen Werte wieder an die Regierung in Tel Aviv gegen Devisen zurückverkauften.

Doch auch als 1967 die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion abgebrochen wurden, behielt Moskau einen Fuß in der Tür von Tel Aviv und Jerusalem:



Gestern wie heute: Der Prunk gehört zur orthodoxen Kirche

FOTO: UPI

Epidaurus – das antike Theater lebt

Nicht die Kraniche des Ibykus stehen über das Theater und, sondern es sitzen die Zykaden. Doch sonst ist es – beinahe – wie vor über 2000 Jahren. Die Touristen vergnügen sich wie und je im Rund der Arena von Epidaurus.

Von PETER DITTMAR

Dann aber lit ich tragisch – im Theater – verkündet Dikaiopolis, der „rechtshaffene Bürger“, gleich zu Anfang. Aber wer ihm lauscht, braucht solche Leiden nicht zu fürchten. Denn Dikaiopolis ist der Held einer Komödie, der „Acharner“ des Aristophanes. Und es sind nicht nur „die Griechen Stänne“ froh vereint, wenn er das Wort ergreift, sondern auch so mancher Fremde vom Stamme der Touristen „mengt“ sich in jene Menschenmenge, die dort sich zum Theater drängt.

Allerdings ein ganzes Stück südlich von des „Korinthus“ Landesenge, wo sich die Morität von den „Kranichen des Ibykus“ zutrug. Im Theater von Epidaurus, wahrlich ein eim „Bau“ in weiter Stet geschweiften Bogen / hinauf bis in des Himmels Blau“, kommen am Wochenende zehn- bis fünfzehntausend Leute zusammen, um sich vom antiken griechischen Drama erschüttern oder von den Komödien amüsieren zu lassen.

Griechenland weiß mit dem Pfund zu wuchern, das ihm mit dem alten Theater zufiel. Epidaurus in der Argolis auf dem Peloponnes, sozusagen der Athen gegenüberliegenden Küste, war in der Antike so etwas wie ein international berühmtes und geschätztes Kurzentrum.

Unweit der Stadt gab es nämlich das größte Asklepios-Heiligtum. Die Kurestätte für den Gott der Heilkunst war im sechsten vorchristlichen Jahrhundert entstanden und hatte im Laufe der Zeit bald „Filialen“ in anderen Teilen Griechenlands. Denn die Asklepios-Jünger praktizierten seinerzeit recht erfolgreich eine Art Psychotherapie. Nach und nach entstanden neben Tempeln und Altären zahlreiche Gebäude, um die Heilungssuchenden unterbringen zu können und dazu die entsprechende Infrastruktur – natürlich auch der Unterhaltung.

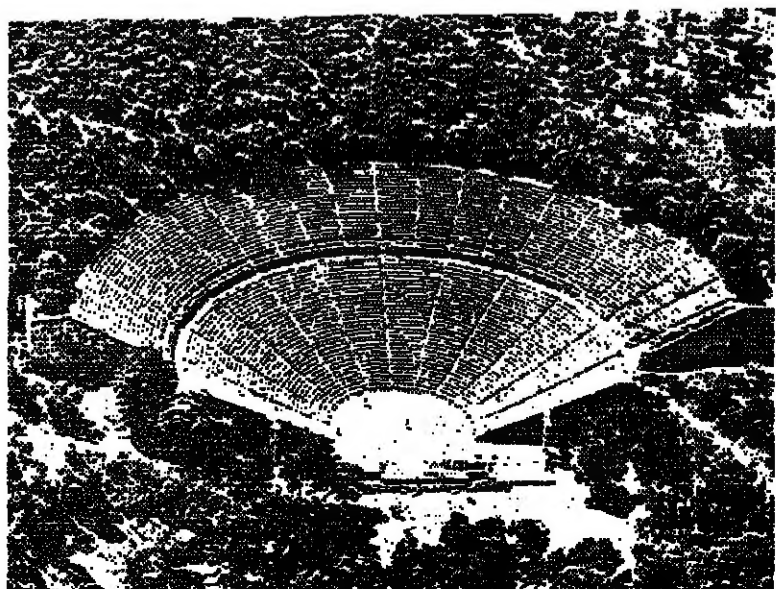
Das große Amphitheater wurde um 300 v. Chr. gebaut. Pausanias nennt

einen jüngeren Polykleitos als Architekten, aber die Forscher melden da inzwischen Zweifel an, weil es sonst keinerlei andere Zeugnisse über diesen Mann gibt.

Aber ein genialer Baumeister muß es schon gewesen sein, denn er fügte das riesige Halbrund der Zuschauerreihen so geschickt in eine Bergsenke ein, daß auch auf den obersten Stufen jedes Wort ohne Mikrophon und Lautsprecheranlage verstanden werden kann.

Wenn dann „des Himmels Blau“ von der Nacht abgelöst wird, beginnt das Spiel. Nur die Zykaden (und nicht der Kraniche „Stimmen furchtbar krähen“) bilden die einzige akustische Fülle, wenn klassisches Theater – allerdings in neugriechischen Übersetzungen – zelebriert wird.

Theater ist in Epidaurus nicht nachgestellte Wirklichkeit, sondern nachgelesenes Spiel, bei Aristophanes ein Wechsel zwischen Satire und Pantomime, zwischen Pathos und Persiflage, aber zugleich auch Beschwörung der Gegenwart im Spiegel der Antike. Natürlich mit Mitteln des Komischen, nicht zuletzt mit kabarettistischen Extempores, bei dem – wie des Griechischen Kundigen versichern – die regierenden Sozialisten immer wieder auf den kleinen, aber entscheidenden Unterschied zwischen griechischen Reden und Regieren aufmerksam gemacht werden.



In der Antike erbaut, ist das Amphitheater von Epidaurus auch heute noch Stätte lebendiger griechischer Kultur

Melina Mercouri in der ersten Reihchen das nicht zu irritieren. Aber sie konnte sich hier auch als Gast fühlen, denn ihr Kulturministerium hat mit den Festspielen in Athen und Epidaurus nichts zu tun.

Zuständig ist vielmehr das Tourismusministerium. Die einen sagen, weil es über das notwendige Organisationspotential verfügt, um das recht abgelegene Theater in Epidaurus (nach Athen sind es mehr als 150 km, nach Korinth noch gute 80 und selbst nach Argos oder Nauplia immerhin fast 40 km) freitags und samstags zu füllen. Andere meinen, das Tourismusministerium verstehe es, wesentlich effektiver als das Kulturministerium zu arbeiten – trotz ganz erheblicher Etatkürzungen von bis zu 50 Prozent in diesem Jahr.

Während im Athen Herodes Attikus Odeon am Felsen der Akropolis als diesmal Ballettgruppen aus Minsk, Harlem, New York und London sowie Orchester aus Budapest, Prag, Moskau und Sofia gastieren, beschränkt man sich in Epidaurus deshalb auf einheimische Bühnen. Neben den Tragikern Sophokles, Euripides und Aischylos stehen bis Anfang September immerhin sechs Aristophanes-Komödien auf dem Programm. „Die Acharner“ des Theatro Technis sind dabei zweifellos ein Höhepunkt.

Die Schauspieler extemporierten

munter drauflos, sie flechten Anspielungen auf Tagesereignisse und die Kleinlichkeiten der großen Politik ein. Unter der Regie von Karolos Koun ist das ein höchst amüsantes Spektakel, selbst wenn man kein Wort versteht (allerdings sollte man möglichst vorher eine Übersetzung oder zumindest die knappe Inhaltsangabe im englischen Programm gelesen haben). Dieser Dikaiopolis, der den Acharnern, die ihm seinen Frieden mißgönnen, Paroli bietet, wie der Bramas Lamachos scheinen antiken Vasenbildern entstieg zu sein. Nicht zufällig beginnen viele Szenen mit einem grotesken Schattenspiel.

Auch werden hier nicht „des Chores graue Melodien“ streng und ernst nach alter Sitte / Mit langsam abgemessenen Schritten“ zelebriert, sondern ein wilder Haufen füllt die Orchestra mit einem skurrilen Ballett. Die Volkstheater, die keinen Frieden zustande bringen, verbergen sich unter riesigen Klirren. Die Gesandten, die der Volksversammlung vorzuziehen, wie strapazös es ist, die Feste und Wohltaten bei den Verhandlungen in Feindesland über sich ergehen lassen zu müssen, stecken in herrlich bunten Flicker-Ponchos. Und Lamachos erscheint wie die Kitzpostkarte eines antiken Heros.

Das Spiel aber beherrscht Giorgos Lazaris, der Dikaiopolis. Vor allem er – aber auch die anderen Akteure – haben ein Gespür dafür, was das Publikum bejubelt, und so verstehen sie es, Lacher zu provozieren.

Aber das Stück ist nicht nur ein Jux und war es auch bei der Uraufführung mitten im Peloponnesischen Krieg nicht. Kleon, der berüchtigte Nachfolger des Perikles, hat das Aristophanes seinerzeit verurteilt. Er klagte den Dichter vor dem Rat an, in seinen „Babylonern“ (die im Jahr vor den „Acharnern“ entstanden, deren Text aber nicht erhalten ist), die Beamten Athens vor den Fremden im Publikum herabgesetzt zu haben.

Aber Aristophanes hinderte das nicht, auch wieder in dem neuen Stück Kleon zu verspotten. Nur daß die Fremden zumeist nicht verstehen, aber vermuten, daß so mancher Lacher aufbrandet, weil Ähnlichkeiten mit lebenden Personen nicht zu übersehen sind. Denn – wie Dikaiopolis verkündet – „Wahrheit und Recht verflucht auch die Komödie.“

Bangemann stellt sich vor Baum und Hirsch

E.N. Bonn
Der FDP-Parteivorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat sich ausdrücklich vor die „liberale Politik“ der beiden Bundestagsabgeordneten seiner Partei, Gerhart Baum und Burkhard Hirsch, gestellt, die mit ihren Forderungen nicht nur den „Rückhalt in der Fraktion“, sondern auch seine eigene „Unterstützung“ hätten. Baum und Hirsch hatten sich in der Debatte um die Asylanten entschieden gegen eine Änderung des Grundgesetzes gestellt.

In einem Interview mit dem ZDF (Bonner Perspektiven) sagte Bangemann, der Eindruck einer „Fraktion in der Fraktion“ der Freien Demokraten sei falsch, da beide Politiker konstruktiv am Zustandekommen der Änderungen im Asylrechtsverfahren Ende Juni dieses Jahres innerhalb der Koalition mitgewirkt hätten und dabei auch Kompromisse eingegangen seien.

Auf die Frage, ob nach den kommenden Bundestagswahlen über die Besetzung der FDP-Ministerposten im Bundeskabinett nicht neu verhandelt werden müsse, sagte Bangemann: „Das kann man durchaus machen.“ Die FDP nenne dazu ihre Namen, wobei Außenminister Hans-Dietrich Genscher „als Integriert der liberalen Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik“ erscheine.

„Erziehungsgeld wird weiter gezahlt“

dpa, Stuttgart
Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth (CDU) hat angekündigt, daß die Zahlung des Erziehungsgeldes in Höhe von 600 Mark monatlich für Mütter oder Väter in der kommenden Legislaturperiode über 12 Monate hinaus verlängert werde. Dafür habe sich auch Finanzminister Stoltenberg ausgesprochen, sagte Frau Süßmuth im Süddeutschen Rundfunk.

Kriegsopfer: Wir sind keine „Sparschweine“

AP, Braunschweig
Heftige Kritik an der Sparpolitik der Bundesregierung hat der Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Hermann Meyer, geübt. Die Kriegsopfer fühlen sich betrogen und seien „nicht

Angabe

Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?

Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

gewillt hinzunehmen, daß aus den Frontschweinen des Krieges die Sparschweine der Nation werden.“

Hamburger FDP sieht kein Signal für Bonn

AP, Hamburg
Gut zwei Monate vor der Bürgerstimmwahl in Hamburg hat die dortige FDP ihre Bereitschaft zu einer Koalition mit der SPD in der Hansestadt bekräftigt. Der FDP-Landesvorsitzende Ingo von Münch nannte es in einem Interview der „WELT“ am Sonntag wahrscheinlich, daß die SPD „nach den zahlreichen Pannen und Skandalen der letzten Zeit“ bei der Wahl am 9. November ihre absolute Mehrheit einbüßen werde. Sollte die SPD dann mit dem Wunsch nach Koalitionsverhandlungen an die FDP herantreten, werde diese „ihre Bedingungen durchsetzen“. Von Münch wandte sich zugleich gegen Spekulationen, die Wiederauflage einer sozial-liberalen Koalition in Hamburg könne auch Signalwirkung für den Bund haben.

„Nordischer Katholikentag“

dpa, Lübeck
Unter dem Motto „Glaube und Naturwissenschaften“ hat am Freitag der „Nordische Katholikentag“ in Lübeck begonnen. 6000 Gläubige aus dem Bistum Osnabrück, Hildesheim und Münster sowie zahlreiche Gäste aus den skandinavischen Ländern und der „DDR“ sind zusammengekommen, um des 300. Todestages des Forschers und Theologen Niels Stensen zu gedenken. Stensen, der 1685 als Lutheraner in Kopenhagen geboren worden war und später zum katholischen Glauben konvertierte, habe auch immer die Frage nach der ethischen Verantwortung der Forschung gestellt, sagte der dänische Bischof Martensen.

Auf Leihstimmen aus der Union kann die FDP nicht zählen

Der Bundeskanzler eröffnet vor CDU-Funktionsträgern in Neumünster den Wahlkampf

DIETHART GOOS, Neumünster
Bei den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen wird die CDU keine Rücksicht auf den Bonner Koalitionspartner FDP nehmen. Die Liberalen können nicht mit Unterstützung durch die Union rechnen, wie Bundeskanzler Helmut Kohl zum Wahlkampfauftakt in Norddeutschland am Wochenende auf einer Regionalkonferenz in Neumünster ankündigte.

An die Adresse der FDP gerichtet, sagte der CDU-Vorsitzende: „Wir brauchen für die Sache der Union jede Stimme in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben keine Stimme zu verschenken und wir haben keine Stimme zu verlieren.“

Während auf der ersten Regionalkonferenz vor einer Woche in Trier die Funktions- und Mandatsträger aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf Technik und Strategie der CDU-Wahlkampfplanung eingingen, kam am Samstag in Neumünster der Parteivorsitzende persönlich auf die „Kommandobrücke“, um den Kurs der kommenden Monate zu begründen.

Kämpferische Töne

Mehr als 2500 Mitglieder und Sympathisanten aus Schleswig-Holstein und Hamburg erlebten einen sichtlich erhobten CDU-Chef, der kämpferisch wie auch verhalten-nachdenklich in seiner 90 Minuten dauernden Rede analysierte, welche schwierigen Herausforderungen sich der Christ-

Bischof vergleicht „DDR“ mit KZ

SAD, York
Der anglikanische Erzbischof von York, Habgood, hat nach einer Reise durch den Ostblock die Meinung vertreten, daß die Bewohner der „DDR“ „wie in einem riesigen Konzentrationslager“ lebten. Im Kirchenbrief seiner Diözese stellte Habgood fest: „Die unter Strom stehenden Zäune der Hütenschen KZs weisen eine starke Ähnlichkeit mit der Berliner Mauer von heute auf.“ Den Menschen im Ostblock würden Grundrechte vorenthalten, die in Großbritannien selbstverständlich seien.

Pawelczyk sieht Kritiker zerstritten

Rücktritt der Hamburger Polizeifunktionäre als „völlig unverständlich“ bezeichnet

UWE BAHNSEN, Hamburg
Nach der Entscheidung des Hamburger Senats, neben der Strafjustiz und dem Strafvollzug vor allem die Polizei in der Hansestadt personell zu verstärken, muß sich der Zweite Bürgermeister und neue Innensenator Alfons Pawelczyk mit massiver Kritik auseinandersetzen. Sie kommt vom Personalrat der Kriminalpolizei und dem Vorstand des Bundes der Kriminalbeamten (BdK).

Beide Gremien sind aus Protest gegen die von ihnen als unzulänglich bezeichnete Senatsentscheidung zurückgetreten. Pawelczyk reagierte mit Schärfe und Härte: Vor dem Hintergrund des Personalrates und des BdK-Vorstandes für diesen Schritt „völlig unverständlich“. Der Innensenator fügte hinzu: „Vor den Senatsentscheidungen hat es Hinwei-

lich-Demokratischen Union bei den bevorstehenden Wahlen stellen.

„Die CDU und ich werden uns voll und ganz für ein großartiges Abschneiden unserer Freunde in Hamburg einsetzen. Ich weiß, wie schwierig es ist, in Hamburg für unsere Sache zu kämpfen“, versicherte der Kanzler im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl am 9. November.

In Bayern werde man „in engem Schulterschluss mit unseren Freunden der CSU“ für einen „großen Sieg“ bei der Landtagswahl am 12. Oktober kämpfen. Und auch mit Blick auf den 25. Januar 1987 vernichtete Kohl Zuversicht: „Wir werden diese Bundestagswahl wieder gewinnen.“

Kohls Optimismus übertrug sich auf das Auditorium der Holstenhalle, wo sonst vornehmlich landwirtschaftliche Erzeugnisse präsentiert werden. Wurde ihm schon bei seiner Ankunft von den sonst eher zurückhaltenden Nordlichtern stehend applaudiert, steigerte sich ihre Zustimmung im Verlauf der Rede zu Ovationen.

Ihre ganze Kraft muß die Union nach den Worten des Kanzlers auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner konzentrieren.

Mit Hinweis auf das Gezänk im Koalitionslager während des berüchtigten Bonner Sommertheaters setzte Kohl hinzu: „Jeder Profilierungsversuch schlägt fehl. Mangelnde Qualitäten, die auch mich ärgern, sind völlig unnötig und schaden nur.“ Auch die Spekulationen um Posten und Perso-

Ronneburger Spitzenkandidat

dpa, Malente
Die schleswig-holsteinische FDP geht mit Uwe Ronneburger als Spitzenkandidat in den Bundestagswahlkampf. Auf einem Landesparteitag in Malente stimmten von 195 Delegierten 176 für den stellvertretenden Bundesfraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten. Der Parteitag kritisierte das „Störfeuer“ aus München. Ronneburger forderte den CSU-Vorsitzenden Strauß auf, sich an einen „ehelichen Koalitionspartner“ zu gewöhnen oder deutliche Konsequenzen zu ziehen.

Experte: Ausstieg technisch möglich

rr, Baden-Baden
Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist nach Ansicht des Leiters der Forschungsstelle für Energiewirtschaft in München, Schäfer, technisch möglich. Im Südwestfunk gab Schäfer zu bedenken, daß die Bundesrepublik dafür einen hohen Preis zahlen müßte. Ein Ausstieg innerhalb von zehn Jahren, wie ihn Vorschläge der SPD vorsehen, würde die Industriestruktur und die Arbeitsmarktsituation verändern. Die Position der Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb würde sich verschlechtern.

Der Bdk-Vorstand und der Personalrat der Kriminalpolizei hatten dagegen unter Hinweis auf die steigende Kriminalitätsrate und die mit modernsten Mitteln und Methoden arbeitende Unterwelt eine grundlegende Reform des gesamten Polizeiparates verlangt, der nach ihrer Meinung „verstaubt ist“. Notwendig seien eine sehr viel professionellere Organisation der Kriminalpolizei, mehr Personal, eine modernere technische Ausrüstung, Spezialausbildungen für die Bekämpfung bestimmter Deliktbereiche und auch mehr Entscheidungsbefugnisse.

se auf erhebliche Spannungen innerhalb des Bdk Hamburg gegeben. Ich kann mir nur vorstellen, daß die gegen die Senatsentscheidung gerichtete Begründung diese Unstimmigkeiten überdecken soll.“ Pawelczyk erklärte weiter, er habe sowohl den Personalrat der Polizei als auch den Gewerkschaften dargelegt, auf der Basis des vom Senat getroffenen Grundsatzbeschlusses würden nun „die notwendigen Einzelentscheidungen für die Kriminal- und die Schutzpolizei getroffen. Da diese noch nicht vorliegen, ist auch deshalb schon die Begründung unlogisch.“

Pawelczyk verwies in diesem Zusammenhang auf „erhebliche Verbesserungen“ für die Arbeit der Kriminalpolizei, die nach seiner Ansicht aus der Verstärkung der gesamten Polizei um 292 Beamte erwachsen werden. Ferner werde durch die Ent-

Künstler aus der „DDR“ haben es schwer, wieder Fuß zu fassen: Karikaturist Alois Kuhn (Foto links) führt sich ebenso überlegen wie der Literat Siegmund Faust.

FOTOS: DIE WELT/PETER PEITSCH

Rechte Barden werden noch immer links liegen gelassen

Den Auftritt im Meersburger Schloß hat die „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ zum Gedanken an den Freitag von Oskar Bräsewitz veranlaßt. Mit dabei sind Siegmund Faust, vor zehn Jahren aus „DDR“-Haft freigelegt und Schriftsteller wie Helmut Theodor Heinrich, der Bänkelsänger und Konzertgitarrist Jürgen Hermann, der Karikaturist Alois Kuhn und Gerd Knesel – Rechtsaußen unter Deutschlands Liedermachern. Auch ohne einschlägige Erfahrung hat sich der Bundesbürger Knesel im Lauf der Jahre mit seinen antikomunistischen Texten eine kleine Hörergemeinde ersingen können.

Die aber, deren erste Lyrik das eigene Leben schrieb, tun sich hierzu-

nen sind dem christdemokratischen Regierungschef zuwider. „Ich habe kein Verständnis dafür, daß viele Wochen vor der Wahl über Koalitionen und Personen geredet wird. Der Wähler könnte dabei den Eindruck gewinnen, als sei er gar nicht mehr gefragt.“

Nicht nur als Antwort auf die allgemeine Stimmungslage im Lande beschäftigt sich der Kanzler in Neumünster besonders gründlich mit dem zunehmend den Wahlkampf beherrschenden Asylantenthema.

Fremdenhaß droht

Er sehe eine gefährliche Entwicklung heraufziehen, wenn die Verantwortlichen des Bundes und der Länder jetzt nicht schnell handeln. „Ich bin nicht fremdenfeindlich. Aber ich bin Realist und sehe die Zustände in manchen Dörfern und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland. Das kann und darf nicht so bleiben.“

So sehr dem Kanzler in Neumünster Sympathie und Zustimmung entgegengebracht wurden, den Applaus mußte er mit Gerhard Stoltenberg teilen.

Denn der CDU-Vorsitzende Schleswig-Holsteins steht in der Gunst seiner norddeutschen Parteifreunde dem Bundesvorsitzenden nicht nach.

Das wurde überdeutlich, als Kohl die Leistungen seines Finanzministers lobte. Beifall brandete auf, Stoltenberg mußte schließlich aufstehen und bedankte sich mit ausbreitenden Armen.

Ein Fehltritt?

Rheinland-Pfalz hält das Späthsche Ausgleichsmodell wegen des Verursacherprinzips für ungeeignet. Der Vorwurf, der Wasserpfennig verstoße gegen das Verursacherprinzip im Umweltschutz, steht auch mit an der Spitze der Argumente, mit denen die SPD-regierte Bundesländer den Stuttgarter „Bauerngroßchen“ ablehnen. Der ständige Vertreter des saarländischen Umweltministers, Richard Nospers, sieht im Wasserpfennig auch einen „möglicherweise erheblichen Fehltritt in der Ordnung-

Späths Wasserpfennig nicht hoch im Kurs

HANS KRUMP, Bonn
Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) muß den „Wasserpfennig“ zugunsten der Landwirtschaft vorerst alleine einführen.

Nach einer Umfrage der WELT bei den Bundesländern haben sich nur Berlin und Niedersachsen nicht ausdrücklich gegen das von Stuttgart von 1987 an geplante Wasser-Nutzungsentgelt ausgesprochen. Alle anderen Länder lehnen das baden-württembergische Modell ab, nach dem für die Wassernutzung eine Abgabe von einem (Brauchwasser für Kraftwerke) bis zu zehn (Trinkwasser) Pfennigen je Kubikmeter an den Finanzminister abgeführt werden soll. Mit den errechneten rund 175 Millionen Mark Einnahmen im Jahr sollen die Bauern entschädigt werden, die in Wasserschutzgebieten Dämme und Nutzungseinschränkungen unterworfen sind.

Einige Bundesländer, wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, denken allerdings an Ausgleichszahlungen aus Landesmitteln. Nach dem neuen Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sind solche Zuweisungen jetzt auch unterhalb der Entscheidungsschwelle bei Enteignungen möglich.

In Niedersachsen und in Berlin ist die Meinungsbildung zum Wasserpfennig noch nicht abgeschlossen. Immerhin spricht Berlins Umweltsektor Barnekow von einem „sehr bedenkenswerten Vorschlag“ Späths. Im Hannoveraner Umweltministerium wird das Problem von Ausgleichszahlungen an Landwirte im übergreifenden Zusammenhang diskutiert, wie qualitativ gutes Wasser sichergestellt werden kann.

Alle übrigen Bundesländer stehen dem Wasserpfennig skeptisch bis ablehnend gegenüber. In Bayern befürchtet man „Flüchtlerschere“ und neue „Bagatelsteuern“. Die durch die EG-Agrarpolitik (Intensivierung als Folge enormer Produktionssteigerung in Pflanzenbau und Tierhaltung) verursachten Grundbesitzprobleme könnten nicht durch einen Wasserpfennig gelöst werden.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie rechnet mit 2,5 Milliarden Mark Mehrkosten für Industrie- und Energieerzeuger im Jahr, falls bundesweit ein Wasser-Nutzungsentgelt von zehn Pfennig je Kubikmeter erhoben würde. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher hat errechnet, daß ein bundesweiter Wasserpfennig einen Drei-Personen-Haushalt jährlich rund 100 Mark kosten würde: höhere Ausgaben für Wasser, Strom und Produkte der Wirtschaft.

Der Verbraucher, so Hauptreferent Turowski vom Verband kommunaler Unternehmen, „wird durch den Wasserpfennig gleich mehrmals zur Kasse gebeten“.

Grüne wollen SPD Gespräch anbieten

AP, München
Der Bundesvorsitzende der Grünen, Lukas Beckmann, äußerte sich zuversichtlich über eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD nach der Bundestagswahl. Im Bayerischen Rundfunk sagte Beckmann, bei der Wahl 1987 gehe es vor allem um die Ablösung der jetzigen Regierung. Bei einem entsprechenden Wahlausgang wollten die Grünen der SPD Gespräche anbieten. Deren Ziel sei es, einen absoluten Mehrheit zu erringen und „politisch dümmlich und geradezu naiv“.

politik, wenn eine Bevölkerungsgruppe für ordnungsgemäßes Verhalten auch noch belohnt“ werde. Das Saarland schließt ebenso wie Hessen Ausgleichszahlungen für Bauern aus, die wegen Düngebeschränkungen weniger produzieren können. In Wiesbaden wird aber überlegt, „positive Maßnahmen“ von Landwirten, etwa für den Naturschutz, als „Ausgleich“ zu honorieren.

Stuttgart nimmt die reservierte Haltung der anderen Länder zum Wasserpfennig gelassen zur Kenntnis. Man sieht sich in dieser heiklen Angelegenheit als Schrittmacher in der Umweltpolitik und fragt ein wenig amüsiert, wie ärmere Länder mit den gleichen Problemen in der Agrarwirtschaft Ausgleichszahlungen aus den Landeshaushalten bezahlen wollen, wenn sie den Wasserpfennig ablehnen.

Autonome Einnahme

Aus der Ruhe bringen lassen sich die Schwaben und Badener auch nicht von den Bedenken des baden-württembergischen Bundes der Steuerzahler, der unter Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich meint, die Wasserpfennig-Einnahmen müßten zu 70 Prozent in den Länderausgleich einfließen. Im Stuttgarter Finanzministerium wird dies bestritten: Der Wasserpfennig sei eine autonome Landeseinnahme und über solche Finanzen habe sich Karlsruhe in seinem Urteil gar nicht geäußert.

Unterdessen wächst die Kritik der unmittelbar Betroffenen am geplanten Wasser-Nutzungsentgelt in Baden-Württemberg. Kommunale Unternehmen und Spitzenverbände sorgen sich wegen der Vergrößerung von Wasserverbrauchern über höhere Preise, wenn die Wasserwerke den „Wasserpfennig“ an ihre Kunden weitergeben. Verschiedene Branchen mit wasserintensiver Produktion befürchten Wettbewerbsverzerrungen. So erwägt die Papierindustrie in Baden-Württemberg eine Klage gegen den Wasserpfennig.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie rechnet mit 2,5 Milliarden Mark Mehrkosten für Industrie- und Energieerzeuger im Jahr, falls bundesweit ein Wasser-Nutzungsentgelt von zehn Pfennig je Kubikmeter erhoben würde. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher hat errechnet, daß ein bundesweiter Wasserpfennig einen Drei-Personen-Haushalt jährlich rund 100 Mark kosten würde: höhere Ausgaben für Wasser, Strom und Produkte der Wirtschaft.

Der Verbraucher, so Hauptreferent Turowski vom Verband kommunaler Unternehmen, „wird durch den Wasserpfennig gleich mehrmals zur Kasse gebeten“.

Kritik von jungen Christen

epd, Bad Blankenburg
Rund 5000 überwiegend junge Leute haben am Wochenende an der Jahreskonferenz der Evangelischen Allianz im thüringischen Kurort Bad Blankenburg teilgenommen. Das traditionelle Treffen stand unter dem Thema „... damit die Welt glaube!“. Bei der Veranstaltung wurde Kritik an Leistungs- und Besitzdenken, am Alkohol- und Medikamentenmißbrauch sowie an der in der „DDR“ legalisierten Abtreibungspraxis geübt. Angesprochen wurde auch die Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Dementis zu „Green Berets“ in Mittelamerika

AFP, San Jose
Die Regierungen von Panama, Honduras und El Salvador haben dementiert, daß amerikanische „Green Berets“ in Kürze in diesen Staaten Contras ausbilden würden. Entsprechende Meldungen stammten aus Kreisen des US-Kongresses. Der panamaische Präsident Eric del Valle erklärte, der Vertrag zwischen den USA und Panama von 1977 verbiete die Ausbildung fremder Truppen in Panama. Der honduranische Präsident Jose Azcona sagte, seine Regierung werde an der „Neutralität“ im Nicaragua-Konflikt festhalten. Sein Außenminister Carlos Lopez hatte zuvor versichert, es werde kein amerikanisches Geld für die Contras über Honduras nach Nicaragua fließen. Der salvadorianische Präsident Jose Napoleon Duarte hatte die Meldungen bereits sofort nach Erscheinen als reine Spekulation bezeichnet. Es gilt allerdings als gesicherte Information, daß im Departement El Paraíso im Osten von Honduras bereits ein militärisches Ausbildungslager für die Contras besteht.

Aquino reist trotz Putschgerücht

AFP, Manila, Jakarta
Ungeachtet der in Manila kursierenden Gerüchte über eine Putschfahrt hat Präsident Corason Aquino ihre erste Auslandsreise seit Amtsantritt angetreten. Sie flog zunächst in die indonesische Hauptstadt Jakarta. Morgen will sie nach Singapur weiterreisen. Die Rückkehr ist für Mittwoch geplant. Die Armee des Landes ist in höchster Alarmbereitschaft.

„Weltraum-Minen gegen SDI“

rr, London
Der Direktor des Raumfahrtinstituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Roald Sagdejew, ist der Ansicht, die Sowjetunion verfüge über verschiedene Möglichkeiten, das geplante US-Programm zur Raketenabwehr im Weltraum (SDI) zu kontern. Im sowjetischen Fernsehen nannte er den Einsatz von Weltraum-Minen oder die Massierung von Raketen-Sprengköpfen als mögliche strategische Antworten. Als am wenigsten löhnend bezeichnete er die Installation eines ähnlichen Abwehrsystems wie SDI.

Pariser Regierung verliert an Ansehen

AFP, Paris
Um jeweils acht Prozent im Vergleich zum Juli ist die Popularitätskurve sowohl des französischen Staatspräsidenten Mitterrand als auch des Premierministers Chirac bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFOP gesunken. Der sozialistische Staatschef stellt nur noch 51 Prozent der Franzosen zufrieden, der Neo-Gaullist Chirac nur noch 40, 35 Prozent meinen, daß die derzeitige „Cohabitation“ eines sozialistischen Präsidenten und eines bürgerlichen Regierungschefs für Mitterrand von Vorteil ist; 30 Prozent sehen darin eher Chancen für Chirac.

Bildt führt Schwedens Konservative

dpa, Stockholm
Die schwedischen Konservativen haben den 37jährigen Carl Bildt einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst damit Ulf Adelsohn ab, der nach der Wahlniederlage 1985 seinen Rücktritt angekündigt hatte. Die Konservativen sind die zweitstärkste Partei in Schweden. Bei einem Sieg der drei nichtsozialistischen Parteien 1988 wäre Bildt Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

Indien verbietet Mitgift bei Heirat

AP, Neu-Delhi
Das indische Parlament hat einen Gesetzesvorschlag angenommen, der das Anbieten und die Annahme einer Mitgift bei Hochzeiten unter Strafe stellt. Damit soll verhindert werden, daß weiterhin Bräute verbrannt werden, deren künftige Ehemänner mit der Höhe der Mitgift unzufrieden sind. Angeheilt werden jährlich Hunderte von jungen Frauen aus diesem Grund mit Benzin übergossen und angezündet; anschließend wird ein Unfall im Haushalt vorgetäuscht. Das neue Gesetz ermöglicht es Richtern, lebenslange Haftstrafen gegen die Familie eines Bräutigams zu verhängen, ohne daß der Mordvorwurf bewiesen werden muß. Das Mitgiftverbot ist schon seit 1961 verboten, doch wird das Gesetz kaum angewandt.

DIE WELT (USPS 405-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 565.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07621. Second class postage paid at Englewood, NJ 07621 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07621.



lande schwer. „Es gibt keine rechte Kulturszene“, meint Siegmund Faust. Selbst unter den gut 100 Schriftstellern, die im letzten Jahrzehnt aus der „DDR“ gekommen sind, steht der Geist, frei nach Martin Walser, überwiegend links.

Helmut Theodor Heinrich ist schon fast ein hoffungsloser Fall. Aber auch Jürgen Hermann, seit November 1983 in der Bundesrepublik, hat für seine Art, die Zustände im „real existierenden Sozialismus“ musikalisch umzusetzen, kein Publikum gefunden. Arbeitslos, ohne berufliche Perspektive, lebt der 33jährige Sproß einer brandenburgischen Künstlerfamilie, die sich drüben in der kirchlichen Friedensarbeit engagiert hatte und dafür vorübergehend in psychi-

trischer Zwangsbehandlung war. Zusammen mit Helmut Theodor Heinrich, Luis Trenker und Erich von Däniken.

Fausts alternative Gesinnung kommt nicht von ungefähr. 33 Monate saß er in Leipzig, Dresden und Cottbus hinter Gittern, lernte dort die „DDR“ als „Weltmeister der psychischen Folter“ kennen. In Ost-Berlin gehörte er zeitweise zum Kreis um Professor Havemann und Rolf Biermann – zuletzt als Privatsekretär des später ausgebürgerten Liedermachers. Das Wiedersehen im Westen war dennoch keine reine Freude: Biermann kreierte Siegmund Faust den freiwilligen Abgang als „Verrat“ an.

lervorband der IG Druck und Papier. Zusammen mit Helmut Theodor Heinrich, Luis Trenker und Erich von Däniken.

Fausts alternative Gesinnung kommt nicht von ungefähr. 33 Monate saß er in Leipzig, Dresden und Cottbus hinter Gittern, lernte dort die „DDR“ als „Weltmeister der psychischen Folter“ kennen. In Ost-Berlin gehörte er zeitweise zum Kreis um Professor Havemann und Rolf Biermann – zuletzt als Privatsekretär des später ausgebürgerten Liedermachers. Das Wiedersehen im Westen war dennoch keine reine Freude: Biermann kreierte Siegmund Faust den freiwilligen Abgang als „Verrat“ an.

Sihanouk mißtraut den „jungen Wölfen“ Hanois

Einheitliche Kambodscha-Strategie Südostasiens angestrebt

JOCHEN HEHN, Hongkong
Die Reise von Prinz Norodom Sihanouk nach Singapur, Thailand, Indonesien und Malaysia rückt den Kambodscha-Konflikt wieder in die Schlagzeilen. Sihanouk führt als Präsident nominell die kambodschanische Widerstandsgruppe, die von den Vereinten Nationen offiziell anerkannt ist. „Koalitionsregierung des demokratischen Kambodscha“ an.
Mit seiner Reise bezweckt er, die Strategien und Initiativen zur Lösung des Konflikts mit den südostasiatischen Staaten aufeinander abzustimmen – dies besonders im Hinblick auf die vor einer Woche beendete Konferenz der Außenminister von Vietnam, Laos und Kambodscha.

Peking lehnt ab

In einem Kommuniqué hatten die drei Außenminister China aufgefordert, Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen „auf jeder beliebigen Ebene und auf jedem beliebigen Ort“ aufzunehmen. Das Angebot, in Einklang mit dem Versöhnungsappell, den der sowjetische KP-Chef Gorbatschow Ende Juli von Wladivostok aus an die verfeindeten Staaten China und Vietnam richtete, wurde von Peking freilich zurückgewiesen.
Es habe keinen Sinn, mit Vietnam zu verhandeln, solange es seine 150 000 Soldaten nicht aus Kambodscha zurückgezogen habe. Mit Laos allerdings, betonte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, sei China sofort bereit, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um „möglichst bald freundschaftliche Beziehungen“ herzustellen.

Daß die „Sonderbehandlung“ von Laos durch China zur Aufnahme von Gesprächen führt, muß jedoch bezweifelt werden. Denn Vietnam, das sich Laos eng an sich gebunden und dort 50 000 Soldaten stationiert hat, wird in dem Vorschlag Pekings nicht viel mehr als den Versuch sehen, Laos aus dem vietnamesierten Indochina herauszubrechen.

Außer skeptisch beurteilt Prinz Sihanouk die Kompromissbereitschaft Vietnams. Die neuen Führer Vietnams seien „junge Wölfe mit großen Zähnen“ und hätten nicht die geringste Absicht, ihre Anklage vom letzten Jahr, alle Truppen bis zum Jahre 1990 abzuziehen, tatsächlich wahrzunehmen.

Die Angaben darüber, wie viele vietnamesische Soldaten im Kambodscha stationiert sind, schwanken. Amerikanische Schätzungen von 180 000-170 000 wurden mit der Begründung, man habe die Stärke der Truppeneinheiten zu hoch angesetzt, auf 140 000 revidiert. Vietnam selbst nennt keine Zahlen, sagt jedoch, es seien weit weniger Soldaten im Einsatz und es würden laufend Soldaten abgezogen. Diesen Angaben widersprechen die Thais.

Die Glaubwürdigkeit des Rückversprechens wird auch schon deshalb angezweifelt, weil Vietnam systematisch daran geht, Kambodscha, aber auch Laos, zu besiedeln. Seit 1979 sollen nach Angaben Pekings mindestens 700 000 vietnamesische Bauern, Arbeiter, Handwerker und Plantagenarbeiter angesiedelt worden sein.

Unter diesen Bedingungen scheinen die Bemühungen Sihanouks und der ASEAN-Staaten, Vietnam an den Verhandlungstisch zu bringen, wenig Aussichten auf Erfolg zu haben. Das zeigt auch die Ablehnung des Acht-Punkte-Friedensvorschlages durch Vietnam.

Prinz Sihanouk hatte darin im März einen Waffenstillstand zwischen den Widerstandstruppen und den Vietnamesen vorgeschlagen, einen durch die UNO überwachten vietnamesischen Truppenabzug und die Bildung einer von der Dreierkoalition und der von Vietnam gestützten kambodschanischen Regierung, Heng Samrin. Der Plan wird von mehr als 40 Staaten unterstützt.

Die Rolle Indonesiens

Anders als Sihanouk glaubt Indonesiens Außenminister Mochtar Musumadja an eine größere Flexibilität Hanois, weil es den Acht-Punkte-Vorschlag unterstützt und nicht mehr auf einer Führungsrolle der Roten Khmer in einer neuen kambodschanischen Regierung besteht.

Mochtar kündigte an, daß er die nächsten Schritte gegenüber Vietnam mit Peking absprechen wolle. Dem Minister werden sehr gute Kontakte zu Hanoi nachgesagt, wohl nicht zuletzt deswegen, weil Jakarta und Peking keine diplomatischen Beziehungen unterhalten und Indonesien in China die Hauptgefahr für die südostasiatische Region sieht.

Israel gewinnt in Afrika an Boden

Neuer Trend nach dem Fiasko von 1973 / Kamerun normalisiert Beziehungen / Peres fliegt hin

DW, Jerusalem
Der israelische Premier Shimon Peres reist heute nach Kamerun, das seine Beziehungen zu Israel normalisiert. Es folgt damit dem Beispiel zahlreicher anderer schwarzafrikanischer Staaten, die sich nach dem Oktoberkrieg 1973 von dem jüdischen Staat abgewandt hatten.

Von RAFAEL SELIGMANN

Sie tragen die Verantwortung für eine ungeheure Verschwendung von Geld, Zeit und Energie. Einer sinnlosen Annäherung, die zusammenbrechen mußte, sobald die Araber Druck auf die Afrikaner ausübten. Mit diesen Worten rechmete die Opposition in der Folge des Oktoberkrieges 1973 mit Israels damaliger sozialistischer Regierung ab.

In der Tat, kaum hatte die Opec unter arabischer Führung ihre Macht demonstriert, als binnen weniger Tage zwei Dutzend schwarzafrikanische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel abbrachen. Von insgesamt 31 schwarzafrikanischen Staaten, die mit Israel Botschafter ausgetauscht hatten, standen nur noch Lesotho, Swasiland und Malawi zu Jerusalem. Weshalb war es zu diesem Fiasko gekommen?

Hilfe zum Nulltarif

Der hochverschuldete jüdische Staat schickte Ende der siebziger Jahre Tausende seiner besten zivilen und militärischen Experten zum Nulltarif in die afrikanischen Länder, die gerade unabhängig geworden waren. Afrikanische Studenten und Offi-

ziere wurden in Israel ausgebildet. Ein Grund dieser aufwendigen Afrikapolitik lag, wie die Israelis offen bekannten, in ihrem Bemühen, die internationale Isolation ihres Staates zu durchbrechen. Daneben entwickelten die zionistischen Sozialisten um Ben Gurion und Golda Meir allerdings auch missionarischen Eifer: Sie fühlten als Juden und Sozialisten Solidarität mit den ehemals unterdrückten Schwarzen.

Dabei übersah man allerdings den engen Spielraum der Afrikapolitik Israels: Die Solidarität Israels mit den Schwarzen hatte da ihre Grenzen, wo die Interessen der großen und einflussreichen jüdischen Gemeinde Südafrikas berührt wurden. Darüber hinaus konnte Jerusalem den Afrikanern keine Mittel für ehrgeizige Entwicklungsprojekte bieten.

So gelang es den radikalen nordafrikanischen, arabischen Staaten, allen voran Libyen, zwischen 1973 und 1975 die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zu einer radikalen antisraelischen Politik zu treiben. In der Folge des Oktoberkrieges 1973 kam es dann zu der von den arabischen Staaten gewünschten Abbruchserie der Beziehungen zu Israel.

Die meisten afrikanischen Staaten, die Versprechungen auf verbilligte Öllieferungen oder großzügige Wirtschaftshilfe vertraut hatten, sahen sich jedoch rasch enttäuscht. Im Gegenteil: Ihre Öllieferungen verteuerten sich in wenigen Jahren um das Zehnfache.

Nicht wenige afrikanische Regierungen waren darüber hinaus verbit-

tert, daß die meisten arabischen Ölländer trotz verbaler Bekundungen ihre Geschäfte mit Südafrika fortsetzten. Daher führten auch die meisten Afrikaner ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Israel fort. Die Zahl der israelischen Experten in Afrika verdoppelte sich nach 1973 auf 4000 im Jahre 1985. Das Handelsvolumen stieg auf 200 Millionen Dollar jährlich.

Distanz zu den Arabern

Die besten Geschäfte machte Israel bemerkenswerterweise mit dem islamischen Opec-Land Nigeria. „Die Beziehungen zu Afrika sind trotz des offiziellen Bruchs gewachsen“, meinte Israels Staatspräsident Herzog.

Die arabisch-afrikanischen Spannungen verschärften sich jedoch weiter, als eine Expansion der Araber deutlich wurde. In zunehmendem Maße unterstützten vor allem die Libyer radikal islamische oder antiwestliche Kräfte in Schwarzafrika. Die Wirkung blieb nicht aus. So nahmen Zaire 1982 und Liberia, das sich von Khadafis Machenschaften in Tschad bedroht sah, 1983 ihre Beziehungen zu Israel wieder auf.

Effektivere Expertenhilfe vor allem in Landwirtschaft und Armee, das Bedürfnis, sich aus der Unabhängigkeit von den arabischen Staaten zu befreien sowie der Versuch, sich ein besseres Entree in Washington zu verschaffen, lassen eine Reihe gemäßigter Regierungen immer offener für eine Normalisierung ihres Verhältnisses mit Jerusalem eintreten. Dem Beispiel Kameruns dürften Togo, Elfenbeinküste und Obervolta folgen.

Embargo gegen Kuba verschärft

AFP, Washington

Die USA haben am Wochenende eine Verschärfung des 1960 gegen Kuba verhängten Wirtschaftsembargos bekanntgegeben. Damit soll Kuba der „illegale Erwerb von Dollars und amerikanischen Produkten“ erschwert werden, während Präsident Fidel Castro weiterhin eine unfreundliche Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten einnehme. Eine vom US-Außenministerium veröffentlichte Liste enthält beispielsweise Namen von 118 kubanischen Firmen in Panama, Mexiko und anderen Ländern, mit denen der Handel untersagt wurde.

Freiheit auch für Bujak

AFP/dpa, Warschau

Der seit Mai inhaftierte polnische Untergrundführer der Gewerkschaft „Solidarität“, Zbigniew Bujak, hat nach Angaben von Justizminister Domagala aufgrund der Amnestie vom Juli ebenso wie zuvor die Gewerkschafter Lis und Mischnik Aussicht auf die Freilassung. Bujak müsse sich dann jedoch jeder politischen Betätigung enthalten. Beobachter halten dies für ein grundsätzliches Angebot, das noch nicht die baldige Entlassung bedeute. Laut Domagala sind 80 von 189 politischen Gefangenen – die Opposition spricht von 350 – auf freien Fuß gesetzt worden.

Sowjetspion in New York gefaßt

AFP, Washington

Die amerikanische Bundespolizei FBI hat am Samstag in New York einen sowjetischen UNO-Angestellten wegen Spionage festgenommen. Der Mann namens Gennadi Fedorowitsch Sacharow wurde in einer U-Bahn-Station überführt, als er einen Mittelsmann des FBI, zu dem er bereits seit 1983 Kontakt hatte, für 1000 Dollar geheime Unterlagen über den Motor eines Flugzeugtyps der US-Luftwaffe abkaufen wollte. Sacharow genieße nur begrenzte diplomatische Immunität, die nicht für Spionage gehe, hieß es beim FBI. Darum droht ihm jetzt eine lebenslange Haftstrafe.

Das KPI-Organ erdreistet sich, Natta zu verulken

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Italiens kommunistisches Establishment übt sich seit zwei Wochen im Lachen mit zusammengebissenen Zähnen. Der Anlaß sind die beiden letzten Ausgaben der satirischen Beilage „Tango“, die seit einem halben Jahr jeden Montag im KP-Zentralorgan „Unità“ erscheint.

Ihre zeichnenden und schreibenden Mitarbeiter haben sich jetzt zum erstenmal anstelle des Klassenfeindes und untergeordneten Parteibürokraten den Parteisekretär als Ziel ihrer ironischen Attacken vorgenommen.

So prangte auf der Titelseite der Beilage eine Karikatur des völlig nackten Alessandro Natta, wie er seinen Geistes spielenden Andreotti und eines Akkordeon spielenden Craxi tanzte. Eine andere Karikatur zeigte Natta kniend, während er – laut Unterschrift – „die feste, aber dispo-



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

nierte Haltung für das nächste Treffen mit Craxi ausprobiert.“ Die erste Reaktion im römischen KP-Hauptquartier auf diese im kommunistischen Bereich bisher beispiellose Verulken eines Parteichefs in der offiziellen Parteizeitung war verlegenes Schweigen. Dann signalisierten zumindest einige der wenigen Spitzenfunktionäre, die während der Ferienzeit die römische Stellung halten, den desorientierten Genossen im Lande neben vielen Vorbehalten auch die Erlaubnis zum etwas gequälten Lachen.

Der karikierende „Tango“-Chefredakteur Sergio Staino fühlte sich dadurch offensichtlich ermutigt, die Dosis beißender Ironie in der nächsten Ausgabe sogar noch zu verstärken.

Unter dem Motto „Druckfehlerkorrektur“ stellte er den Inhalt der Vorauflage total auf den Kopf – wohl um zu demonstrieren, wie eine satirische Zeitschrift unter der Leitung eines orthodoxen Funktionärs aussähe. Er ließ Andreotti und Craxi nach der

Musik eines den Kontrabaß spielenden Natta tanzen und den christdemokratischen Parteisekretär De Mita kniend sich auf das nächste Treffen mit Craxi vorbereiten.

Und in einem „Kommuniqué“ übte er ironisch Selbstkritik wegen der „un glaublichen Serie von Irrtümern“, die der Redaktion in der vorangegangenen Ausgabe unterlaufen seien.

Komisch fanden das, wie die empörten Leserbriefsteller an die „Unità“ zeigten, die wenigsten Genossen. Selbst der „getrennte“ sozialistische Bruder Craxi, der noch nie freundschaftliche Gefühle für die kommunistische Funktionärschicht zu erkennen gegeben hat, rasierte: „Seit wann nimmt ein Parteiorgan eigentlich seinen Parteisekretär auf den Arm? Mir mißfällt, daß die unterirdischen Strömungen in der KP nicht die Kraft und den Mut finden, an die Oberfläche zu kommen, anstatt diese krummen Wege eines bloßenden und diskursiblen Humors einzuschlagen.“

Auch „Unità“-Chefredakteur Chiaromonte bekannte, daß ihm der „Nattango“ nicht gefallen hat. Er habe Verständnis für die protektierenden Genossen, erklärte er, fügte jedoch hinzu, man solle nur nicht gleich die Episode überbewerten.

„Unità“-Leser Michele Desiato aus Turin urteilte drastisch: „Das ist ja wohl der Gipfel“, schrieb er in einem Leserbrief und verlangte: „Etwas Respekt, zum Teufel nochmal!“ Dazu Chiaromonte: Was Anstoß erregen könne, sei keineswegs der nackte Natta, sondern der gefügige Natta als Symbol einer „KPI im Abschied, die sich in ihrer eigenen Unsicherheit verstrickt hat“.

Daß in dieser Darstellung scharfe Kritik an der Parteilinie zum Ausdruck kommt, spürt man offensichtlich auch in der Parteilührung, die jetzt eine Fragebogenaktion gestartet hat, um die Stimmung an der Parteilinie genauer zu ergründen.

Herr Direktor Hans Moscherosch

von seiner Familie, aber auch aus der Mitte unserer Firmengemeinschaft, in die Ewigkeit abberufen.

Er wird – noch aus seiner Tätigkeit für die Firma Knauf, aber auch in seiner Tätigkeit für unsere Niederlassungen – bei unseren Geschäftsfreunden und -Partnern wohl ein unvergessener Mitstreiter zwischen ihnen und unserer Firmenleitung sein.

Unsere Anteilnahme gilt seiner lieben Frau und seinen Söhnen.

München, 20. August 1986

Der Geschäftsführer und die Mitarbeiter der Schiedel-Schornsteinwerke München

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg (0 40) 3 47-43 80

Berlin (0 30) 25 91-29 31

Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:

Hamburg 2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Segeln kann jeder!

Natürlich beim DNL.

Deutscher Nationalverband Januar 1987, 13.23.34 Tel. 0 40 / 44 11 42 50

Bitte Jahresprospekt anfordern!



Chance in Berlin

Eine europäische Unternehmensgruppe mit Hauptsitz in Berlin stellt Komponenten für den Geräte- und Anlagenbau her. Der neue Hauptabteilungsleiter Verkauf soll den Innen- und Außendienst des Berliner Werkes fachlich und organisatorisch führen sowie die Großkunden persönlich betreuen. Von Vorteil wäre, wenn er die organisatorischen Bedürfnisse größerer Industriefirmen aus eigener Anschauung beherrscht und internationale Handelssprachen beherrscht. Das ist eine von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 30. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Weltrang will gehalten sein

Nach 22 Jahren erhielt ein Deutscher 1985 wieder den Nobelpreis für Physik: Klaus von Klitzing. Ein Jahr zuvor wurde der deutsche Molekularbiologe und Immunologe Georges Köhler mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet. Zwei Ereignisse, die zeigen: deutsche Wissenschaftler sind in wichtigen Disziplinen wieder mit vorn in der Welt.

„Weiter mit vorn bleiben!“, das muß jetzt die Devise sein. Dabei ist eine intensive Förderung wissenschaftlicher Begabungen ebenso wichtig wie eine leistungsorientierte Spitzenforschung.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Gemeinschaftsaktion der Wirt-

schaft, hat seit 1949 Forschung und Lehre mit insgesamt 1,5 Milliarden Mark unterstützt. Begabtenförderung und Förderung der Spitzenforschung hatten dabei Vorrang. So soll es auch künftig sein. Damit Wissenschaft und Wirtschaft miteinander vorn bleiben. Helfen Sie uns dabei!

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft

An den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. Brucker Holt 56 - 60 - 4300 Essen 1

Ich möchte den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. unterstützen. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial über seine Arbeit.

Name

Straße

PLZ/Ort

WELT-Serie: „Große Testamente“ (IV): Armand Jean du Plessis, Kardinal-Herzog von Richelieu

Man hat oft behauptet, von Richelieu führe ein gerader Weg zur Französischen Revolution. Das ist eine bössartige Legende. Sein „Politisches Testament“ zeigt ihn als einen Mann des Ausgleichs und der inneren Befriedung. Aber Ludwig XIV. ist seinen Empfehlungen ebenso wenig gefolgt wie die anderen französischen Könige vor der Revolution. Nur in einem Punkt hat der Kardinal – leider – offene Ohren gefunden: In der Fortsetzung seiner Außenpolitik mit der aktiven Förderung der deutschen Zersplitterung.

Nur ein kranker Staat braucht neue Gesetze

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Je mehr eine Gesellschaft ihrem Führer anhängt, um so mehr ist sie zu fürchten.“ Der Satz stammt nicht etwa aus einer Abhandlung über moderne Demagogie, sondern aus dem „Politischen Testament“ des Armand Jean du Plessis, Kardinal-Herzog von Richelieu, und ist 350 Jahre alt. Und da der erste Minister seiner Majestät des französischen Königs Ludwig XIII. (1601–1643) vorrangig das Wohl des Staates im Blick hatte, fügte er sogleich hinzu: „Nun verpflichtet die Klugheit, nicht nur zu verhindern, daß man dem Staat schade, sondern auch, daß man ihm schaden kann, weil oft aus der Macht zu schaden der Wille dazu entspringt.“

Eine erstaunliche Einsicht, die noch an Schärfe gewinnt, wenn man seine weitere Empfehlung berücksichtigt: „Außerdem erfordert die menschliche Schwäche ein Gegengewicht in allen Dingen als Grundlage der Gerechtigkeit.“

Schon diese wenigen Passagen weisen den Kardinal mit der gewaltigen weltlichen Macht als einen zutiefst pragmatischen Denker aus, der mit den Menschen rechnet statt mit Idealen, der das Gleichgewicht der Kräfte sucht, statt auf die Verlässlichkeit eines einzelnen, einer Institution oder einer Vorherrschaft zu bauen.

Richelieu, neben Cromwell wohl der überragende Staatsmann seiner Epoche, zählt zu jenen konservativen Revolutionären, die mehr Veränderungen bewirken, indem sie glauben, das Alte wiederherzustellen, als jene Neuerer, die den totalen Umbruch proklamieren.

Richelieu zerschlug unbarmerzig das Huguenottentum, soweit es sich als Staat im Staat darstellte; aber er verzichtete auf jede Rache, sondern gewährte den Besiegten Religionsfreiheit. Er vertrat energisch den Primat der Außenpolitik, aber er wollte vorrangig dadurch die Hände freikommen (das Testament, für den „Friedenfall“ bestimmt, beweist es) für eine bessere innenpolitische Ordnung.

Er hat mit allen kriegsrischen und diplomatischen Mitteln versucht, die Einkreisung Frankreichs durch Spa-

nien-Habsburg zu durchbrechen, aber er wollte keine Expansionspolitik, sondern die Befestigung Frankreichs innerhalb seiner natürlichen Grenzen. Er war gewiß kein besonders geistig-künstlerisch interessierter Mensch, aber sein Land verdankt ihm die Académie Française, die Sorbonne und ein faszinierendes Aufblühen des Geisteslebens (Descartes, Pascal, Corneille, Poussin).

Er wollte der Geistlichkeit die oberste Position in der gesellschaftlichen Hierarchie einräumen, aber er verwahrte sich erbittert gegen eine mögliche Einmischung der Kirche in die Angelegenheiten des Staates. Er dachte zutiefst kontinental, aber er war der Schöpfer der französischen Flotte.

Richelieu, der als erster den modernen Staatsgedanken in praktische Politik umsetzte und so eigentlich zum Schöpfer des französischen Nationalstaates wurde, ordnete alles, auch das Königtum, diesem Staat unter. Und lange vor dem berühmten Preußenkönig forderte er von seinem König, zuerst der Diener seines Staates zu sein.

Er war kein Freund großer Umwälzungen

Der Begriff, unter dem dieser Staat zu regieren sein mußte, war für ihn die „Raison“. Das bedeutet keineswegs, wie das in Deutschland immer so gern mißverstanden wird, etwas, das mit Ordnung zu tun hat. „Raison“ bedeutet etwas zwischen Vernunft und Verstand. Und entsprechend erhebt auch sein Testament, das sich an Ludwig XIII. richtete (der ihn freilich nur um kaum ein Jahr überlebte), die „Raison“ zum Grundprinzip allen politischen Handelns.

Richelieus Testament ist für uns nicht so sehr von Interesse, soweit es seine Gedanken zum Staatsaufbau, zur Rechts- und Finanzpolitik, zur militärischen Organisation (obwohl er auch hier als Schöpfer einer modernen Heeresverwaltung gelten kann) oder zur Rolle des Königtums betrifft. Aber in seinen Prinzipien, seinen Reflexionen, seinen Einschätzungen der menschlichen Bezüge hat es allemal faszinierende Aspekte. Der Herzog-Kardinal war kein Freund großer Umwälzungen. Das Testament ist voller Reflexe darauf, wie wenig die



Schaffung neuer Gesetze oder Institutionen zu bewirken vermöge. Immer wieder warnt er vor Gesetzen und Vorschriften, die zwecklos bleiben, wenn die, die das Amt haben, sie realisieren zu lassen, nicht auch den Willen dazu bekunden.“

Sogar bei Einrichtungen, die er erbittert kritisierte, wie die „Verkäuflichkeit der Ämter“, forderte er nicht deren Abschaffung, sondern „die vorschriftsmäßige Befolgung derselben“. Die Verfassungswirklichkeit war ihm weitaus wichtiger als die Verfassung selbst, da nur die adäquate Ausführung durch kompetente Amtswalter eine sinnvolle Realisierung der Vorgaben ermögliche.

Bei Richelieu findet sich ein Satz, der geradezu über jedem Parlament stehen könnte: „Es gibt viele Leute, deren Unwissenheit so groß ist, daß sie einem Übel dadurch genügend abzuhelfen glauben, wenn sie es auf neue verbieten. Aber weit davon entfernt, daß es so ist, kann ich wahrheitsgemäß behaupten, daß neue Gesetze nicht so sehr Heilmittel für die Wirrnisse der Staaten, als Zeugnisse ihrer Krankheit und sichere Beweise für die Schwäche der Regierung sind. Denn wenn die alten Gesetze wohl ausgeführt worden wären, wäre es weder notwendig gewesen, sie zu erneuern, noch andere zu erlassen.“

Der Mann, der zu Lebzeiten auch in der Bevölkerung verhaßt war wie kaum ein zweiter, zeigt sich in seinem Denken gerade dem Volk gegenüber – wenn man die zeitgenössische Min-

dereinschätzung der niederen Schichten einrechnet – von maßvoller Ausgewogenheit. Immer wieder betont er, daß es um die Liebe des Volkes und die Liebe zum Volk gehen müsse.

In praktischen Aspekten wie der Steuerpolitik könnte man regelrecht ein „sozialliberales“ Konzept daraus formen: „Wie im übrigen bei einem Verwundeten das durch den Verlust des vergessenen Blutes geschwächte Herz zu seiner Hilfe das Blut der unteren Teile erst nach Erschöpfung der oberen heranzieht, so sollen in den großen Staatsnöten die Herrscher, soweit sie können, den Überfluß der Reichen sich zunutze machen, bevor sie die Armen durch außerordentliche Lasten anstrengen.“

Und er erläutert: „Der gesunde Menschenverstand lehrt einen jeden, daß ein gesundes Verhältnis zwischen der Last und der Kraft derer, die sie tragen, notwendig ist.“

Es überrascht, daß dieser Staatsmann an der Wende des feudalen Ständestaates zum modernen Machtstaat mit ganz anderen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Grundlagen längst das kapitalistische Grundprinzip in seine Überlegungen einbezog. So wenig Richelieu eigentlich von Finanzpolitik verstand – und seine Theorien dazu sind manchmal haarsträubend –, so sehr kannte er doch den menschlichen Charakter, woraus er dann zutreffende Schlussfolgerungen zog: „Wenn es wahr ist – was eine sichere Tatsache ist –, daß der Absatz der Waren in dem Maße

Richelieu, der zu Lebzeiten in der Bevölkerung verhaßt war wie kaum ein zweiter, zeigt sich in seinem Denken gerade dem Volk gegenüber von maßvoller Ausgewogenheit.“

abnimmt, wie man die Steuern vermehrt, so kann es auch geschehen, daß solche Vermehrungen die königlichen Einnahmen vermindern.“ Und er folgert: „Das wahre Mittel, den Staat zu bereichern, ist, dem Volke Erleichterungen zu verschaffen und dem einen wie dem anderen Lasten abzunehmen.“

Sein Rat zielt, durchaus im Sinne heutiger marktwirtschaftlicher Prinzipien, auf die Vermehrung von Leistungsmitteln: „Es ist ganz sicher, daß der Fürst, der mehr als er darf, aus seinen Untertanen herauszieht, nichts anderes tut, als daß er zugleich mit ihrem Geldbeutel ihre Liebe und Treue erschöpft.“

In vielen Passagen mag Richelieu Ansichten vertreten, die aus heutiger Sicht geradezu erschreckend erscheinen. Der Mann, der, wie erwähnt, wesentlich an der Gründung der Académie Française und der Sorbonne beteiligt war und der auch sonst häufig die „für den Staat schädliche Unwissenheit“ beklagte, schreibt zum Beispiel im Hinblick auf die Verbreitung der Wissenschaften einen Satz, der heutigen Demokraten die Zornesröte ins Gesicht treiben muß: „Wie die Kenntnis der Wissenschaften im

Staat ganz und gar notwendig ist, so steht andererseits fest, daß sie nicht in gleicher Weise jedermann gelehrt werden dürfen.“ Er vergleicht das Ergebnis einer solchen Lehre mit der Monströsität eines Körpers, der „an all seinen Teilen Augen hätte“.

Bei näherem Hinsehen freilich zeigt es sich, daß Richelieu hier nicht so sehr Standesprivilegien, sondern praktische Bedenken hat. Er kennt seine Pappenheimer (Wallenstein war schließlich sein Zeitgenosse). Wenn die Wissenschaften durch alle möglichen Geister profaniert würden, könnte man mehr Leute bemerken, die fähig wären, eher Zweifel zu bilden, als sie zu lösen, und viele wären eher dazu angetan, sich den Wahrheiten zu widersetzen, als sie zu verteidigen.“ Das mag unedelmütig geachtet sein, aber ist es deswegen auch falsch beobachtet?

Intime Kenntnis der Unvollkommenheit

Geradezu wie ein Kommentar zur Bildungsreform nehmen sich die Einwände des Kardinals (1640) gegen die Ausweitung wissenschaftlicher Lehranstalten aus: „Wenn ich die große Zahl der Leute betrachte, die berufsmäßig Wissenschaften lehren, und die Menge der Kinder, die man unterrichten läßt, so glaube ich, eine unendliche Zahl von Kranken zu bemerken, die nur den Wunsch haben, zu ihrer Heilung reines und klares Wasser zu trinken, aber von einem so regellosen Durstgefühl getrieben werden, daß sie gleichgültig alles annehmen, was ihnen geboten wird, und größtenteils unreines Wasser und oft aus vergifteten Schalen trinken, was ihren Durst und ihr Übel vermehrt.“

Was hier so farblich beschrieben wird, hat einen ganz realistischen Hintergrund. Richelieu sieht eine „mittelmäßige Fähigkeit“ der Lehrenden, da die Zahl qualifizierter Kräfte zu begrenzt sei, um „die Lehrstühle zu füllen“.

Und das zweite Übel „entsteht aus der geringen natürlichen Anlage“, die viele der Schüler haben, „deren Eltern sie wegen des bequemen Lebens studieren lassen, das sie dabei finden, ohne daß die Fassungskraft ihrer Geister geprüft wird“. So komme es nur zu ganz oberflächlichen Kenntnissen, „eigentlich wegen der mangelnden Befähigung“, andererseits „wegen schlechten Unterrichts“.

Die konservative Grundeinstellung Richelieus gründet, wie aus allen Dellen immer wieder hervorgeht, auf einer intimen Kenntnis menschlicher Unvollkommenheit und der daraus folgenden Skepsis gegenüber neuen Krügen, die den alten Wein verbessern sollen. Das ist im Kern wohl auch die Begründung dafür, daß er der Vernunft das Prestige des Staates als wesentliches Element seiner notwendigen Autorität an die Seite stellte. Auch die mildeste Herrschaft, so beklagt er, werde in irgendeiner Weise als ängstlich empfunden.

Selbst, „unter denen, die ihrer Natur nach gleich sind“, gibt es wenige, „die nicht mit Verdruß die Unterschiede dulden, die ihnen das Schicksal bereitet“. Sie empfinden sich stets als zwar der Macht unterlegen, aber an Verdienst überragend. Da für Richelieu aber das „Interesse einzelner nicht mit dem der Allgemeinheit zu vergleichen“ ist, hat der Staat als Vertreter der Allgemeinheit die Pflicht – was auch für die Außenpolitik wichtig ist – „sein Ansehen unter allen Umständen zu verteidigen, selbst auf die Gefahr hin, einzelnen Unrecht zu tun“.

Doch er warnt auch die Mächtigen: „Wenn sie sich ihrer Macht bedienen, um irgendeine Ungerechtigkeit oder Gewalt, die sie als Privatpersonen nicht begehen dürften, auszuüben“, so begingen sie jene verwerflichste Sünde, deren „Quelle allein ihre Macht ist“.

Außenpolitisch hatte Richelieu aus kluger Einschätzung der Situation eher Besitzstands-Wahrung für Frankreich im Sinn. Er erstrebte eine Befestigung der Grenzen, lehnte aber eine Expansionspolitik ab (auch wenn er natürlich gern nahm, was er für seinen Staat ohne besondere Mühe bekommen konnte), denn: „Die Franzosen sind nicht für Eroberungen, die Zeit erfordern, geeignet und auch nicht dazu, diese zu erhalten.“ Richelieu ging sogar so weit zu sagen: „Ich behaupte – und das ist wahr –, daß es keinen glücklichen Krieg geben kann, der nicht auch gerecht ist.“

Entsprechend hat Richelieu seit seines Lebens die Diplomatie bevorzugt. Die französische Außenpolitik „verdankt ihm zwei historisch wirksame Grundsätze: Eine prinzipielle Ausrichtung des Interesses auf die kontinentale Situation; und die Maxime, daß ein zersplittertes Deutsches Reich der wirksamste Sicherheitsgarant Frankreichs sei“.

Gleichgewicht war einer der zentralen außenpolitischen Begriffe Richelieus. Und um dieses Gleichgewicht willen versuchte er, die Kraft seines Gegners zu teilen. Die Umdarmierung Frankreichs durch die spanischen Landesteile erschien ihm in diesem Sinne sogar als Vorteil. Gott habe es so gefügt, „daß Frankreichs geographische Lage die Staaten Spaniens trennte, um sie durch Teilung zu schwächen“.

Der schlimme Ruf ist unbegründet

Ludwig XIV., der ein Jahr nach Richelieus Tod an die Macht kam, hat weder innen- noch außenpolitisch die Empfehlungen des Kardinals befolgt. Er setzte geradezu hemmungslos auf Expansionspolitik und versäumte es entsprechend, die innenpolitische Konsolidierung Frankreichs im Sinne Richelieus zu verfolgen, die dieser ja ausdrücklich für den erwünschten Friedensfall konzipiert hatte.

Man hat oft darüber gerätselt, ob die Befolgung der Konzepte Richelieus die Französische Revolution verhindert hätte. Das ist natürlich ein müßiges Gedankenspiel. Aber es dürfte wohl das Gegenteil dieser These – noch häufiger vertreten – zu widerlegen sein: Von Richelieu gibt es keinen geraden Weg zu jener Lage, die die Revolution auslöste. Bei näherem Hinsehen löst sich Richelieus schlimmer Ruf in den Nebel der Gerüchte auf.

Das hat sich wohl sogar bis La Rochelle herumsprochen, dieser Stadt, deren Bewohner Richelieu in monatelanger Belagerung regelrecht verhungern ließ. Das beste Speisestaurant dieser hübschen Stadt am Meer trägt sinnigerweise den Namen des Kardinals.

Mittwoch in der WELT:

Die Anweisungen Friedrichs des Großen an die Erben porträtierten geradezu einen Herrscher-Typus: Den strengen Landesvater, dem die Ratio oberste Instanz ist. Fast als Gegen-Typus zu Friedrich erscheint Kaiserin Maria Theresia, Zeitgenossin und größte Kontrahentin des Preußenkönigs selbst noch in ihrem politischen Vermächtnis. Noch heute gilt die Kaiserin aus Wien als Inbegriff einer mütterlichen Regentin.

Heute Neu:

AUTO BILD

Opel Omega

Besser als Audi 100 und Ford Scorpio?

1. Vergleichstest

Wird der neue Opel der Star der Mittelklasse? AUTO-BILD verglich den Omega mit seinen starken Konkurrenten von Audi und Ford. Alle Details über Technik, Leistung, Komfort, alle Plus- und Minuspunkte.

Europas größte Autozeitung

Heute Neu:

AUTO BILD

Technik ist Produktiv. Oder?

Roboter-Technik: Gefahr? Oder Chance? Technik-Gleichheit? Oder Technik-Verzerrung? Antworten ist gefragt. Für eine verantwortliche Diskussion: Brochüre DROHT UNS DIE ZUKUNFT? Gratis anfordern von Aktion Gemeinsam, Hochschuler Allee 77, 5200 Bonn. Mitdenken ist kostenlos.

Aktion Gemeinsam e.V. eine Vereinigung unabhängiger Bürger

Dieses Motiv können Sie als Poster bei der Aktion Gemeinsam anfordern. (Schutzgebühr DM 3,- in Briefmarken)

Heute Neu:

AUTO BILD

Mit Stufenheck – der bessere Kauf?

VW JETTA

OPEL KADETT

FORD ORION

Ford, Opel, VW mit Kat und familienfremdlichem Stufenheck im Test. Welchen Komfort sie bieten, was sie leisten und kosten – in AUTO-BILD.

Europas größte Autozeitung

stums Aachen, Karlheinz Collas,
ein Requiem für Anton Kurze.

Biedenkopf für staatliche Grundrente

AP/DW, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hält eine Rentenreform ohne eine wesentliche Veränderung der Steuerbeteiligung an der Finanzierung der Altersversorgung nicht für möglich und setzt sich deshalb für eine steuerfinanzierte staatliche Grundversicherung im Alter ein, die durch Eigenvorsorge des Bürgers ergänzt werden sollte. In einem Interview des „Handelsblattes“ erinnerte er daran, daß sich die sogenannte Altenlastquote bis zum Jahr 2030 annähernd verdoppeln wird.

Für das traditionelle, überwiegend beitragsfinanzierte und eine Vollversicherung garantierende Rentensystem, wie es in den fünfziger Jahren geschaffen worden war, sieht Biedenkopf die Geschäftsgrundlage entfallen. Zwar könne man mit dem bestehenden System die Renten für die nächsten zehn bis 15 Jahre sichern und mit Mühe und Not auch noch bis zum Jahr 2003 und 2005 kommen; dann werde es jedoch kritisch. „Omas Rente ist sicher. In der nächsten Legislaturperiode muß dafür gesorgt werden, daß auch die Rente des Enkels sicher ist“, sagte Biedenkopf.

Mit Bundesarbeitsminister Norbert Blum stimme er darin überein, daß die Altersversorgung leistungsbezogen bleiben müsse, allerdings sei er im Gegensatz zu Blum nicht der Auffassung, daß sie auch beitragsbezogen bleiben müsse. Blum hatte sich mehrfach für eine auf drei Säulen ruhende Reform ausgesprochen: höheren Beitragszahlungen, einem geringeren Anstieg der Renten und höherem staatlichen Zuschuß zur Rentenkasse. Die Einführung einer Grundrente für alle im Zuge einer Strukturreform hatte er mehrmals strikt abgelehnt.

Bei der Grundrente geht es im Kern darum, zu einer Grundversicherung zu kommen, die nicht unter dem Gesichtspunkt der Versicherungsschutz steht, sondern der Bedarfdeckung steht. Befürworter verweisen auf das wachsende Mißverhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenzahlern sowie auf die kürzeren Lebensarbeitszeiten bei höherer Lebenserwartung. Kritiker halten die Grundrente für unverträglich mit bestehenden Eigentumsansprüchen an das bestehende Rentensystem.

Ziaul Haq will Benazir Bhutto wegen Umsturzversuchs vor Gericht stellen

In Pakistan kommt es zu blutigen Straßenkämpfen während Auslandsreise des Präsidenten

dpa/rt/AP, Karachi

Die inhaftierte pakistanische Oppositionspolitikerin Benazir Bhutto wird möglicherweise wegen eines Umsturzversuchs der Militärregierung unter Präsident Mohammed Ziaul Haq angeklagt werden. Die Polizei teilte gestern in Karachi mit, Frau Bhutto und acht weitere Personen seien wegen des Verdachts, einen Sturz der Regierung geplant zu haben, vernommen worden. Im Falle einer Verurteilung droht den Angeklagten die Todesstrafe.

Frau Bhutto, Führerin der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei (PPP), war am 14. August bei einer Pressekonferenz anlässlich des 39. Unabhängigkeitstages festgenommen worden. Die 33-jährige Tochter des 1979 gehängten ehemaligen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto sollte zunächst wegen des Verstoßes gegen das Versammlungs- und Kundgebungsverbot 30 Tage lang inhaftiert bleiben. Ihr Anwalt hat unterdessen in Karachi die Befürchtung geäußert, sie könnte für mehrere Monate festgehalten werden, falls die Ausschreitungen in ihrer Heimatprovinz Sind weiter anhalten sollten. Der Anwalt hat bisher keine Erlaubnis erhalten, seine Mandantin aufzusuchen.

Kairo und Moskau erörtern Schulden

dpa, Kairo

Die Frage der ägyptischen Militärschulden bei der UdSSR stand nach Angaben von politischen Beobachtern im Mittelpunkt eines überraschend angesetzten Gesprächs zwischen dem ägyptischen Regierungschef Lutfi und dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Petrowski in Kairo. Die Rückzahlung dieser Außenstände, deren Höhe auf mehrere hundert Millionen Dollar geschätzt wird, verhindert bisher unter anderem eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern entgegen.

Ägypten und die Sowjetunion vereinbarten, den bilateralen Handel auszubauen. In einer im Anschluß an die Unterredung veröffentlichten offiziellen Erklärung wurden keine weiteren Einzelheiten genannt.

Vor der Festnahme von Frau Bhutto hatte die Regierung die Verhaftung von Hunderten von Oppositionspolitikern verfügt. Dies war der Auslöser für gewalttätige Unruhen in allen Teilen des Landes, bei denen bis zu 40 Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Über 10 000 Menschen sollen während der Protestkundgebungen festgenommen worden sein.

Nach vier Tagen angespannter Ruhe kam es am vergangenen Wochenende in der Provinz Sind zu einer der größten Protestkundgebungen gegen das Militärregime unter Ziaul Haq, als sich in Lahore, der Hochburg der Opposition rund 200 Kilometer nördlich von Karachi, rund 15 000 Oppositionelle versammelten. Drei Mitglieder der PPP wurden im Verlauf von der Polizei erschossen, als eine Gruppe versuchte, Straßensperren zu errichten. Ziaul Haq selbst befand sich zu dieser Zeit auf einer Pilgerreise in Saudi-Arabien.

Die Unruhen folgten Ausschreitungen am vergangenen Montag, als acht Menschen, darunter vier Polizisten, bei blutigen Straßenkämpfen getötet wurden. Insgesamt sind mindestens 19 Menschen bei den seit fast zwei Wochen anhaltenden Unruhen ums Leben gekommen.

Türkei dementiert Operation in Irak

AP/dpa, Nikosia/Hamburg

Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal hat Berichte dementiert, daß die türkischen Streitkräfte nach den Luftangriffen auf Stützpunkte kurdischer Guerrillas auf irakischem Gebiet auch ein grenzüberschreitendes Kommandounternehmen gegen Kurdenpositionen in Irak unternommen hätten. Iran und türkische Zeitungen hatten gemeldet, die türkische Armee habe mit rund 1000 Soldaten und mit der Unterstützung von Hubschraubern im Norden Iraks operiert. In einem Abkommen von 1984 erlauben sich die Türkei und Irak, jeweils auf der anderen Seite der Grenze gegen Kurden vorzugehen.

Hunderte von Kurden haben unterdessen in Hamburg, Stuttgart, Köln, Hannover und Berlin gegen türkische Luftangriffe demonstriert.

In einem Interview, das Ziaul Haq in Dschiddah der in Paris erscheinenden saudi-arabischen Zeitung „Asharq al-Awsat“ gab, warf er Frau Bhutto vor, es „mit der Machtförderung zu eilig“ zu haben. Sie wolle, an die Macht gelangen, ohne die geltenden Gesetze einzuhalten. Er bezeichnete ihr Verhalten als „unverantwortlich“. Wenn sie die Regierung übernehmen wolle, müsse sie sich bei den für 1990 angesetzten Wahlen bewähren. Die Abhaltung vorgezogener Wahlen lehnte der General ab, es sei denn, die Regierung oder das Parlament würden einen anderen Beschluß fassen. Auf die Frage, ob die inhaftierte Oppositionsführerin abgeurteilt werden solle, antwortete er, dies sei für Gesetzesbrecher in jedem zivilisierten Land „so üblich“. Er sagte voraus, in drei Wochen werde die Ruhe im Lande wieder vollständig hergestellt sein.

Ministerpräsident Mohammad Khan Junejo bemüht sich unterdessen um parlamentarische Rückendeckung für sein hartes Vorgehen gegen die Opposition. In Lahore traf er mit Abgeordneten aus der Provinz Punjab zusammen. Ähnliche Konsultationen mit Parlamentariern aus den drei übrigen Provinzen sollen folgen.

Errichtet Moskau neue Basen?

AFP, Oslo

Die Sowjetunion errichtet angeblich zur Zeit auf der Halbinsel Kola im Nordosten der Ostsee einen neuen Luftwaffenstützpunkt sowie einen Stützpunkt für strategische U-Boote. Dies geht aus einem Bericht zweier ziviler Forscher hervor, der sich auf Satellitenfotos stützt und jetzt in Oslo veröffentlicht wurde.

Die beiden Wissenschaftler vom norwegischen Institut für außenpolitische Studien (NUPI) haben für ihre Arbeiten Aufnahmen des amerikanischen Forschungssatelliten „Landat“ mit einem Auflösungsvermögen von 30 Metern benutzt. Nach diesen Fotos wird der militärische Flughafen eine 4600 Meter lange Startbahn haben. Damit wird diese Basis für die neuen strategischen Jagdbomber vom Typ „Blackjack“ geeignet sein.



Der „große Alte“ der türkischen Rechten: Celal Bayar

Bayar – bis zum Tod Exponent der Rechten

DW, Istanbul

Der frühere türkische Staatspräsident Celal Bayar, der vom türkischen Militär 1980 gestürzt wurde und mit knapper Not dem Galgen entging, ist am Freitag im Alter von 88 Jahren an Herzversagen gestorben. Bayar war nach seinem Sturz von Ministerpräsident Adnan Menderes durch das Militär zum Tod verurteilt worden. Doch er überlebte die Hinrichtung um 26 Jahre. Später wurde Bayar zu lebenslanger Haft begnadigt, aus der er 1964 entlassen wurde. 1966 folgte seine endgültige Begnadigung. Er lebte seitdem zurückgezogen verheiratet als ältester Politiker des Landes, dessen Rat von Jüngeren gesucht wurde. Bis zu seinem Tod blieb Bayar Exponent der türkischen Rechten. Ohne Billigung des „großen Alten“ war innerhalb der Rechten keine Entscheidung von politischer Tragweite denkbar.

Bayar war das letzte überlebende Mitglied des ersten türkischen Parlaments, das 1920 zusammentrat. 1919 hatte er als Kampfgeführer des türkischen „Staatsgründers“ Ataturk am Unabhängigkeitskampf in Anatolien teilgenommen.

Der Bankfachmann war mehrfach Minister, von 1937 bis 1939 als Führer der Republikanischen Volkspartei Ministerpräsident. 1946 wurde er Vorsitzender der neuen Demokratischen Partei. Als Nachfolger von Ismet İnönü war er von 1950 bis 1960 Staatspräsident.

Frontstaaten einigen sich nicht auf Sanktionen

„Glückwunsch“ an Sambia und Zimbabwe / Hilfe gefordert

DW, Luanda

Die Frontstaaten Südafrikas haben sich nicht auf Sanktionen gegen Pretoria verständigen können. In der angolanischen Hauptstadt Luanda ging am Freitag die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs Angolas, Mozambiques, Zimbabwes, Sambias, Botswanas und Tansanias mit einer Verurteilung der Rassenunterschiedspolitik Südafrikas zu Ende. Eine gemeinsame Sitzung der Frontstaaten mit den drei anderen Mitgliedern der Südafrikanischen Entwicklungs-Koordinations-Konferenz (SADCC), die unmittelbar im Anschluß an die Tagung der Frontstaaten stattfand, endete damit, daß Sambia und Zimbabwe in dem Abschlussschreiben wegen der Verhängung von Sanktionen gegen Pretoria „beglückwünscht“ wurden.

Sambia und Zimbabwe hatten sich bei dem „Mini-Gipfel“ von sieben Commonwealth-Staaten in London dazu verpflichtet, die Flugverbindungen mit Südafrika einzustellen sowie den Import von südafrikanischen Bodenschätzen, Obst und Gemüse zu stoppen. Der Versuch des Vorsitzenden der Gruppe der Frontstaaten, des sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda, die Frontstaaten auf eine gemeinsame Haltung gegenüber Sanktionen zu bringen, schlug fehl.

„Verwundbarkeit“

Die Staats- und Regierungschefs der Frontstaaten forderten ihre internationale Unterstützung gegen Südafrika und brachten zugleich ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck, daß die britische Regierung nach wie vor Sanktionen gegen Pretoria ablehnt. In dem Abschlussschreiben heißt es, die „Verwundbarkeit“ der SADCC-Staaten dürfe kein Vorwand für andere Staaten sein, keine Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Von Seiten dieser Staaten würde nichts unternommen, was die Wirksamkeit von Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft gegen den Apartheidstaat untergraben könnte. Ursache der Unfähigkeit der SADCC-Staaten, sich auf Sanktionen zu einigen, dürfte die Tatsache sein, daß Lesotho, Swasiland und Malawi mit Südafrika wirtschaftlich eng verbunden sind und mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müßten.

Der südafrikanische Präsident Pieter Botha vertrat die Ansicht, daß einige Länder im Süden Afrikas, die für Sanktionen eintreten, von der Ausschaltung eines Konkurrenten profitieren wollten. Pretoria werde Sanktionen nicht nur „überleben“, sondern sogar gestärkt aus einer entsprechenden Situation hervorgehen, sagte Botha in einem Interview mit der britischen Tageszeitung „The Times“.

Gegenmaßnahmen

Pretoria beabsichtigt nach einem Bericht der Wochenzeitung „Sunday Express“, als Reaktion auf mögliche Wirtschaftssanktionen britische Firmen in Südafrika und britische Investitionen in Höhe von mehr als sechs Milliarden Pfund (mehr als 18 Milliarden Mark) zu konfiszieren. Südafrika bereite sich auf diesen Schritt vor, sollten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft im Oktober auf Sanktionen verständigen.

Der politischen Gewalt sind nach offiziellen Angaben seit dem vergangenen September 1897 Menschen zum Opfer gefallen. Die Hälfte seien von „Menschen ihrer eigenen Gruppe“ – nämlich Schwarzen – getötet worden, erklärte der südafrikanische Justizminister le Grange. Inzwischen starben weitere drei Menschen. Bei einem Handgranatenanschlag auf das Wohnhaus eines Zulu-Ministers im Homeland KwaZulu ist die Frau des Ministers, Evelyn Sabelo, getötet worden. Wie ein Sprecher des staatlichen „Informationsbüros“ am Samstag mitteilte, wurden außerdem zwei Leichen in Schwarzen-Wohnorten bei Johannesburg gefunden.

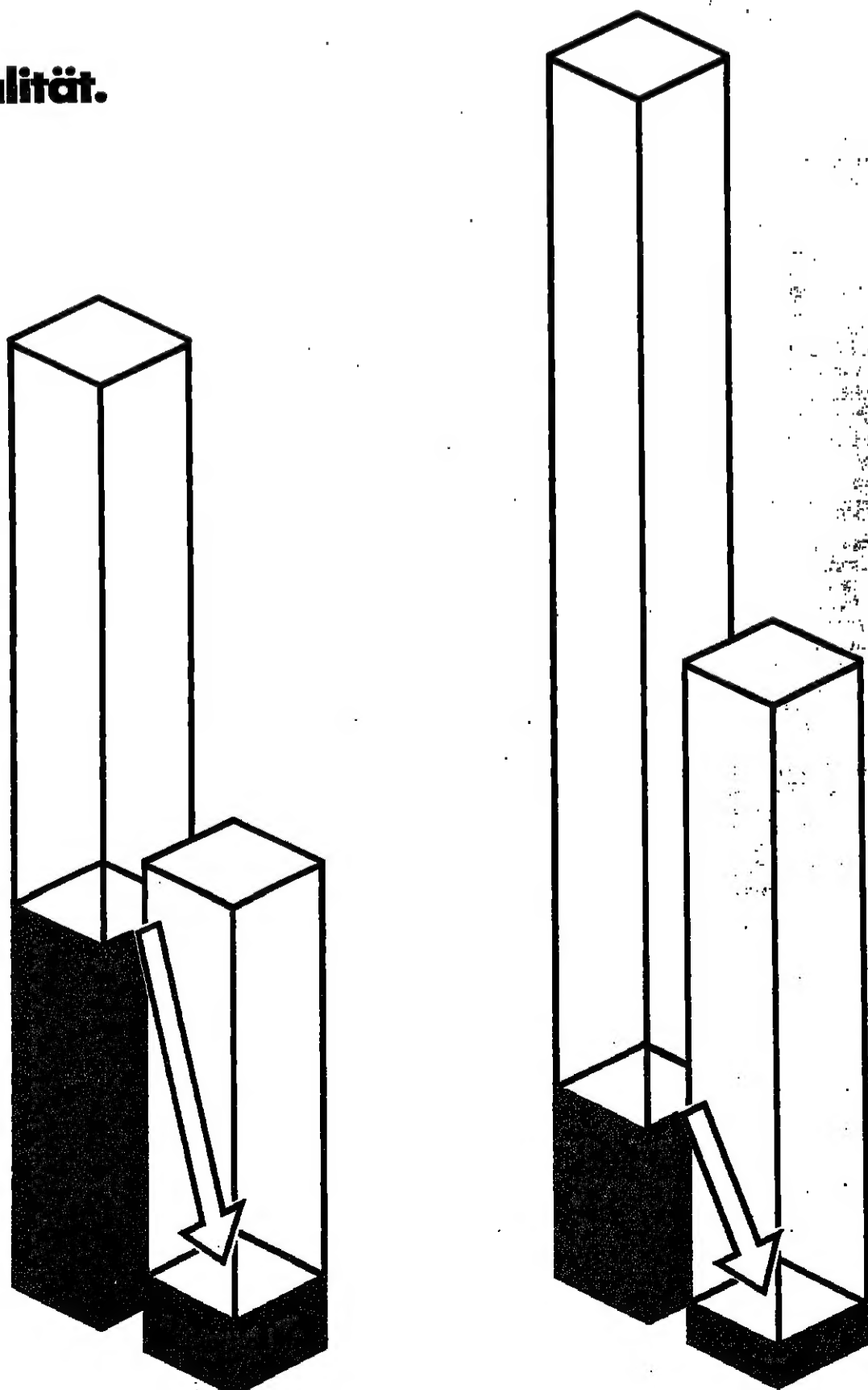
Mehr als 1000 weiße Südafrikaner haben am Samstag in der Ortschaft Henkens River bei Johannesburg gegen die geplante Einrichtung einer Schwarzen-Stadt protestiert. Die Regierung beabsichtigt, einige Kilometer nördlich von Johannesburg eine Stadt für 250 000 Schwarze zu errichten. Die Gegner des Projekts befürchten den Verfall der Immobilienpreise und eine Zunahme der Kriminalität. Ein Sprecher der Weißen sagte auf der Protestkundgebung: „Wir bekämpfen diese Sache nicht aus rassistischen Motiven.“

Die Steinkohle zum Thema „Umweltschutz“

Mehr Lebensqualität.

Alle Beteiligten

Steinkohlekraftwerke

1984 1994
Schwefeldioxid1984 1994
Stickstoffoxide

Unsere Anstrengungen haben Erfolg. Analysen bestätigen: Der Schadstoffausstoß aus Kohlekraftwerken nimmt deutlich ab.

Dennoch wird weiter gearbeitet an neuen, emissionsärmeren Kraftwerken, an neuen Heizungsanlagen und Brennstoffen. Aus Vorsorge.

Bereits in zwei Jahren werden 95 % aller großen Kohlekraftwerke eine Rauchgasentschwefelungsanlage haben. Und 1994 werden alle Kraftwerke damit ausgerüstet sein.

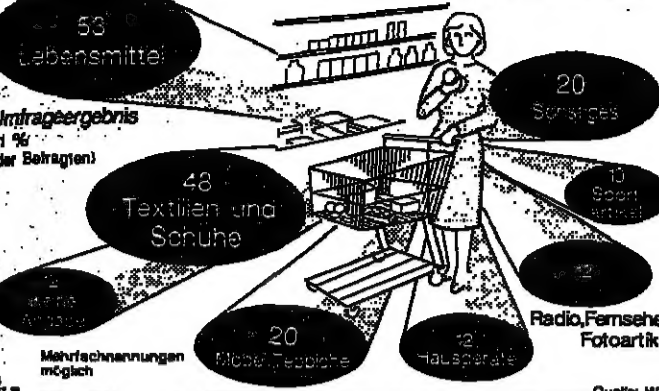
Das Resultat: Die Emissionen von Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Staub werden um 80 % gesenkt.

Kohle – für eine unabhängige Energieversorgung, sauber und sicher.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen.

Unsere Kohle. Ein Vorbild an Energie.

Was Kunden nach Ladenschluß noch einkaufen möchten



Rund 82 Prozent der Bundesbürger sind für eine Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes aus dem Jahr 1956. Dies ergab eine Umfrage, die jetzt vom baden-württembergischen Landesverband der Wirtschaftsjunioren Deutschlands veröffentlicht wurde. Insbesondere Lebensmittel und Kleidung wollen die Befragten verlängerte Öffnungszeiten nach dem heutigen Ladenschluß einkaufen. Die FDP will in der kommenden Legislaturperiode einen „Dienstleistungsabend“ pro Woche fordern, an dem nicht nur Geschäfte, sondern auch Banken, Behörden, Kanzleien und Proxen länger geöffnet bleiben sollen.

WELTWIRTSCHAFT

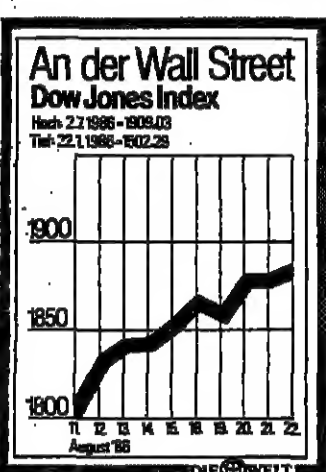
Frankreich: Vor allem mittelständische Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland wollen in Zukunft ihr Engagement verstärken. (S. 10)

Südafrika: Das Bruttoinlandsprodukt wird nach einer Untersuchung der Staatsbank Südafrikas im laufenden Jahr real „kaum

mehr als 1,5 bis zwei Prozent“ anwachsen.

Asien: Die Wirtschaftsminister der Vereinigten südostasiatischen Staaten (Asean) werden auf ihrer Konferenz in Manila über die Abwicklung des internen Asean-Handels in heimischer Währung beraten.

FÜR DEN ANLEGER



Rentenmarkt: Trotz freundlicher Tendenz bietet sich ein uneinheit-

liches Bild. Die Nachfrage konzentriert sich auf Bundesanleihen. (S. 11)

Gemischtes: Die Landesbank Rheinland-Pfalz will mit der Ausgabe von „Genüssen“ ihre Eigenkapitalbasis erweitern. Die Sparkassen sollen die Anteile erwerben. Über Volumen und Ausstattung ist noch nicht entschieden.

Zinsen: Unsicherheit herrscht bei Experten darüber, weshalb die US-Großbanken mit einer Korrektur ihrer Prime Rate in Reaktion auf die Leitzinssenkung zögern. Bisher hat lediglich die traditionell aggressive Southwest (St. Louis) auf die Diskontsenkung reagiert.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Uhren: Die Exporte der Schweizer Uhrenindustrie sind im 1. Halbjahr 1986 um 6,6 Prozent auf 2,05 Mrd. Franken (2,4 Mrd. DM) gefallen. Hauptgrund: Die Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar.

Großmärkte: Der Bundesverband der Selbständigen hat am Wochenende die Bundesregierung aufgefordert, die Ansiedlung großflächiger Einkaufszentren an den Ortsrändern zu verbieten.

Dralle: Die kürzlich gegründete

Ryf-Coiffeur GmbH, Nordstedt, wird nach eigenen Angaben bis zum Jahresende im Bundesgebiet 30 Friseursalons eröffnen. 1987 sollen mindestens 30 weitere Salons dazukommen. Hinter Ryf steht die Dralle GmbH, Hamburg.

Messen: Zuversichtliche Stimmung und ein gegenüber dem Vorjahr gewachsenes Besucherinteresse haben am Wochenende den Auftakt der Internationalen Frankfurter Herbstmesse und der Offenbacher Lederwarenmesse geprägt. (S. 11)

MÄRKTE & POLITIK

Preise: Die Einfuhrpreise in die Bundesrepublik sind im Juli dank billigerer Energieerzeugnisse erneut um 3,2 Prozent gefallen. Sie lagen damit um 22,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

US-Industrie: Die Auftragsein-

gänge haben sich im Juli gegenüber Juni um 4,3 Prozent erhöht. Werften: Die zur Harstoff-Gruppe gehörende Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG) hat laut Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) offenbar das endgültige Ende umschifft. (S. 11)

NAMEN

Wechsel: Wegen Differenzen in der Marketingpolitik gibt Gert Frederking zum 1. September die Geschäftsführung bei der Franz Schneider GmbH & Co. KG, München, auf. Er wird von Hubertus Schenkel (früher Deutsche BP AG) abgelöst.

Argentinien: Aus Protest gegen die restriktive Politik von Wirt-

schaftsminister Sourrouille ist der Präsident der Zentralbank, Alfredo Concepcion, zurückgetreten.

WER SAGT'S DENN?

Es ist besser zu scheitern als zu leben – und es kommt auch nicht teuer.

Philip Gibbs

Unverbleites Benzin gefährdet die Existenz der Freien Tankstellen

Der Preisabstand von einem Pfennig soll nicht vergrößert werden

HANS BAUMANN, Bonn

Der Existenzkampf der Freien Tankstellen in der Bundesrepublik wird sich noch weiter zuspitzen, wenn es tatsächlich zu einem forcierten Absatz von bleifreiem Benzin kommen sollte. Bei einem Anteil von 20 oder gar 30 Prozent am Vergaserkraftstoffabsatz insgesamt seien viele Betreiber Freier Tankstellen nicht mehr in der Lage, Investitionen vorzunehmen, sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes Freier Tankstellen, Franz Förster, in einem Gespräch mit der WELT.

Aber nicht nur vom Investitionszwang getrieben, die Freien dann unter erhöhten Druck. Eine Steuerspreizung über die bisherigen sieben Pfennig hinaus, wie sie Ministerpräsident Lothar Späth fordert, werde auch wieder die Tür für Manipulationen aufstoßen. In großen Mengen verleihe es vielleicht dazu, beim Import 90 Prozent bleifreies Benzin mit zehn Prozent unverbleitem zu verschneiden und das Paket als unverbleites Benzin an den Markt zu bringen. Um solche Panscherer zu unterbinden, müßte erneut daran ge-

dacht werden, bleifreies Benzin einzuführen.

Diese Absicht ist schon einmal daran gescheitert, daß sich Teile des nicht konzerngebundenen Handels widersetzen. Die Konzerne selbst und auch der Bundesverband der Freien hätten eine solche Einföhrung begrüßt. Abgelehnt wurde die Einföhrung von den vornehmlich importierenden Händlern, die für die Kennzeichnung des Benzins Dosiermischpumpen hätten anschaffen müssen, die Kosten pro Stück von rund 100 000 Mark verursacht hätten. Davon würden die Freien nicht betroffen, weil sie ihre Ware überwiegend von den großen inländischen Mineralölkonzernen beziehen, die den Kraftstoff gefärbt liefern.

Die Schwierigkeiten für die Freien verschärften sich aber auch durch die immer wieder registrierten Versuche einzelner, durch größeren Preisabstand zu den Markengesellschaften Kunden an sich zu ziehen. Nach Förster gibt es zur Zeit fünf Mitglieder in seinem Verband, die mit dieser Methode dafür sorgen, daß immer wieder der Benzinpreis-Trichter in der Bun-

desrepublik entstehen. Diese Unterbieter um mehr als einen Pfennig vergessen nach Förster, daß die Freien ihre Hauptwettbewerber unter den Freien zu suchen haben, da die Kunden der unabhängigen Zapfsäulen die besonders preisbewußten seien, während die Markengesellschaften sich auf die konservativen Benzintanker stützen. Daher haben es die Freien auch so schwer, die Preise anzuhoben, was sie wiederum zwingt, die ersten zu sein, wenn der Preis nach unten geht.

Wie stark die Fluktuation bei den Freien ist, zeigt die Tatsache, daß sie seit Verbandsgründung 1980 rund 1000 Tankstellen verloren haben, in der gleichen Zeit aber 800 hinzugewinnen konnten. Diese 800 kamen in der Regel von den Markengesellschaften, die sich im Zuge ihrer Netzdurchforstung von vielen Tankstellenbesitzern getrennt haben. Diese Fluktuation wird in Zukunft zunehmen, meint Förster, weil der Wettbewerb eher heftiger werde und weil manche Tankstellen in der Erbfolge keinen neuen Besitzer mehr hätten und ausscheiden müßten.

Wall Street zum Wochenschluß fester

Hohe Steigerung des Auftragsengangs weckt Hoffnungen bei den Anlegern

DW/JWD, New York

Zum Wochenschluß präsentierte sich der New Yorker Aktienmarkt leicht fester. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte legte, gestützt durch Kursausweitung bei Spitzenwerten, um 6,61 Punkte auf 1887,30 zu. „Es ist Freitag, die Aktien wollen weiter ansteigen und es gibt niemanden, der sie davon abhält“, kommentierte einer der Händler das Geschehen. Im Wochenverlauf lag der Index für 30 Industriewerte um rund 32 Punkte oder 1,7 Prozent an. Am Freitag wurden leichte Ausschläge in beiden Richtungen registriert. Umgesetzt wurden etwa 118,13 (136,12) Millionen Aktien, wobei die Gewinner die Verlierer im Verhältnis von rund acht zu sieben überwiegen.

Die Stimmung am Aktienmarkt war den Angaben zufolge in dieser Woche besser als erwartet. Als positives Zeichen wurde der Auftragsengangs bei Gebrauchsgütern im Juli (plus 4,3 Prozent) angeführt. Dies ist die größte Steigerungsrate seit mehr als einhalb Jahren.

Nach Angaben des US-Handelsministeriums war der Anstieg in erster Linie auf die hohe Zahl von Orders aus dem Verteidigungsministerium, vor allem für Flugzeuge, zurückzuführen. Im Juni hatten die Auftragsengänge um 0,1 Prozent zugenommen, im Mai waren sie um 1,1 Prozent gesunken.

Der Anstieg sei zwar kein Zeichen für „bessere Zeiten“, wecke bei Anlegern jedoch entsprechende Hoffnungen. Die feste Verfassung des Marktes beurteilte ein Analyst dahingehend, daß in Kürze der Rekord vom 2. Juli (1985,08 Punkte) überboten werde. Der Versorgungindex, der mit 217,39 um 0,82 Punkt schwächer

schloß, wies ein Wochenplus von 2,9 Prozent auf.

Hochtechnologiewerte, die am Vortag einheitlich waren, zogen erneut an. Digital Equipment legten 3 1/2, Texas Instruments 1 1/2 und Control Data 1 1/4 Dollar zu. USX, ein möglicher Übernahme Kandidat, bildeten bedingt durch Gewinnminderungen 1/2 Dollar ein.

Auch die europäischen Börsen zeigten sich in der abgelaufenen Woche zum größten Teil in besserer Verfassung. So kam es am Amsterdamer Platz im Bereich der Standardwerte überwiegend zu Gewinnen. In Paris zogen vor allem Bankaktien an. Der Mailänder Markt konnte zwar das zum Wochenbeginn erreichte Niveau nicht ganz halten, lag aber unter dem Strich trotzdem fester. Banken und Versicherungen waren in Zürich die Wochengewinner.

Wolff kritisiert Brüsseler Förderungspraxis

A. G. Alpbach

Die überbordende Technologieförderung der EG ist vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelsbundes (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, scharf kritisiert worden. Mit dem Forschungsaktivismus der EG-Kommission würde das „Tor für mehr Subventionen“ weiter geöffnet und der Subventionsmentalität Vorschub geleistet, erklärte Wolff am Samstag im österreichischen Alpbach. Die Brüsseler „Programmkorben“ müßten endlich von einem gestandenen Politiker an ihrem Tun gehindert werden. Bundesfinanzminister Stoltenberg habe hierbei Wolffs volle Unterstützung.

Als absurd bezeichnete der DIHT-Präsident die Absicht der Brüsseler Kommission, europaweit hundert „Subventionsrichter“ einzurichten, bei denen sich Unternehmen künftig wie früher die Bürger bei der Zuteilung von Lebensmittelpunkten, Beihilfen und Subventionen aus der Gemeinschaftskasse abholen könnten. Vielmehr wäre eine Harmonisierung der Steuersätze bei gleichzeitiger Abbau der Steuerlasten vorzuziehen. Wenn man das Geld zur Eigenkapitalbildung durch weniger Steuern lasse, würden wachstums- und beschäftigungspolitische Vorteile freigesetzt. Wachstum hänge davon ab, wieviel Freiäume der Staat dem privaten Sektor lasse. Das Schlagwort von der „Euroklause“ wies Wolff entschieden zurück.

AUF EIN WORT



„Die Ausarbeitung eines umfassenden nationalen Verkehrskonzepts und die sinnvolle Einbindung aller deutschen Häfen in ein derartiges Konzept bleibt weiter unabdingbar. Die Problematik des Seehafeninterlandverkehrs hat deutlich gemacht, daß hier einige im argen liegt.“

Dr. Hans Fehning, Geschäftsführer der Hamburgerischen Landesbank, Hamburg. FOTO: CHRISTA KUJATH

Aufschwung auch für deutschen Einzelhandel

H. Bonn

Der deutsche Einzelhandel hat jetzt Anschluss an den konjunkturellen Aufschwung in der Bundesrepublik gefunden. Nach einer Studie der Commerzbank erreichte die Umsatzsteigerung im ersten Halbjahr 1986 im Einzelhandel 3,9 Prozent (preisbereinigt 4,3 Prozent) oder neun Milliarden Mark. Dabei lagen die Sparten Radio und Fernsehen, Sportartikel und Reformhäuser an der Spitze. Sie konnten nach den Angaben der Bank Zuwachsraten von sechs Prozent verbuchen, gefolgt vom Lederwarenhandel und dem Sortimentsbuchhandel mit fünf Prozent besseren Umsätzen. Für das Gesamtjahr 1986 erwarte der Einzelhandel eine Belebung des Geschäftsvolumens um insgesamt vier bis fünf Prozent.

Diese positive Entwicklung resultiere aus dem wachsenden Vertrauen in die anhaltende konjunkturelle Erholung. Unterstützt werde die Konsumsteigerung durch die deutliche Steigerung der realen Kaufkraft der Deutschen Verbraucher, die sich den Erwartungen zufolge im laufenden Jahr insgesamt um netto 80 Milliarden Mark erhöhen dürfte.

Zuversichtlich über die Geschäftsentwicklung 1986 zeigten sich nach den weiteren Ausführungen der Commerzbank auch die Warenhäuser, deren Wachstum mit 2,9 Prozent zwar noch nicht ganz befriedige, aber an den Umsatzzuwachs des klassischen Einzelhandels wieder heranreichte.

Wenig Chancen für Breuels Gewerbesteuer-Vorschläge

Bundesfinanzministerium hat andere Vorstellungen

A. G. Bonn

Nachdem Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg bereits öffentlich die Steuerreformvorschläge der niedersächsischen Finanzministerin Birgit Breuel zu den Freibeträgen zurückgewiesen hat, werden in seinem Hause auch ihren Forderungen nach Abschaffung der Gewerbesteuer keine großen Chancen eingeräumt. In seiner Antwort auf eine entsprechende Frage des SPD-Abgeordneten Poß teilte der Parlamentarische Staatssekretär, Hansjörg Häfelle, zwar mit, daß in den steuerpolitischen Entscheidungsprozessen für die nächste Legislaturperiode alle ernstzunehmenden Reformüberlegungen – auch die der niedersächsischen Finanzministerin vom 31. Juli dieses Jahres – einbezogen würden und daß ein abschließendes Urteil über deren Einigung erst nach Anhörung der Beteiligten zweckmäßig sei.

Jedoch verlautet inzwischen von unterrichteter Seite in Bonn, daß Frau Breuels Vorschläge im Bundesfinanzministerium auf große Skepsis stoßen, weil sie, wie es heißt, von den Überlegungen der Bundesregierung

zum Teil abwichen und zum Teil sogar steuerpolitische Vorstellungen der SPD übernahmen. So werde der Vorschlag, die Gewerbesteuer abzuschaffen und den Gemeinden statt dessen einen Umsatzsteueranteil zuzuwenden, von den Städten und Gemeinden einhellig abgelehnt.

An dieser Abklohnungsfront werde auch der ergänzende Vorschlag nichts ändern können, den Gemeindenanteil an der Lohn- und Einkommensteuer mit einem Hebesatzrecht zu versehen. Die Gemeinden sahen nämlich mit Sorge, daß der Gemeindenanteil der Einkommensteuer die wirtschaftsbezogene Gemeindesteuer „Gewerbesteuer“ aufkommensmäßig überflügeln könnte. Sie seien an der Stärkung des an der Wirtschaftstätigkeit anknüpfenden Elements im Gemeindesteuersystem interessiert.

Im Übrigen bedeutete ein Hebesatzrecht auf den Gemeindenanteil der Einkommensteuer eine erhebliche Steuerkomplizierung auch für Finanzverwaltung und Bürger, denn man im Hause Stoltenberg. Das hatten schon Planispiele in den 60er Jahren ergeben.

Flirt mit dem Gatt

ha. (Brüssel) – Den Karren vor den Ochsen gespannt haben die Sowjets, als sie beim Genfer Gatt-Sekretariat um eine Beteiligung an den bevorstehenden Verhandlungen zur Liberalisierung des Welt Handels nachsuchten. Die Reaktion der westlichen Staaten lag dann auch zwischen Skepsis und unerbittlicher Ablehnung.

Statt die Aufnahme beim Gatt zu beantragen (diese würde die uneingeschränkte Anerkennung der vom Gatt entwickelten internationalen Spielregeln voraussetzen), will Moskau offenbar erst einmal sehen, was bei den kommenden Gesprächen herauskommt.

Die Frage ist, wie weit es der neuen sowjetischen Führung mit ihrer Ankündigung ernst ist, die Mecha-

nismen ihrer Außenhandelspolitik zu ändern und den (staatslichen) Handelsunternehmen eine größere Autonomie einzuräumen. Der Versuch, die Regeln eines Clubs mitzubestimmen, bevor man ihm angehört, ist jedoch sicher nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen. Auch andere kommunistische Länder beteiligten sich seit Jahren an der Diskussion über die Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems. Sie sind aber Mitglied des Gatt oder haben (wie Peking) um ihre Aufnahme gebeten.

Für die westlichen Länder rechtfertigt sich Zurückhaltung. Selbst eine strikte Befolgung der Gatt-Regeln durch die Sowjets würden ihnen kaum Vorteile bringen. Moskau käme in den Genuss von Handelsvergünstigungen, ohne seine Wirtschaft Importen wirklich öffnen zu müssen. Sein Beitritt dürfte vielmehr eine gefährliche Politisierung des Gatt bewirken.

Impulse für Mittelstand

Von MATTHIAS KLEINERT

Im mittelbadischen Rastatt will Daimler-Benz ein neues Pkw-Werk errichten. Mit einer Investitionssumme von 1,8 Milliarden Mark werden 7000 Arbeitsplätze geschaffen. Welch eine weitreichende, zukunftsichernde Entscheidung für die Menschen, die Arbeitnehmer und ihre Familien in dieser Region!

Aber worüber diskutieren diejenigen, die weit vom Schuß sind? Über die Fördersumme von 120 bis 140 Millionen Mark, die das Land aufbringen will, um das künftige Werksgelände in Rastatt für diese Industriensiedlung bebauungsfähig an Daimler-Benz überliefern zu können. Von „Subventionsweltlauf“ ist die Rede, von überflüssigen Geschenken an Daimler-Benz auf Steuerzahlers Kosten, da der Konzern ohnehin in Rastatt bauen werde und nirgendwo sonst.

Ich glaube, daß diese Diskussion Ausfluß einer Luxusproblematik ist, derzufolge man es sich leisten zu können glaubt, das Haar in der Suppe suchen zu müssen, weil die Tafel augenscheinlich opulent bestellt ist. Jeder würde den beschäftigungspolitischen Gewinn preisen, fände diese Ansiedlung anderswo, beispielsweise in Bremen, statt. Die Fördersummen würden weit üppiger fließen, aber niemand sähe Anlaß, von Subventionsmentalität zu sprechen.

Versuchen wir, in der klischeeverliebten Diskussion den Fakten Gehör zu verschaffen. Nach den vorliegenden Informationen treibt Daimler-Benz die Planungen für die Errichtung eines neuen Pkw-Werks parallel zum „Projekt Rastatt“ an einem anderen Standort voran, um startbereit zu sein, falls es in Rastatt nicht klappt. Dies zeigt eindeutig, daß die Unternehmensentscheidung nicht von vornherein auf Rastatt festgelegt war.

Die Förderung, die Baden-Württemberg gewährt, ist nur ein bescheidener Ersatz für die Subventionsmöglichkeiten, die an anderen Standorten außerhalb Baden-Württembergs verfügbar sind. Bezogen auf die Gesamtinvestition werden für Rastatt ein Volumen von sieben Prozent erreichen. In anderen Regionen der Bundesrepublik sind

Hilfen von 20 Prozent zum Gesamtinvestitionsvolumen möglich und schon gegeben worden.

Die Förderung des Landes Baden-Württemberg unterstreicht in erster Linie das Engagement des Landes mit dem Ziel, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen rechtzeitigen Baubeginn, der für Daimler-Benz betriebswirtschaftlich noch akzeptabel ist, im Rahmen der rechtlichen Voraussetzungen sicherzustellen. Die Förderung konzentriert sich darauf, die wertmindernden Eigenschaften des in Aussicht genommenen Rastatter Grundstücks zu beseitigen.

Die Ansiedlung des Pkw-Werkes wird in erheblichem Umfang zur Strukturverbesserung in der Region Mittlerer Oberrhein beitragen. Zu Recht wertet die dortige Industrie- und Handelskammer die Rastatter Ansiedlung als eine „einmalige Chance für die gesamte Region“, mit zahlreichen gegenseitigen Auswirkungen für kleinere und mittlere Unternehmen, angefangen von den Zulieferbetrieben bis hin zum Handwerk und zum Einzelhandel.

Speziell die Situation mittelständischer Unternehmen in dieser Region wird sich durch die Errichtung des Pkw-Werkes nachhaltig verbessern. Seriöse Untersuchungen belegen, daß mit der Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Automobilproduktion zwei weitere Arbeitsplätze in anderen Bereichen wie der Zulieferung, überwiegend in mittelständischen Betrieben, geschaffen werden.

Das „Projekt Rastatt“ ist mithin die Lokomotive für die Stärkung mittelständischer Strukturen in einer Region, die derartige Impulse brauchen kann – und eben deshalb wird sie auch von der Regierung Lothar Späth gefördert. Eben deshalb paßt die Förderung in die mittelstandsorientierte wirtschaftspolitische Konzeption der Regierung Späth. Die unmittelbare Mittelstandsförderung läßt sich das Land Jahr für Jahr 300 Millionen Mark kosten – und eine Ansiedlung, wie sie jetzt in Rastatt geplant ist, findet bestenfalls alle zehn Jahre statt.

Der Autor ist Staatssekretär im Staatsministerium Baden-Württemberg und Sprecher der Landesregierung.

Das Steuerparadies Isle of Man lockt immer neue Investoren

WILHELM FURLER, Douglas

Ein Gang durch die Straßen der hübschen Hafenstadt Douglas, Hauptstadt der Insel Man, läßt den Besucher glauben, er befände sich in einem ihm unbekannten Teil der Londoner City. Eine Bankgesellschaft reißt sich an die andere, gleiches gilt für Versicherungsunternehmen und Brokerfirmen. Nicht weniger als 43 Banken und knapp 40 Versicherungsgesellschaften haben sich inzwischen auf der Isle of Man niedergelassen. Allein im vergangenen Monat kamen sieben Versicherer neu hinzu.

Die Antwort auf die Frage, was es mit der Zusammenballung finanzieller Aktivitäten auf einer relativ kleinen Insel (572 Quadratkilometer) mitten in der Irischen See auf sich hat, ist einfach: Die Insel Man ist ein Steuerparadies. Sie hat einen ähnlichen Status wie ihre Kanalinsel-Schwester Jersey und Guernsey.

Historisch gehörte die Isle of Man bis auf den heutigen Tag nie zum

Vereinigten Königreich. Vielmehr ist sie abhängiges Territorium der Britischen Krone und besitzt somit interne Autonomie. Lediglich in den Bereichen Verteidigung und Außenpolitik werden die Interessen von London wahrgenommen. Das Manx-Parlament, der Tynwald, mit Oberhaus und Unterhaus (House of Keys) bildet die einzig bindende Legislative. Die Insel Man gehört auch nicht der Europäischen Gemeinschaft an; es besteht lediglich ein Assoziierungsabkommen, das Zollfragen und gewisse Bereiche der Agrarpolitik regelt.

Die völlige Autonomie hat zur Folge, daß die Steuersätze von der Manx-Regierung nach eigenem Ermessen festgelegt werden. Gegenwärtig gilt nur ein Steuersatz: 20 Prozent Einkommensteuer und 20 Prozent Körperschaftsteuer. Andere Steuern werden nicht erhoben. Im Gegensatz zu den Kanalinseln hat sich die Isle of Man erst relativ spät darauf besonnen, diese Vorteile auch international in der Finanzwelt zu

vermarkten. Doch inzwischen, so bestärkte der „Schatzkämmer“ der Insel, David Moore, gegenüber der WELT, habe man den Anschluß an die führenden off-shore-Finanzzentren der Welt wie Jersey und Guernsey oder die Caymans-Inseln in der Karibik voll gefunden. „Hier auf der Insel Man mit ihrer Bevölkerung von gegenwärtig knapp 65 000 ist gut und gerne Platz für weitere 10 000 Menschen“, versichert Moore.

Der niedrige Steuersatz und darüber hinaus zusätzliche Steuerkonzessionen für die Bereiche Investment Banking, Versicherungen und Schifffahrt ließen den Anteil von nichtbritischen Investoren in letzter Zeit stark steigen. Inzwischen haben sich kanadische, schweizer und dänische Bankhäuser in Douglas niedergelassen. Und die Zahl der auf der Insel registrierten Unternehmen, ist auf knapp 18 000 gestiegen.

Kategorisch wird auf der Isle of Man der Grundsatz gewahrt, daß kei-

nerlei steuerliche Auskünfte an ausländische Behörden erteilt werden, auch nicht an die britischen. Theoretisch erhält ein nicht auf der Insel ansässiger Ausländer die Rückflüsse aus seinen dortigen Anlagen ohne Abzug von Steuern. Doch – und darauf wird immer wieder hingewiesen – wird kein Investor ermuntert, mit diesen Brutto-Rückflüssen Steuerhinterziehung in seinem eigenen Land zu betreiben. Interessant sind diese Möglichkeiten für alle die Investoren, die sich permanent nicht in ihrem eigenen Land aufhalten. Dies gilt insbesondere für den Abschluß von Lebensversicherungen.

Inzwischen versuchen die Verantwortlichen auf der Insel Man, die Aktivitäten auszuweiten. Dazu zählen die Bereiche Rohstoffhandel ebenso wie Anlage-Management, Trust-Verwaltung und die Registrierung von Seeschiffen. Gerade auf letzterem Gebiet ist die Insel sehr erfolgreich. So hat der Shell-Konzern beschlossen, seine gesamte Tankerflotte aus dem

britischen Register herauszunehmen und auf der Isle of Man registrieren zu lassen. Manx-Schiffe fahren zwar unter britischer Flagge, stehen aber unter der Aufsicht und Gerichtsbarkeit des eigenen, völlig separaten Registers. Sie bringt Vorteile insbesondere in den Bereichen Steuern und Betriebskosten, da auch andere Bemannungsvorschriften gelten.

Heute sind im Manx-Schiffregister 47 Handelsschiffe eingetragen. Zu diesen rund 400 000 Tonnen Tragfähigkeit (tdw) werden in Kürze die 26 Shell-Tanker mit zusammen 3,225 Mill. tdw kommen sowie zehn weitere Schiffe mit zusammen 250 000 tdw. Mit den dann vier Mill. tdw gehört die Manx-Handelsflotte schon zu den größten der Welt. Betont wird allerdings immer wieder, daß die Insel Man nicht zur Billigflotten-Gruppe mit Ländern wie Panama oder Zypern gehört. Es werde größter Wert darauf gelegt, daß die strengsten Sicherheitsstandards angelegt und befolgt werden.

ERGEBNISSE

Homburg - Schalke	1:1 (0:0)
Frankfurt - Nürnberg	1:0 (0:0)
Bremen - K'lauren	1:0 (1:0)
Mannheim - Dortmund	2:1 (0:0)
Leverkusen - Düsseldorf	5:0 (2:0)
München - Köln	3:0 (2:0)
Bochum - Hamburg	1:1 (0:1)
Uerdingen - Stuttgart	2:2 (1:0)
BW Berlin - M'gladbach	3:2 (1:2)

DIE SPIELE

Homburg - Schalke 1:1 (0:0)
Homburg: Scherer - Wojcicki - Prentke, Geschlecht - Mördert, Dooley, Knoll, Bunzel, Beck (74. Ehrmanntraut) - Schäfer (88. Müller), Preller. Schalke: Jungmann (19. Macale) - Fichtel - Hanner (85. Gröschel, Schipper, Roth, Kleppinger, Dierßen, Thom, Jankobs - Bistram, Tübler, Schiedersrichter: Schmidhuber (Ottobrunn). - Tore: 1:0 Wojcicki (63.), 1:1 Thom (88.). - Zuschauer: 6211. - Gelbe Karten: Mördert (5), Wojcicki, Jakobs, Schipper, Thom.

Bremen - K'lauren 1:0 (1:0)
Bremen: Burdinski - Kutzop - Schindwein, Oten - Schaefer, Wolter, Votava, Rüdiger (76. Sauer), Meier (60. Herrmann) - Völler, Burgsmüller. K'lauren: Ehrmann - Dusek - Moser (79. Roos), Friedmann - Hartmann, Wuttke, Schupp, Spielberger (42. Mohr), Metz, Aliev, Trunk, Schiedersrichter: Broksa (Gelsenkirchen). - Tore: 1:0 Völler (14.). - Zuschauer: 21.680. - Gelbe Karten: Schaefer, Moser (2), Schupp, Wuttke.

Frankfurt - Nürnberg 1:0 (0:0)
Frankfurt: Gundelach - Berthold - Kraaz, Körbel - Sievers, Kraus, Müller, Kitzmann, Bins - Mitchell, Smolarek. Nürnberg: Köpke - Reuter - Giese, Grahmann - Philippowski, Lieberwirth (72. Jambro), Schwab, Güttler (82. H.-J. Brunner), Wagner - Andersen, Eckstein, Schiedersrichter: Kruse (Beckum). - Tore: 1:0 Berthold (52.). - Zuschauer: 21.500. - Gelbe Karten: Kraus, Philippowski, Giese.

Mannheim - Dortmund 2:1 (0:0)
Mannheim: Zimmermann - Sebert - Tolanis, Dieckmann - Koller, Scholz, Gaudino (35. Quisener), Neun, Frieß, Bührer, Walter (73. Klotz). - Dortmund: de Beer - Pagelsdorf - Hupe, Kutowski - Storck (88. Anderbrügge), Kaser (80. Dieckmann), Frieß, Radtke, Heimer - Simmes, Müll, Schiedersrichter: Bruch (Bismarck). - Tore: 1:0 Gaudino (82.), 1:1 Pagelsdorf (81.), 2:1 Bührer (88.). - Zuschauer: 10.000. - Gelbe Karten: Tolanis, Bührer.

Leverkusen - Düsseldorf 5:0 (2:0)
Leverkusen: Vollborn - Hörster - Zanker, Reinhardt - Götz, Schreier (75. Drewe), Rolf, Patke (76. Jansen), Hinterberger - Wansche, Düsseldorf: Schmiedel - Fach - Wojtowicz, Keim - Kremers (53. DelFaye), Welk, Zewe (38. Thomas), Dugend, Grabotin - Bittlitz, Demme, Schiedersrichter: Bous (Friedrichsdorf). - Tore: 1:0 Hinterberger (17.), 2:0 Tschä (42.), 3:0 Götz (58.), 4:0 Schreier (69.), 5:0 Wans (84.). - Zuschauer: 11.000. - Gelbe Karte: Wojtowicz (2).

München - Köln 3:0 (2:0)
München: Pfaff - Augenthaler - Eder, Pflüger - Nachtweh, Matthy, Mathias, Brehme (78. Dörner), Rummenigge - Wohlfarth, Hoenes (81. Kögl), Kölln, Schumacher - Olsen, Prestin, Steiner - Lehnhoff (86. Götz), Gella, Hönerbach (37. Engels), Häbber, Pisan-1 - T. Altdorf, Altdorf, Schiedersrichter: Theobald (Wiesbaden). - Tore: 1:0 Pflüger (13.), 2:0 Wohlfarth (31.), 3:0 Wohlfarth (65.). - Zuschauer: 39.000.

Bochum - Hamburg 1:1 (0:1)
Bochum: Zundick - Kappas, Reigers, Kree - Oswald, Woelk, Köhn (86. Beustell), Schulz (46. Wegmann), Lameck, Nehl, Leifeld. - Hamburg: Stein - Jakob, Beierdorfer, Plessers (74. Dittmer), Kalls, Loh (74. Jussuf), von Hesse, Homp, Hinz, Gründel, Ummel - Schiedersrichter: Schaefer (München). - Tore: 0:1 Okonski (8.), 1:1 Oswald (48.). - Zuschauer: 23.000. - Gelbe Karte: Stein.

Uerdingen - Stuttgart 2:2 (1:0)
Uerdingen: Vollack - Hergert - Wöhlin, Dämen - W. Funkel, Bommer, Edvalsson, Klinger, Raschid (38. Thommesen) - F. Funkel, Kuntz (88. Butgereit). - Stuttgart: Immler - Beierdorfer - Schäfer, Schröder - Buchwald, Müller, Kilmann, Aligewer, Sigurvinsson - Bunk (39. Merkle), Fasic (88. Zietech), - Schiedersrichter: Ummel (Rottorf). - Tore: 1:0 Kuntz (19.), 1:1 Merkle (40.), 2:1 F. Funkel (55.), 2:2 Riedle (84.). - Zuschauer: 14.500. - Gelbe Karten: Klinger, Schröder.

BW Berlin - M'gladbach 3:2 (1:2)
Berlin: Gehrke - Haller - Brecht, Gerber - Schwager (70. Riedle), Hallmann, Stark, Feiler (74. Clarks), Flad - Giedde, Scher, M'gladbach: Thorstved - Bruns - Winkhold, Borowka - Kraus, Brandts, Drehsen, Rahn, Frontzeck - Thiele, Budde. - Schiedersrichter: Neuner (Leimen). - Tore: 0:1 Drehsen (7.), 1:1 Flad (18.), 1:2 Frontzeck (45.), 2:2 Riedle (61.), 3:2 Riedle (90.). - Zuschauer: 32.771. - Gelbe Karten: Frontzeck (2), Thiele (2).

Anzeige

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

VORSCHAU

1. Spieltag:
Dienstag, 2.9. 20 Uhr:
Köln - Leverkusen (2:3)
Düsseldorf - Mannheim (4:1)
Dortmund - Homburg (2:0)
Schalke - Uerdingen (2:0)
M'gladbach - Bremen (1:2)
Hamburg - Frankfurt (1:0)

Mittwoch, 3.9. 20 Uhr:
K'lauren - Bochum (2:0)
Nürnberg - München (1:1)
Stuttgart - BW Berlin (1:1)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Am nächsten Wochenende findet die erste Hauptrunde des Vereinspokals statt. Dabei gibt es nur eine Begegnung von zwei Bundesligaklubs: Bayer Uerdingen - VfB Stuttgart.

FUSSBALL / Premiere für Bayer 04 Leverkusen: Spitzenreiter - Erste Trainerentlassung

Die Fußball-Bundesliga begrüßt in ihrem 24. Jahr einen neuen Tabellenführer: Bayer 04 Leverkusen, 1979 aufgestiegen, in der letzten Saison erstmals für den UEFA-Pokal qualifiziert. Der 5:0-Sieg über Fortuna Düsseldorf war dafür verantwortlich, daß die Leverkusener mit 5:1 Punkten vor vier punktgleichen Mannschaften führen. Noch nie Tabellenführer waren - einmal abgesehen von den Neulingen aus Berlin und Homburg - die Klubs VfL Bochum und Waldhof Mannheim. Gibt es künftig eine neue Macht am Rhein?

Die gute Situation der Bayer-Mannschaften aus Leverkusen und Uerdingen, bringt einen Nachbarn auf die Palme: Helmut Grashoff, Manager von Borussia Mönchengladbach kann offensichtlich nicht verhindern, daß seine Elf mit 1:5 Punkten gestartet ist. Auf die Frage, ob es im Westen jetzt eine Wochablösung gibt, sagte er: „Die gäbe es erst, wenn Uerdingen die argentinische Nationalmannschaft kaufen würde. Leverkusen und Uerdingen bleiben graue Mäuse. Ihnen fehlt das Flair des traditionellen Vereins.“

Grashoffs Verdränger richtet sich gegen seine Vermutung, hier sei eine Wettbewerbsverzerrung gegeben: „Fußball ist im wirtschaftlichen Sinne keine Handelsware. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Firmensport zu betreiben.“ Aber: Sein eigener Verein investierte 1,2 Millionen Mark allein in den Düsseldorf-Günter Thiele, der schon jetzt (vorrätig) als Fehleinkauf eingestuft wird. Und Trainer Jupp Heynckes scheint nicht mehr sicher auf seinem Stuhl zu sitzen. Hat der Klub mit dem „Flair des Traditionellen“ vielleicht selbst schlecht gewirtschaftet?

Bitteres Ende der Homburger Idylle
Fritz Fuchs: „Ich war zu menschlich“

Von ULRICH DOST

Bis zum Aufstieg in die Bundesliga war die Fußball-Welt in Homburg noch in Ordnung. Hier ließ es sich gemütlich und beschaulich leben. Skandale, Aufregungen, Ärger, Streit - damit mochten sich die Großstadtklubs herumplagen. Wenn einmal in Homburg etwas nicht so lief, dann wurde die Sache eben unter der Decke gehalten. Da haben sie fest zusammengehalten. Doch mit der Idylle ist es schon nach drei Spieltagen in der Bundesliga vorbei. Viel schlimmer noch: So wie es einmal war, wird es nie wieder sein. Der FC Homburg hat seinen Trainer Fritz Fuchs (42) nach dem Start mit 1:5 Punkten vorzeitig entlassen und damit ein Zeichen gesetzt: Schluß mit dem Feierabend-Fußball und dem Amateur-Image, her mit dem (falsch verstandenen) Profismus.

Die offizielle Version des Klubs zur Trennung mit dem Trainer formuliert die 1. Vorsitzende Udo Geitlinger (45) so: „Unterschiedliche Auffassung darüber, wie der Klub weitergeführt werden kann.“ Und Geitlinger weiter, in der Provinz keine unangehörigen Fragen gewohnt: „Ich möchte nicht ins Detail gehen.“ Muß er auch gar nicht, dies tut nämlich sein entlassener Trainer, obwohl auch der seine ganze Zurückhaltung nicht aufgeben will: „Über die wahren Hintergründe halte ich mich bedeckt.“

Das Arbeiten war für den Trainer nach dem Aufstieg schwer geworden. Als erstes hat dann sein Zerkwürfnis mit dem Spieler Gerd Schwickert (37) beigetragen. Schwickert wollte noch gar keine Saison in der Bundesliga spielen, Fuchs wollte ihn nicht. Daraufhin übernahm Schwickert den Managerposten und machte dem Trainer (wohl aus verletztem Stolz) das Leben schwer. Streitpunkt war auch Uwe Fuchs (23), der Sohn des Trainers, dessen Bundesliga-Tauglichkeit angezweifelt wurde und der, so will Schwickert beobachtet haben, Sonderrechte in Anspruch nahm. Im Trainingslager vor der Saison wurde die Auseinandersetzung einmal sogar so heftig, daß Fuchs mit einem Kreislauf-Kollaps ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Fortan sprachen Manager und Trainer kein Wort mehr miteinander.

Mit der Bestellung von Manfred Ommer (35) zum neuen Präsidenten

des Klubs, wozu Geitlinger nach den Vereinsstatuten in der Lage war, nahm die Entwicklung in Homburg eine andere Richtung. Fuchs wollte mit seinen vertrauten Spielern, auf deren Kampfeinstellung und Zusammengehörigkeitsgefühl er setzte, den Klassenerhalt schaffen. Fuchs: „Ich muß meine Spieler an der langen Leine lassen. Sie arbeiten tagtäglich und kommen abends zum Training. Da kann ich als Trainer nicht mit dem Kopf durch die Wand.“ Manfred Ommer aber hatte anderes im Sinn: „Ich besorge dem Trainer Spieler, damit wenigstens die Chancengleichheit innerhalb der Bundesliga in etwa gegeben ist.“ Ommer entwickelte ein Modell, wonach Investoren Geld in einen Fond zahlen, aus dem Spieler gekauft

würden. Der Verein hat sich auf einen schwierigen Weg gegeben. Denn auch dies ist sicher: Steigen die Homburger ab, wird ihr Sturz sehr tief sein, vergleichbar mit dem von München 1980 oder Duisburg. Und dann



Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

werden, die im Leasing-Verfahren den Klub weitergeführt werden. Der Fußball-Spieler als Wirtschaftsgut und Rendite-Objekt. Rendite kann es für die Investoren aber nur geben, wenn die Spieler später einmal mit Gewinn verkauft werden können. Bei einem Klub, der absteigt, wird nicht viel zu holen sein.

Also haben Ommer und Geitlinger gehandelt. Der Trainer, der lieber mit seinen alt-vertrauten Spielern arbeiten wollte, mußte gehen. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Homburger einen besseren Start erwischten hätten. Wahrscheinlicher ist es schon. Fuchs vermutet: „Ommer will jetzt einen Trainer, der knallhart arbeitet, weil ich wohl zu menschlich war. In Homburg aber kann man kein Profi-Mannschaft züchten.“ Mehr im Spaß hatte Fuchs einmal vor der Saison gesagt: „Wenn ich mit 0:12 Punkten starte, werde ich wohl entlassen. Und dann holen sie den Uwe Klimscherski wieder zurück.“

Was als Jux gemeint war, wird wahrscheinlich nun Realität. Man-

ist die Idylle wieder eingekehrt, teuer genug gekauft.

In Leverkusen wird auch viel Geld ausgegeben, aber dort scheint es sich zu lohnen. Zum ersten Mal seit der Bundesliga-Zugehörigkeit steht Bayer 04 Leverkusen an der Spitze der Bundesliga. Jubelsänge sind dennoch nicht angesagt. Trainer Erich Ribbeck (49) sagt: „Wir dürfen ein bißchen stolz sein.“ Der Trainer stört es ohnehin immer, wenn an sein Team die höchsten Erwartungen gestellt werden. Dazu kennt er die Szene zu genau: „Wir werden oben mit spielen.“ Was bisher geschah wurde, war zu erwarten, mehr nicht. Heimspiele über Schalke 04 und Düsseldorf sowie ein 0:0 in Dortmund, damit wurde das Soll erfüllt. Jetzt müssen die Leverkusener zum 1. FC Köln, danach kann schon vieles wieder anders aussehen.

Der große Vorteil der Leverkusener Mannschaft scheint zu sein, daß fast die Mannschaft zusammenbleibt, die im letzten Jahr erstmals in der

Vereinsgeschichte den UEFA-Pokalplatz erreichte. Hinzugekommen ist lediglich der Hamburger Wolfgang Rolf (26), der 1,4 Millionen Mark kostete. Der Nationalspieler hat sich bislang nahtlos in das Konzept eingepaßt. Doch nirgends ist auch der Konkurrenzkampf so groß wie in Leverkusen. Kommen bislang lediglich die Bayern das Privileg in Anspruch nehmen, über eine gutbestückte Reservebank zu verfügen, so haben die Leverkusener jetzt gleichgezogen. Ribbeck ist in der Lage, jeden Spieler durch einen gleichwertigen zu ersetzen. Und diesen Druck spüren die Stammspieler. Erst recht, seit sie wissen, daß Ribbeck knallhart sein kann. So läßt er beispielsweise das Talent Thomas Zechel (21), in dem viele schon einen Nationalspieler sahen, schmoren. Nicht etwa weil die Leistung nicht stimmt, sondern weil Ribbeck die Flauten, die der junge Mann noch im Kopf hat, einfach nicht passen.

Mayer-Vorfelder
Nachfolger von
Neudecker

Ganz schlimm dagegen schaut um die Zukunft von Fortuna Düsseldorf aus, von Leverkusen 5:0 besiegt. In Düsseldorf wurde es nicht einmal heißen, den Trainer auszutauschen, der wirklich nicht um seine Aufgabe zu beneiden ist. Nach dem Spiel in Leverkusen sagte Dieter Brei (34): „Phasenweise hatte ich das Gefühl, einem Vertreter der A-Jugend-Niederlegungsarmee zuzusehen. So haben wir keine Berechtigung, in der Bundesliga mitzuspielen.“

Genz wehmütig ums Herz wurde es auch einem Mann, der jahrelang Präsident in Düsseldorf war: Hans-Georg Noack (59), noch Mitglied im Liga-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Er sagte: „In Leverkusen wird das Stadion neugebaut, in Uerdingen wird renoviert. Die Bayer-Werke mit ihren Millionen machen Klubs wie Düsseldorf und Mönchengladbach kaputt.“ Als er sein Amt abgab, war der Verein nicht verschuldet, jetzt belaufen sich die Verbindlichkeiten auf 2,2 Millionen Mark. Durch den Verkauf von Klaus Alldorf (28), Rudi Bommer (29) oder wie in dieser Saison von Günter Thiele (24) konnte der wirtschaftliche Zusammenbruch noch gestoppt werden. Jetzt aber ist kein Spieler mehr in der Mannschaft, der Geld bringen würde. Ein bitterer Weg.

Münchens Investment-Fond zahlt schon kräftig

ULFERT SCHRÖDER, München

Die Bayern gewöhnen sich wieder ans Siegen und ans Gewinnen. Der Investment-Fond, den Uli Hoenes für seine Profis bei der Deutschen Bank eingerichtet hat, zahlt schon und nicht nur wegen der ergebnisigen FuMa-Aktien) zwanzig Prozent Gewinn. Was besseres gibt's auf diesem Gebiet in Deutschland nicht“, sagt Hoenes.

Auf dem Rasen versprechen die Bayern Franz Beckenbauers Voraussage zu bestätigen. „Die putzen jeden Weg“, hatte der Teamchef schon vor einer Woche gesagt.

Die Mannschaft ist so beschaffen, daß der Trainer Lattek die Fans in der Kurve, wo sie ihn lautstark und dröhnend besingen, gönnerisch fragen kann: „Na, Leute, wie hättet ihr's denn gern?“ Wirklich, die Bayern haben was zu bieten. Rummenigge und Wohlfarth als Spitzen, oder Matthy und Hoenes, oder Kögl und Hartmann. Und im Mittelfeld Matthäus, Brehme, und, und, und. In der Abwehr schließlich Augenthaler, Eder, Pfaff.

Natürlich schlägt sich ein solches Angebot auch in der Kasse nieder. Am Samstag, zum Spiel gegen die lausig schwachen Kölner, kamen 39.000 Zuschauer. Und nun folgt der Top-Hit, die Partie mit dem HSV. Genau im richtigen Augenblick. Die Bayern-Arena wird voll sein.

Wer kann noch etwas daran ändern, daß die Bayern immer größer, immer stärker, immer besser und immer reicher werden? Die Konkurrenz bibbelt wieder mal. Und mit Grund. Zu oft hat sie vergeblich frohlockt. Als Wilhelm Neudecker von seinem Thron gestoßen wurde und der Champagner-selige Hoffmann kam. Das mußte der Anfang vom Ende sein.

Als Hoffmann das Geld ausging und der brave Professor Scherer kam, da war eigentlich der Niedergang programmiert. Aber Scherer, der stille Perfektionist, macht jetzt schon den weiß der Kuckuck wievielen Bayern-Sommer. Denn am Manager-Schreibtisch sitzt der wackere, geizige, schlaue Schwabe Hoenes. Und der treibt nicht nur die Investment-Prozente hoch.

Gut, die Kölner hatten nichts vorzuweisen. 0:3, damit waren sie noch gnädig bedient. Andererseits werden diese Bayern alle ihre Gegner irritieren. Sind sie nun so gut, diese Bayern, oder sind die Gegner so hundsmissa-

Metzgergeselle und ein
Chirurg sorgten für
den ersten Berliner Sieg

DIETER DOSE, Berlin
Drei Jahre und 151 Tage ist es her, daß ein Berliner Verein ein Bundesligaspiel gewonnen hat. Aufsteiger Blau Weiß 90, mit 0:4 Punkten gestartet, steht nach dem 3:2 (1:2)-Sieg über Borussia Mönchengladbach auf einem Tabellenplatz (13.), mit dem man am Saisonende hoch zufrieden wäre. Bis dahin ist für den kesseln Neuling, bisher mit rund 70.000 Zuschauern in zwei Heimspielen der Zuschauererkrösus der Liga, noch ein weiter Weg. Denn die Gladbacher mit einem schwachen Torwart (Thorstved) und Angreifern (Rahn, Budde, Thiele), die serienweise Riesenchancen ausliefern, gehören derzeit keineswegs zur Elite der Bundesliga. „Wir waren reif für den Abschuß“, gibt Blau-Weiß-Trainer Bernd Hoss dennoch unverblümt zu.

Nach dem 2:2-Ausgleich neun Minuten vor Schluß schienen die Berliner weder an die Möglichkeit des totalen Erfolges zu glauben, noch ihn zu wollen. So mußte einmal sogar Mannschaftsarzt Professor Manfred Weigert über die Tartanbahn sprinten, um einen ins Aus geschlagenen Ball zu holen. Die Spieler und die mit ihnen solidarischen Balljungen waren nur noch darauf aus, Sekunden zu schinden und das 2:2 zu halten.

Chirurg Weigert hatte den richtigen Riecher, zur Elite zu treiben. In der Nachspielzeit erzielte Karl-Heinz Riedle den Siegestreffer. Den einzigen von drei, der nicht auf das Konto von Torwart Erik Thorstved kam. Beim 1:1 landete der Freistoß in der Ecke, für die der Norweger eigentlich zuständig war, beim 2:2 ebenfalls ein Freistoß, ließ der Ball vor die Füße des erst in der 72. Minute eingewechselten Riedle prallen. „Ich muß das Spiel erst verarbeiten, ehe ich über Thorstved's Schwächen nachdenke“, ließ Gladbachs Trainer Jupp Heynckes deutliche Verärgerung über seinen nicht zum ersten Mal schwachen Torwart spüren.

Der, der ihn zweimal bezwang und Blau Weiß zum Sieg schloß, ist ein noch namenloser in der Bundesliga. Riedle (20), Torhüter aus bei der 1:4-Niederlage gegen Kaiserslautern, hat erst vor wenigen Wochen das Fließmesser aus der Hand gelegt. Der ehemalige Amateur vom FC Ange-

burg ist bei nur 38.000 Mark Ablöse die billigste Neuerwerbung.

Für fünf Neue, von denen der ehemalige Leverkusener Dirk Schlegel vorläufig noch verletzt ausfällt, hat Blau Weiß nur rund 620.000 Mark ausgegeben. Von denen hat sich der Ex-Uerdingen Horst Felzer neben Riedle ebenfalls als Volltreffer erwiesen, während für Türkenstar Selouk Yula (27 Jahre alt, 45 Länderspiele), das Training in seiner Heimat offensichtlich ein Fremdwort war, am Samstag erstmals 90 Minuten durchstand. Von ihm versprechen sich die Blau Weißen demnächst nicht nur Tore, sondern auch Zuschauerzuspruch aus dem Kreis der rund 120.000 in Berlin lebenden Türken.

Panikkäufe (siehe Homburg) waren in Berlin auch nach den beiden Aufstiegsniederlagen kein Thema. Finanzamt und die auch trotz rund 800.000 Mark Einnahme aus zwei Spielen derzeit nicht machbar. Denn die Ablöse für den nach dem Aufstieg zum VfB-Stuttgart gewechselten Torjäger Leo Bunk (625.000 Mark) liegen auf Eis. Auf einem Sperrkonto des Amtsgerichts Stuttgart.

Der Hintergrund: Als Bunks Wechsel bekannt wurde, haben elf Gläubiger des ehemaligen Managers Konrad Kropatschek Anspruch auf die Ablösesumme erhoben. Vom Deutschen Fußball-Bund erhielt der VfB Stuttgart den Ratschlag, das Geld nicht an Blau Weiß, sondern auf besagtes Sperrkonto einzulösen und mögliche gerichtliche Auseinandersetzungen abzuwarten. Zwar hat Blau Weiß sich über einen Jahr mit Kropatschek nicht mehr zu tun, aber unbetroffen ist der Verein davon nicht, daß sich Kropatschek in den Jahren 1983 bis 1985 mehrere Millionen Mark zusammenpumpt, um Blau Weiß zu finanzieren.

Während in einer Umfrage der „Sport-Illustrierten“ andere Trainer u.a. Maradona und Lerby als die Spieler nannten, die sie gern haben würden, gab sich Bernd Hoss ganz bescheiden. Bayerns Reinhold Mathy ist sein Wunschspieler. Der aber war bisher trotz mehrfachen Anklagens nicht zu haben und wird es wohl auch nicht sein, wenn die Ablöse für Bunk doch noch irgendwann als Kontauszug bei Blau Weiß erscheint.

Mayer-Vorfelder
Nachfolger von
Neudecker

Der Stuttgarter Gerhard Mayer-Vorfelder ist neuer Präsident des Fußball-Bundesliga-Ausschusses. Die 18 Vereins-Präsidenten wählten ihn auf ihrem Treffen im Münchner Hotel „Vier Jahreszeiten“ als Nachfolger für den 72 Jahre alten Wilhelm Neudecker, der seit 1974 amtiert und in dieser Funktion auch Präsidiumsmitglied des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ist.

Auch die Namen der anderen Mitglieder stehen für den Wunsch der Klub-Vertreter nach einer starken und energischen Vertretung der Bundesliga-Interessen. Vom alten Liga-Ausschuß blieb nur noch Franz Böhmert (Werder Bremen) übrig. Hinzu kommen Wolfgang Klein (Hamburger SV), Klaus Gramlich (Eintracht Frankfurt), Hans-Joachim Fenne (Schalke 04) und Professor Fritz Scherer (Bayern München).

Die offizielle Wahl des Liga-Ausschusses erfolgt am kommenden Freitag in der DFB-Zentrale in Frankfurt und muß durch den Bundestag im Oktober in Bremen bestätigt werden. „Sehr viele, die sich in der Vergangenheit exponiert geäußert haben, sind nun in die Pflicht genommen“, erklärte Bayern-Präsident Scherer. Nicht mehr Mitglied des Liga-Ausschusses ist Helmut Beyer (Borussia Mönchengladbach), der bei der letzten Präsidenten-Tagung die Sitzung vorzeitig verlassen hatte, als Kritik an der Arbeit des Gremiums aufkam. Im Vorfeld der Münchner Tagung hatte sich Beyer, der mit Rücksicht auf Neudecker stets auf eine Kandidatur verzichtet hatte, noch Hoffnungen auf den Vorsitz machen dürfen.

Die Vertretung des Profifußballs im Bereich des DFB muß dringend und schnellstens effektiver gestaltet werden“, hatte es nach der letzten Präsidenten-Tagung im Oktober 1985 geheißen. Mit der Neubildung des Liga-Ausschusses glauben die Bundesliga-Klubs nun einen Schritt in diese Richtung getan zu haben.

Wegen der langwierigen Personaldiskussion wurde auf zwei Randaspekte verzichtet. Manfred Ommer, Präsident des FC Homburg, mußte auf die Vorstellung seines neuen Finanzierungsmodells verzichten. Noch nicht behandelt wurde auch der Wunsch der ersten Liga, das Fernsehonorar nicht mehr paritätisch auf alle 38 Vereine des bezahlten Fußballs zu verteilen. Die Bundesliga beabsichtigt die kürzlich ausgehandelte Erhöhung von vier Millionen auf nun 18 Millionen für sich.

Weniger Tore,
weniger Fans und
Bremens Serie

● Zuschauer: Mit 192.682 Zuschauern gab es den bisher schwächsten Besuch. Dennoch ist diese Zahl durchaus respektabel, weil die drei Spiele vom Freitag total verregnet waren. Außerdem sind in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, immer noch Schulferien. Diese Zahl bedeutet einen Durchschnitt von 21.600 pro Spiel. In der letzten Saison wurde er nur selten erreicht. Bayern München hatte die meisten (39.000), der FC Homburg (3211) die wenigsten Zuschauer.

● Serien: Rudi Völler erzielt zum ersten Mal seit dem 20. November 1985 wieder einen Treffer in einem Bundesligaspiel. Dank seines Tores ist Werder Bremen nun schon seit 36 Heimspielen ohne Niederlage. Bayer Uerdingen gab zwar nach neun Heimspielen in Folge wieder den ersten Punkt ab, bleibt aber seit 15 Bundesligaspielen ohne Niederlage. Hans Gundelach von Eintracht Frankfurt ist der einzige Torwart, der noch nicht bezwungen wurde. Der Uerdingen Friedhelm Funkel ist der einzige, der in den bisherigen drei Spielen mindestens einmal das Tor traf. In der Torhüterliste führt er mit vier Treffern vor sechs Spielern, die dreimal erfolgreich waren: Leifeld (Bochum), Burgsmüller (Bremen), Wuttke (Kaiserslautern), Wohlfarth (München), Grahmann (Nürnberg).

● Tore: Nach dem turbulenten Auftakt mit 42 Toren ist jetzt in den Spielen offensichtlich wieder mehr Sicherheit angelegt. 25 Tore gab es am zweiten Spieltag, nur 26 am dritten. Erstmals in der Bundesliga waren die Polen Roman Wojcicki (Homburg) und Miroslav Okonski erfolgreich, gleich zweimal traf der Stuttgarter Andreas Merkle.

● Fairneß: An den beiden ersten Spieltagen gab es jeweils einen Platzverweis (Brunner, Groh), diesmal kamen die Schiedsrichter mit 20 gelben Karten aus. Zum ersten Mal gab es auch keinen Elfmeter.

DIE TABELLE

1.Leverkusen	3	2	0	0:2	5:1
2.München	3	2	1	0:1	5:1
3.Hamburg	3	2	1	0:1	5:1
4.Frankfurt	3	2	1	0:0	5:1
5.Uerdingen	3	2	1	0:0	5:1
6.Bochum	3	2	0	2:5	6:2
7.Bremen	3	2	0	1:6	4:2
8.Mannheim	3	2	0	1:6	4:2
9.Stuttgart	3	1	1	1:5	3:3
10.K'lauren	3	1	1	1:5	3:3
11.Schalke	3	1	1	0:6	3:3
12.Dortmund	3	0	2	1:4	2:4
13.Berlin	3	0	2	5:8	2:4
14.Nürnberg	3	0	2	0:9	1:5
15.M'gladbach	3	0	2	3:7	1:5
16.Köln	3	0	2	1:6	1:5
17.Homburg	3	0	1	1:7	1:5
18.Düsseldorf	3	0	0	0:13	0:6

Deutsche Erfolge beim großen Wochenende der Weltmeisterschaften: Schwimmen, Rudern, Hockey, Kanu

Der Peter-Michael Kolbe ist einer der größten Ruderer aller Zeiten. In Nottingham wurde er zum fünften Mal Weltmeister im Einer. Der 35 Jahre alte Hamburger, der in Oslo lebte, besiegte seinen ewigen Konkurrenten Petri Karppinen aus Finnland, der bisher bei den Olympischen Spielen triumphierte.

Michael Groß ist nicht mehr der einzige Siegtyp des Schwimm-Sports in der Bundesrepublik Deutschland. Rainer Henkel wurde wie er zweimal Weltmeister. Beide krönten die besten Weltmeisterschaften, die der Deutsche Schwimm-Verband je erlebte. Beiläufig waren aber nur die Männer.

Kolbe zwei Längen vor dem Finnen Karppinen

dpa, Nottingham

Es hat wieder geklappt. Die olympische Goldmedaille fehlt ihm zwar noch, aber Peter-Michael Kolbe (33) geht endgültig als einer der besten Ruderer aller Zeiten in die Geschichte seines Sports ein. Bei den 13. Weltmeisterschaften in Nottingham gewann der in Oslo lebende Hamburger zum fünften Mal den Titel. Und so überlegte wie diesmal hat er es noch nie. Zwei Längen Vorsprung hatte er im Ziel vor seinem ewigen Widersacher Petri Karppinen aus Finnland, der ihm bisher zweimal bei Olympischen Spielen die Goldmedaille weggeschleppt hatte (1976 und 1984). Kolbe hatte seine ersten vier Titel bei den Weltmeisterschaften 1975, 1978, 1981 und 1983 gewonnen. Der von dem Hamburger Landestrainer betreute 1,94 m große und 87 kg schwere Kolbe hatte das letzte direkte Duell gegen den Finnen im Jahre 1978 gewonnen. Die Bronzemedaille holte sich der Sowjetruse Wassili Jakuschin.

Die „DDR“ gewann zum Auftakt der Männer-Finals die Goldmedaille im Vierer mit Steuermann. Die Plätze zwei und drei belegten Neuseeland und die USA. Überraschungs-Weltmeister im Doppel-Zweier wurde das italienische Duo Alberto Beliger/Igor Fesciali. In 6:30,33 Minuten vertrießen die Italiener Bulgarien (6:32,32) Titelverteidiger „DDR“ (6:33,64), dessen Boot allerdings in einer Position umsetzt wurde, kam auf den dritten Platz. Ihren dritten Weltmeistertitel nach 1981 und 1985 sicherten sich das sowjetische Brüderpaar Nikolai und Juri Pimenow. Souverän setzte sich das Duo im ungesteuerten Zweier gegen Italien und die „DDR“ mit einer Länge Vorsprung ab.

Die Ruderinnen aus Osteuropa überragten am Samstag in den sechs Frauen-Rennen des olympischen Programms. Die „DDR“ gewann drei Goldmedaillen, dazu zweimal Silber und einmal Bronze. In der Länderwertung folgten Rumänien (zwei Gold, zwei Silber, eine Bronze) und die UdSSR, die den abschließenden Achter gewann (dazu einmal Silber und einmal Bronze). Für den Deutschen Ruder-Verband (DRV) der Bundesrepublik gab es in den Leichtgewichts-Rennen (bis 59 kg pro Ruderer) eine Bronzemedaille im Vierer ohne Steuermann durch die Renngemeinschaft Frankfurt, Herdecke, Karlsruhe, Heidelberg.

Die Saarbrückerinnen Heike Neu (21) und Elke Resenkönig (20), die als einziges Frauenteam des DRV im Zweier ohne gesteuert waren, belegten nach einem Sieg im Kleinen Finale (Plätze sieben bis zwölf) in der Endabrechnung den siebten Rang. Trainer Michael Müller (32) schimpfte: „Die irregulären Bedingungen im Hoffnungslauf haben uns um eine Medaille-Chance gebracht. Daß meine Mädchen schnell sind, haben sie

mit dem Sieg über die starken Polinnen bewiesen.“

Nicht so stark wie bei ihrer WM-Premiere im Vorjahr im belgischen Hazewinkel schnitten die Leichtgewichts-Damen des DRV ab. Die bis zu 50 Kilo schweren Damen mußten in den drei Rennen mit einer Bronzemedaille zufrieden sein. Diese holten Evelyn Herwegh (Frankfurt), Sonja Petri (Herdecke), Ute Zobel (Karlsruhe) und Claudia Engels (Heidelberg) als Titelverteidigerinnen im Vierer ohne Steuermann. Die USA (6:53,92) siegte vor den Engländerinnen (6:56,36), die ihre Silbermedaille knapp vor dem bundesdeutschen Boot (6:56,64) ins Ziel retteten. Australien (7:01,36), Frankreich (7:04,32) und Kanada (7:05,37) belegten die nächsten Plätze.

Die Heidelbergerinnen Claudia Fächinger und Kristiane Zimmer galten nach ihrem Sieg bei der WM-Generalprobe in Luzern als Favoritinnen im Doppelzweier. Durch Krankheit in der Vorbereitungszeit geschwächt, konnten sie in Nottingham nicht an ihre gute Form anknüpfen und wurden hinter den US-Girls Ernst/Sands (7:17,13) sowie den in einem „toten Rennen“ gemeinsam auf dem Silberplatz einkommenden Bond/Wood (England) und den Niederländerinnen Hommers/Melisse (beide 7:19,12) in 7:23,13 Minuten nur Vierte. Im Einer kam Heidi Attenberger (Passau) auf Platz sechs. Weltmeisterin wurde Maria Sava (Rumänien) vor Rita De Pauw (Belgien) und Angela Herron (USA).

Die USA (zweimal Gold, einmal Bronze) war in dieser Klasse, in der Ostblock-Boote nur vereinzelt starteten, überraschend beste Nation vor Rumänien (einmal Gold), England (zweimal Silber), Belgien und Niederlande (je einmal Silber) sowie der Bundesrepublik (einmal Bronze).

Mit einer Silbermedaille für den Achter der Bundesrepublik endeten gestern die Entscheidungen in den Leichtgewichts-Klassen der Männer (bis 72,5 kg). Thomas Güntermann (Blankenstein), Udo Henning (Mainz), Detlef Glitsch (Hochst), Alvin Otten (Meppen), Frank Rogall (Essen), Andreas Hübner (Frankfurt), Wolfgang Birken (Tübingen) und Steuermann Thorsten Kreis (Münster) wurden nach einem spannenden Kampf nur von Italien (5:44,43 Minuten) bezwungen. Der von Wolfgang Fritsch (Radolfzell) trainierte deutsche Achter wurde in 5:46,58 Minuten gestoppt und verlor Dänemark (5:50,05) auf Platz drei.

Neben der Silbermedaille gab es für die übrigen Leichtgewichts-Boote aus der Bundesrepublik zwei siebte Plätze durch den Doppel-Zweier Dirk Habermann/Uwe Habermann (Herdecke) und durch den ungesteuerten Vierer aus Hönnef, Sieburg, Bremen und Hamburg. Der Lübecker Gjörn Gehlsen kam im Einer über einen zehnten Rang nicht hinaus.

Olympiasieger Uli Eicke: Absolut kraftlos, kein Biß

sid/dpa, Montreal

Bei den 20. Weltmeisterschaften in Montreal haben sich die Rennkanuten aus der Bundesrepublik Deutschland ordentlich in die Boote gekniet. In dreizehn Rennen auf der olympischen 500- und 1000-m-Distanz erreichten bei den Zwischenläufen nicht weniger als elf Boote das Finale. Damit verbuchte der Deutsche Kanu-Verband (DKV) seinen größten Erfolg seit 1967. Jedoch lagen in diesen Endläufen (bei Redaktionschluss) waren noch nicht alle Boote im Licht und Schatten der deutschen Aktiven dicht nebeneinander.

Nicht der klare Medaillenwärter, Olympiasieger und Weltmeisterschafts-Zweite Uli Eicke (Düsseldorfer), sondern die Wuppertaler Canadianer-Brüder Hartmut und Wolfram Faust bestiegen als erste Mitglieder der deutschen Mannschaft den Siegersteg. Der 23 Jahre alte Informationselektroniker Wolfram und der um ein Jahr jüngere kaufmännische Lehrling Hartmut, der schon 1983 Junioren-Weltmeister im Einer über 500 Meter war, sahen ihre beachtliche Steigerung der letzten Tage mit dem Gewinn der Bronzemedaille im Canadianer-Zweier über 1000 m belohnt.

Ihre Medaille ist die erste, die DRV-Fahrer jemals bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen in dieser von den Ostblockverbänden eindeutig dominierten Disziplin errangen.

Uli Eicke dagegen konnte nicht entfernt die Erwartungen erfüllen, die er sich mit dem Ziel des neuerlichen Gewinns einer Medaille selbst

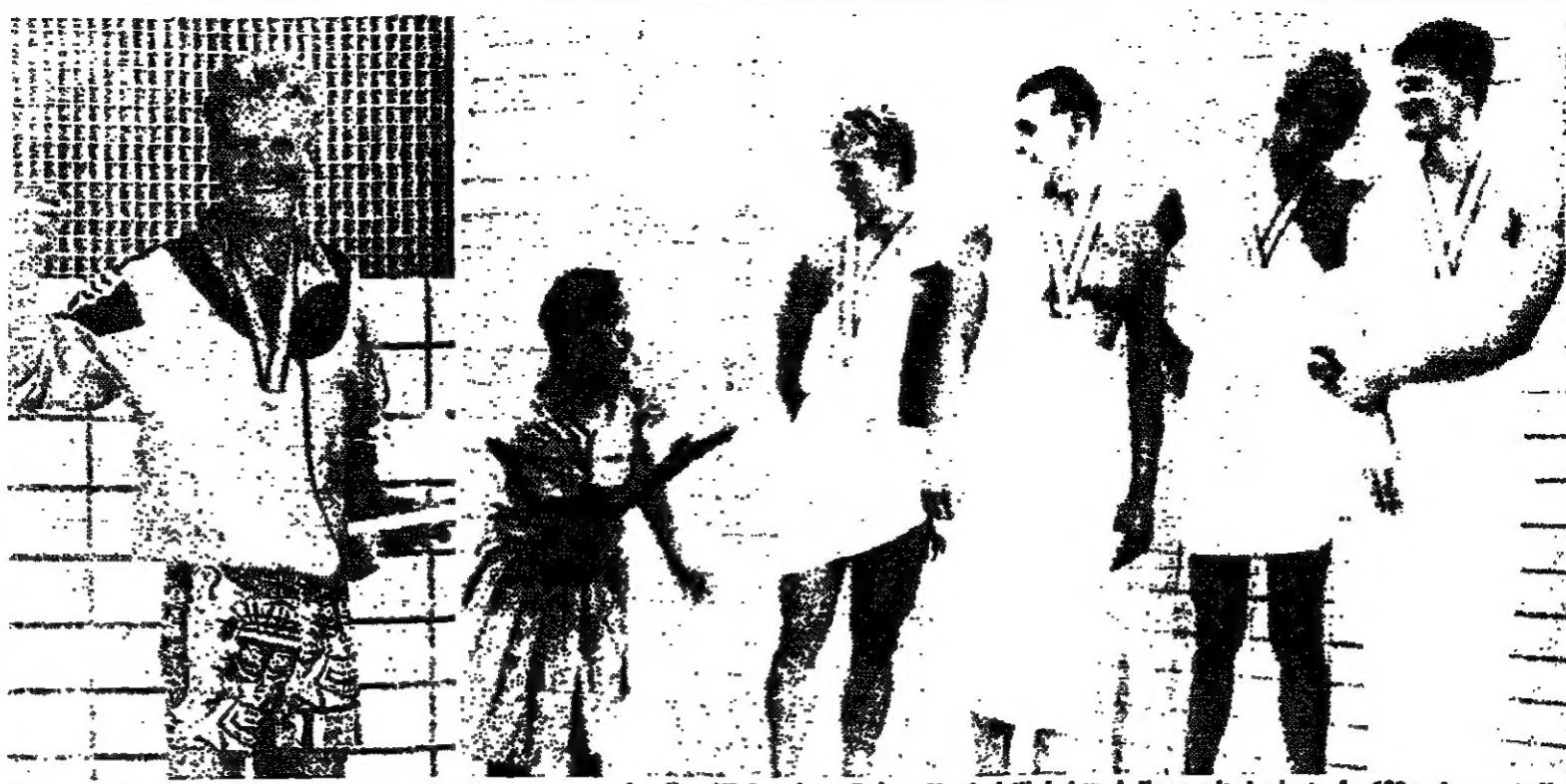
gesteckt hat. Mit fast 20 Sekunden Rückstand hinter dem neuen rumänischen Weltmeister Aurel Macareanu fuhr er als Letzter über die Ziellinie. „Ich habe mich absolut kraftlos gefühlt, hatte keinen Biß“, war sein lapidarer Kommentar nach dem Rennen. Einen möglichen Rücktritt schließt der dreifache Weltmeister nun nicht mehr aus. Allerdings litt Eicke vor dem Rennen an einer Magen- und Darmverstopfung.

Neben Bronze für die Faust-Brüder war ein sechster Platz des 1000-m-Kanu-Vierers mit Reiner Scholl, Thomas Pfing, Oliver Seack, Matthias Seack (Rheidt/Mannheim/Hamburg) die beste Platzierung eines DKV-Boots am ersten Finaltag.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten blieb auch der Vierer-Kajak der Damen mit Josefa Idem (Herringen), Claudia Osterheld, Andrea Martin und Petra Schirakowski (alle Kassel), der im Finale über die 500-m-Distanz auf den siebten Rang paddelte.

Auf der Wettkampfstrecke neben dem St.-Lorenz-Strom erreichte Detlef Schmidt (Berlin) im Einer-Kajak überraschend das Finale der 1000 m. Den von ihm angestrebten siebten Rang verfehlte er um eine Bootslänge und mußte sich mit dem neunten Platz zufriedengeben.

DKV-Präsident Ulrich Feldhoff faßte seine Begeisterung über die Erfolge kurz und prägnant zusammen: „Einfach super“, lautete sein Kommentar. Die Ungarn beendeten den ersten Finaltag mit drei Goldmedaillen als beste aller 32 teilnehmenden Nationen.



Geballte Kraft und frühliches Selbstbewußtsein: der zweimalige Weltmeister Rainer Henkel (links) und die zweitplatzierte 4 x 100-m-Lagenstaffel des DSV, die sich nicht davon abhalten ließ, die Siegerehrung zu einer eigenwilligen Modenschau zu nutzen

Michael Groß und Rainer Henkel - der Souverän und der Draufgänger

sid/dpa, Madrid

Der Souverän und der Draufgänger, Michael Groß und Rainer Henkel - die erfolgreichsten Schwimmer der Weltmeisterschaften in Madrid. Zwei Athleten, die auf unterschiedlichen Wegen den Erfolg suchen. Ihn in Madrid gefunden haben und dem Deutschen Schwimm-Verband (DSV) die goldigste Weltmeisterschafts-Bilanz seiner einhundertjährigen Geschichte verschaffen.

Auf den letzten Metern der langen Freistildistanz war er schon nicht mehr richtig motiviert, weil keiner mehr neben ihm war. Selten hat einer die Konkurrenz so deklassiert wie Rainer Henkel im 1500-Meter-Finale. Nach 300 Metern lag Titelverteidiger Wladimir Salnikow aus der UdSSR vorn. „Da habe ich Tempo gemacht“, sagte Henkel, „und danach konnte ich nicht mehr verlieren.“

Diese Devisen hatte ihn schon im 400-Meter-Finale nie am Sieg zweifeln lassen. „Augen zu und drauf“, nennt Henkel das, ohne Wenn und Aber. Taktik ist eine Randerscheinung. Der Kölner ist frech, scheut keine großen Worte, ein Kind seiner Stadt. Und der Weltrekord über 1500 Meter ist für ihn nur eine Frage der Zeit, „wenn ich ihn nicht wollte, könnte ich mit dem Schwimmen aufhören“. Nach dem zweiten Gold in Madrid sagt er nur: „Zwei Titel sind gut, aber es hätten drei sein können.“

In der Staffeln hatte der 22 Jahre alte Stabs-Unteroffizier der Sportförderkompanie in Köln-Wahn versagt. Seine Startzeit von 1:51,13 Minuten war indiskutabel und Anlaß genug für Bundestrainer Manfred Thiesmann, unter dem Eindruck der Trainer-Quellen innerhalb des DSV-Lagers Absicht anzudeuten. Aber dies hat Rainer Henkel nicht beeindruckt. Sonst hätte er seine Einzelreihen nicht derart überlegen gewinnen können. Und doch fehlt Henkel nicht der Respekt. Salnikow, der entthronte Weltmeister, ist für ihn „der größte Langstreckler aller Zeiten, und ich bin schon so alt, um in seine Fußstapfen

treten zu können. Salnikow ist und bleibt der Größte.“

Respekt hat Michael Groß nicht nötig. Es sind die anderen, die Respekt vor ihm haben müssen. Der Olympiasieger aus Offenbach hat in Madrid beide WM-Titel verteidigt, unangetastet, souverän, fast selbstverständlich. Und er weiß das. Er war der einzige im „Centro de Natacion“, dem das gelang. Kritik hat da keine Chance. „Was wollt ihr denn noch?“ Über 200 Meter Schmetterling schwamm Groß die zweitbeste Marke aller Zeiten, nur er selbst war noch schneller. Das war für ihn selbst das Kriterium. Groß ist ein absoluter

ne Diskussion. Fragen? Es gibt keine mehr.

Die fünf Hundertstelskunden, die in der 4 x 200-Meter-Freistilstaffel am Gold fehlten, haben ihn mächtig geärgert, aber er hat die Niederlage akzeptiert. Souveräne Sieger können sie ertragen, wegstecken, auch wenn sie solche Niederlagen nicht vergessen können. Das fehlende Staff-Gold läßt den Ehrgeiz des Michael Groß unbegrenzt. Allein deshalb muß der 22 Jahre alte Student der Germanistik, Politikologie und Kommunikationswissenschaft bis zu den Olympischen Spielen 1988 weitermachen. Staff-Gold in Seoul, dann kann der

Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. DDR	14	12	4
2. USA	9	10	13
3. Kanada	4	2	8
4. Deutschland	4	2	1
5. Ungarn	3	-	-
6. China	2	4	1
7. UdSSR	2	3	7
8. Rumänien	1	-	-
9. Australien	1	-	-
10. Jugoslawien	1	-	-
11. Italien	-	3	-
12. Niederlande	-	1	4
13. Bulgarien	-	1	1
14. Frankreich	-	1	1

Ausnahmeathlet, souverän und empfindlich, der keine Vergleiche duldet.

In den ersten Tagen von Madrid wirkte er arrogant, übergab jeden Interview-Wunsch, vermutete bei einem spanischen Schreiber sogar: „Der kommt wohl vom Mond.“ „Groß - muh, muh insipidico“ schrieben die spanischen Zeitungen, es hat ihn nicht gestört. Einer wie er braucht keine Bewunderer, er will Reibungsfläche sein, er muß Spannungen aufbauen. Groß weiß, daß er am Ende immer die stärkeren Argumente besitzt. Zeiten, Medaillen, Erfolge. Schwimmen ist für ihn die absolute Objektivität: „Wenn du schneller bist als die anderen, bist du schneller, kei-

Vier Verlängerungen

Bei einer am Dramatik kaum zu überbietenden Vorstellung geriet das Endspiel um die Wasserball-Weltmeisterschaft der Herren Jugoslawien besiegt Italien mit 12:11 (2:2, 0:2, 4:2, 2:1 - 1:0, 1:2/0:0, 0:0/0:1, 1:0/0:1, 2:0) - nach 133 Minuten, vier Verlängerungen und zahllosen Krämpfen in Armen und Beinen der erschöpften Spieler. Die Regeln des Internationalen Schwimm-Verbandes kennen keine Entscheidung durch Strafwürfe.

Souverän das Feld den anderen überlassen.

Viermal Gold durch Michael Groß und Rainer Henkel, dazu zwei Silbermedaillen der Staffeln und der dritte Platz des Bochumers Frank Hoffmeier - die sportlichen Erfolge von Madrid verdecken fast, daß die DSV-Bilanz voller Widersprüche ist. Denn zu den Medaillen kommen etliche blaue Augen und ein Berg ungelöster Probleme. „Viel Positives, aber auch viele negative Aspekte. Und die internen Probleme werden weiterbroden“, lautete das Fazit von DSV-Schwimmwart Jürgen Kozel, „ich werde nicht Hurra schreien.“

In der Tat: Wie sich die Offiziellen

des DSV in der spanischen Hauptstadt gegenseitig angriffen, war angesichts der zu erwartenden und auch eingetroffenen Erfolge erstaunlich. Und mit dem Ende der WM scheint der angekündigte „heiße Herbst“ schon begonnen zu haben. Denn Jürgen Kozel empfahl dem DSV-Präsidenten Harm Beyer, er solle sich doch auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken. Er solle „der primus inter pares sein“. Er solle kooperativ steuern und koordinieren und „nicht immer nur nach Schuldigen suchen“. Kozel rühmte zwar die „hervorragende Arbeit“ Beyers in den internationalen Organen des Weltverbandes FINA. Aber er legte dem Präsidenten auch nahe, „fachliche Belange nicht durch kleindeckelnde Maßnahmen einzumengen“.

„Allein die Athleten haben verhindert, daß der DSV dümm dasteh“, meinte Aktivsprecher Dirk Korthals. Hinter der überlegenen „DDR“ mit 14 Gold-, zwölf Silber- und vier Bronzemedaillen, den enttäuschten Amerikanern (9/10/13) und Kanada (4/2/2) erreichte der DSV Rang vier unter den Verbänden.

Im Schwimmen wurden die Herren Zweite, die Damen trotz aller Schwächen Vierte. „Bei den Frauen ist der Stillstand unverkennbar“, sagte Delegationsleiter Wilhelm Schmidt, „da müssen wir unsere Trainingsmethoden überdenken.“

In sich gehen wird auch Bundestrainer Nikolai Frolo, dessen Wasserball-Auswahl zwar mit einem 11:8-Sieg über Kuba Rang sechs und die Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 schaffte, aber darüber hinaus wenig Anlaß zur Freude bot. Leicht getrübt ist auch das Fazit der DSV-Wasserspringer, die sich nach respektablen Platzierungen im Wettbewerb vom Drei-Meter-Brett nicht für das Finale vom Turm qualifizieren konnten. Albin Kiliat aus München wurde 13., Wilfried Meyer aus Aachen 22. „Die beiden haben versagt“, meinte Bundestrainerin Ursula Klinger.

Deutschlands Hockey-Nationalmannschaft der Damen stieg zum vierten Mal in einem WM-Endspiel. Dabei begann sie die Tiefkämpfe in Amstelveen (Holland) mit drei Unentschieden. Sie steigerte sich erst, als eine Torfrau ins Angriffszentrum wechselte - und die notwendigen Treffer erzielte.

Tore der Torfrau

sid/dpa, Amstelveen

Bundestrainer Wolfgang Strödtter genoss die Stunde der Genugtuung bei einem Glas Bier. Beim zweiten Witz die Anspannung der letzten Tage und Stunden. Denn jetzt stand fest, daß die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Damen zum vierten Mal in das Finale einer Weltmeisterschaft vorgestoßen war, das zuvor schon Holland erreicht hatte. (Das Ergebnis des Endspiels lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor.) Und Strödtter (38) konnte sich nach dem nervenaufreibenden Beginn der Tiefkämpfe im holländischen Amstelveen endlich einmal beruhigt zurücklehnen.

Die Spannung von fünf harten Vorbereitungswochen mit miserablen Ergebnissen in Testspielen, vier Gruppen-Spielen, die unentschieden endeten und schließlich des 4:1-Erfolges im Halbfinale über Kanada lösten sich in Zufriedenheit auf - auch bei den 16 Spielerinnen. Wolfgang Rommel, Präsident des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), der während der WM-Woche in Hamburg als Jurist tätig war, fand jedenfalls nach seiner Rückkehr, „die Mannschaft im positiven Sinne völlig verändert“.

Strödtter seinerseits konnte befriedigt registrieren, daß sich seine taktischen Veränderungen als richtig erwiesen hatten. Nach den ersten mühsamen Spielen der Vorrunde hatte er die Spielerin Susi Schmidt, die nach einer Karriere als Torhüterin zu Vorstopperin geworden war, auf den Mittelstürmer-Posten berufen. Dort war sie zur erfolgreichsten Torschützin der deutschen Mannschaft geworden. Die Hamburger Rekord-Nationalspielerin Gabi Appel ihrerseits war aus der Sturmspitze ins Mittelfeld gerückt und dort wesentlich besser zur Geltung gekommen.

Zweimal bereits lautete das Weltmeisterschafts-Finale Holland gegen Deutschland. 1978 siegten die Holländerinnen, 1981 die deutsche Mannschaft. In diesem Jahr glückte Holland als hoher Favorit. Doch schon mit dem sicheren zweiten Platz hat sich die DHB-Auswahl im Vergleich zur letzten Weltmeisterschaft in Kuala Lumpur verbessert. 1983 war sie Vierte geworden.

Vor dem Finalspiel wurde schon eine andere Bilanz gezogen. Das Hockeyspiel der Damen ist deutlich härter geworden, die Spielerinnen nehmen sich belibbe nicht immer demnach. Dies belegt die Statistik der 6. Weltmeisterschaft in Amstelveen: 41mal mußten die Schiedsrichterinnen bis gestern die grüne Warnungskarte ziehen. 16 Spielerinnen erhielten Zeitstrafen. 20mal erlag nach einer Regelwidrigkeit im Strafraum der Regelmetertreff. Eine reiche Weste hatten lediglich die Irinnen, die am Ende auf dem 12. und letzten Platz landeten. Muß eine Mannschaft unfair spielen, um weiter vorn zu enden?

„Ganz gewiß nicht“, sagte Wolfgang Strödtter, „man muß nur immer noch einen Schritt schneller sein als die härter spielenden Teams.“ Der Bundestrainer lobte die WM-Schiedsrichterinnen, die durch rechtzeitiges energisches Eingreifen übergrößen Härte von vornherein unterbunden hätten.

Die athletischen Teams aus Kanada, Neuseeland und der UdSSR machen es ihren technisch versierteren Gegnerinnen aus den Niederlanden, Deutschland und Australien immer schwerer. „Zuerst muß man jetzt darauf achten, daß man sich nicht verletzt“, meinte Gabi Appel.

Die kleine Hamburgerin gehört zu den technisch besten Spielerinnen der Welt und war in Amstelveen zum fünften Male bei einer Weltmeisterschaft dabei. Vor zehn Jahren, als sie ihren ersten WM-Titel gewann, sei Hockey eine völlig andere Sportart gewesen. „Auf Naturrasen war das Spiel viel langsamer, und es gab weniger Spitzenteams. Wir waren damals viel unbefangener und haben alles nicht so eng gesehen. Härte spielte ohnehin keine Rolle.“

Zweimal Training in der Woche war vor zehn Jahren genug, heute trainiert Gabi Appel täglich und findet auch das im Grunde noch zu wenig. „Wir spielen heute auf einem ganz anderen Niveau“, erklärte sie. Nicht nur durch den Kunstrasen, sondern auch durch die möglichen Video-Aufzeichnungen. Das Spiel des Gegners ist transparenter geworden: „Wir können uns besser auf Standardsituationen des Gegners einstellen. Früher war alles viel mehr dem Zufall überlassen.“

Nach Meinung Wolfgang Strödtters bleiben die technischen Fähigkeiten trotz allem Trumpf. Doch die ideale Hockeyspielerin muß heutzutage auch noch Ausdauer, Schnelligkeit, Härte und vor allem viel Zeit und viel Willen zum Training mitbringen.

SPORT-NACHRICHTEN

Doppelerfolg für Lind

München (sid) - Uli Lind gewann bei den deutschen Meisterschaften der Schützen in München-Hochbrück seine nationalen Titel im Kleinkaliber-Standard-Wettbewerb und in der Mannschaftswertung.

Glänzende Leistung

Paris-Vincennes (sid) - Mit seinem Trainer Heinz Wewering im Sulky belegte der vierjährige Hengst Diamond Way im Critérium Continental über 2100 m Rang drei.

Knapper Sieg

Stadtpallendorf (sid) - In Abwesenheit der erkrankten Regina Weber gewann Diana Schmiemann (Wattencheid) die Qualifikation für die Europameisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik.

Southampton vorn

London (dpa) - Der erste Tabellenführer der ersten englischen Fußball-Liga heißt FC Southampton. Die Mannschaft bezwang Queens Park Rangers mit 5:1. Titelverteidiger Liverpool gewann 2:0 bei Newcastle United.

Juantorena: Boykott

Stuttgart (dpa) - Kuba wird nicht an den Olympischen Spielen 1988 teilnehmen, wenn die Wettkämpfe nur im südkoreanischen Seoul stattfinden. Dies kündigte Kubas stellvertretender Sportminister Alberto Juantorena, der Olympiasieger über 400 und 800 Meter von Montreal 1976, gestern am Rande des 35. Kongresses

des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) in Stuttgart an.

Hinauf auf Siekurs

Niort (sid) - Dem fünftägigen Tour de France-Sieger Bernard Hinault aus Frankreich ist der Gesamtsieg der Coor Classic in den USA offenbar nicht mehr zu nehmen. Der Bretoner gewann die 14. von 16 Etappen in Niort vor seinem Teamgefährten Greg Lemond.

Fire oben auf

Krefeld (sid) - Nach einer einjährigen Pause gewann der 13 Jahre alte Wallace Fire unter Norbert Koof erstmals wieder ein Springen. Auf dem Krefelder Heinrichshof siegte Fire im Stechen eines mittelschweren Springens vor Pegasus unter Jürgen Schmitz.

Sepp Streb gestorben

München (dpa) - Sepp Streb, einer der populärsten Münchner Fußballspieler und langjähriger Mittelfeldspieler des FC Wacker starb im Alter von 74 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts.

Verstärkung

Hofwiler (sid) - Drei Wochen vor Beginn der neuen Saison meldet Handball-Bundesligaklub TuS Hofwiler einen Neuzugang besonderer Art. Der 18 Jahre alte Mike Bedzick, mehrmaliger Junioren-Auswahlspieler der „DDR“ vom SC Leipzig, schloß sich dem Verein an. Der 3,04 m große Rückraumspieler war erst vor

kurzem mit seiner Familie aus der „DDR“ in die Bundesrepublik gekommen.

Ziel erreicht

Sofia (sid) - Mit der Qualifikation für die Weltmeisterschaft 1987 in Bahrain hat die Junioren-Nationalmannschaft des Deutschen Volleyball-Verbandes ihr wichtigstes Ziel erreicht. Das Team siegte mit 3:2 gegen Rumänien und belegte in jedem Fall Platz vier.

Langer auf Platz vier

Akron (GAB) - Vor der letzten Runde der World Series of Golf in Akron (Ohio) rangiert Bernhard Langer mit 67:71 (+1) 209 Schlägen bei schwierigen Par 70 an vierter Stelle, zusammen mit Jack Nicklaus, Corey Pavin, John Mahaffey (alle USA) und Bobby Cole (Südafrika) alle 209. Es führen Dan Pohl 69:66 (+1) und Larry Wadkins 68:68 (+0) mit je 206 Schlägen vor Donnie Hammond (alle USA) 66:69 (+3) 207.

Knetemann erfolgreich

Düsseldorf (sid) - Der ehemalige Weltmeister Gerie Knetemann aus Holland gewann die Holland-Rundfahrt für Radprofis. Sieger der letzten Etappe über 181 km von Sittard nach Gulpen wurde sein Landsmann Jean-Paul van Poppel.

Niederlagen in Folge

Moskau (dpa) - Zwei Tage nach dem 1:2 in Moskau verlor die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Herren in Vorbereitung auf die WM in

London erneut gegen die UdSSR - diesmal mit 0:1.

Michael bleibt Meister

Manchester (sid) - Der Australier Barry Michael bleibt in Manchester mit einem Punktsieg über den britischen Box-Profi Najib Dabo IBF-Weltmeister im Super-Federgewicht.

Hühn wieder im Tor

Leverkusen (sid) - Astrid Hühn vom deutschen Meister Bayer Leverkusen steht der Handball-Nationalmannschaft wieder zur Verfügung. Im Februar war sie nach Differenzen mit Bundestrainer Hoffmann nicht mehr berücksichtigt worden.

Thoresen siegt bei WM

New York (sid) - Die inoffizielle Weltmeisterschaft der Traber gewann in New York der norwegische Hengst Bahib mit Ulf Thoresen im Sulky.

Millionen-Rechnungen

London (dpa) - Die 32 Länder, die im Juli die Commonwealth-Spiele in Edinburgh boykottiert haben, sollen für daraus entstandene Verluste 2,7 Millionen Pfund zahlen. Entsprechende Rechnungen sind den Ländern zugestellt worden.

Faustball-Europacup

Leverkusen (dpa) - Zum dritten Mal nach 1983 und 1985 gewann Bayer Leverkusen den Faustball-Europacup. Im Finale wurde der österreichische Meister Laakirchen 33:24 besiegt.

Pankraz, Paul Tillich und der Gottesbeweis

Der hundertste Geburtstag des bekannten deutsch-amerikanischen Theologen und Sozialisten Paul Tillich, der in diesen Tagen feierlich gefeiert wurde, hat Pankraz zu einem philosophischen Quodlibet. Seine sommerlich gestimmten, urausernen Leser können es ihm nachsehen: ein bisschen Anstrengung des Begriffs können ihnen nicht schaden.

Tillich, eine gute Haut, aber weder ein Glaubensritter noch ein allseits beliebter Denker, hatte im Alter von 80 Jahren, mit dem Existentialismus zurechtzukommen. Er teilte die Verwirrung und Entfremdung der Gottesferne und der Verunsicherung. Aber, so hielt er den Verunsicherten schließlich vor, wenn wir uns in der Fremde wohnen, so muß es ja irgendwo die Heimat geben, wenn wir uns verlassen fühlen, wenn wir uns allein lassen, so muß es ja einen geben, der uns - scheinbar - verlassen hat. Gottes Macht und Gegenwart erwarten wir also auch und gerade existenziell; seine Wahrheit ist unübersehbar.

Das war nun ein Argumentieren ganz im Stil der alten Gottesbeweise. Die seit Kant eigentlich kein Theologe mehr ins Feld zu führen wagte: Weil die Sprache erlaubt, von „höchsten Gut“ zu sprechen, muß es dieses höchste Gut auch geben; die Logik erzwingt die Wirklichkeit. Kant nannte dies ironisch ein „Mittel-Vernunft-Räson“ und machte dagegen geltend, daß wir außerhalb der Sinnesanschauungen von Raum und Zeit und außerhalb der Verstandeskategorien gar nichts wissen könnten. Das „Ding an sich“ sei prinzipiell unerkenntlich.

Vielleicht erhält Tillich aber unerwarteten Beistand von der allerneuesten Philosophie, von Jacques Derrida nämlich, dem großen „Dekonstruktionisten“, der nicht nur bei den Gottesbeweisen, sondern auch bei ihrem Kritiker Kant noch jede Menge unerlaubten „Logozentrismus“ diagnostiziert. Kants emphatische Sprechen von der „Wahrheit“, meint der Franzose, unterscheidet sich praktisch in nichts von emphatischen Sprechen von Gott. Kants Gott sei eben „die Wahrheit“, ein reines Geisteskonstrukt, ununterscheidbar vom „höchsten Gut“ der alten Scholastiker, ein absoluter Bezugspunkt, aus dem seit der Aufklärung blindlings alles abgeleitet werde wie einst aus Gottes Güte.

Wora besteht hier der Beistand für Tillich? Nun, wenn gezeigt wird, daß sein schärfster Kritiker sich beim Kritisieren genau derselben Sünde schuldig macht wie der Kritisierte, dann flacht sich die Woge der Kritik doch beträchtlich ab. Man müßte jetzt nur noch nachweisen, daß es sich bei beiden, beim Kritiker wie beim Kritisierten, gar nicht um wirkliche Sünden wider den Geist handelt, und nicht nur Paul Tillich, sondern auch der Mechanismus der klassischen Gottesbeweise stünde glänzend da. Die Theodizee, die logische Rechtfertigung Gottes, erhöhe sich wie Phönix aus der Asche des niedergebrannten Kritizismus.

Mit anderen Worten: Nach der Kritik an Kant wäre noch eine Kritik am Kantkritiker Derrida fällig. Doch zunächst scheint dessen Position so unangreifbar wie originell. Haben die bisherigen Agnostiker

immer nur kleinlaut behauptet, es sei dem Menschen nicht gegeben, die Wahrheit zu finden, so proklamiert Derrida frohgemut: Es gibt gar keine Wahrheit! Es ist völlig überflüssig, nach dem „Richtigen“ und „Eigentlichen“ zu suchen! Eine solche Behauptung hat, bei allem Schock, zweifellos etwas Befreiendes. Ganz neue, kühne Perspektiven scheinen sich aufzutun.

Freilich, die Philosophen werden gleich in der ersten dieser Perspektiven auf die eigene Abhandlung verwiesen. Sie sind bekanntlich professionelle Wahrheits-sucher. Aber wenn es keine Wahrheit gibt, brauchen wir auch keine Wahrheits-sucher. Derrida spricht denn auch ganz offen davon, daß die Philosophie endlich in Literatur überführt werden müsse. Der Heidegger'sche Beruf auf sich selbst, auf den Meister, dessen angestrebte „Lichtung des Seins mittels Sprache“, dessen Versuch, „das Einfache der Sprache zu sprechen“, eindeutig auf Literatur, auf Poesie hinauslaufe.

Indes, Derrida gebärdet sich viel radikaler als Heidegger - und fällt dabei in den Sumpf. Heidegger will „das Sein“ lichten, auch für ihn gibt es einen denkbaren Zustand der Offenbarkeit, der sich schwelch von dem des „In-der-Wahrheit-Seins“ unterscheidet. Ein literarischer Text, ein Gedicht vielleicht, erhält Dignität durch frapierende, jäh erhellende Seinsnähe. Derridas literarische Texte hingegen sind nicht einmal Motten, die um ein Licht tanzen, nicht einmal Nachtfalter mit Geruchsortierung, es sind hilflos vor sich hinblühende schwarze Käbe im Tunnel, denen allenfalls die „dekonstruktive“ Kritik augenblicksweise gewisse Reize und Bedeutungen abgewinnen kann.

Nicht nur Philosophie dankt hier ab, sondern auch die gegen sie ausgespielte Literatur. An den Platz des Seins (der Wahrheit, Gottes) rückt bei Derrida nichts weiter als Derrida selbst, „der Einzige und sein (Text-)Eigentum“, den es nicht im mindesten interessiert, woher er kommt, wohin er geht, wer er ist, der nur noch ein bißchen Rhetorik zur Selbstunterhaltung betreibt. Der Verzicht auf Erkenntnis bedingt notwendigerweise Seinsverlust, freiwilligen Rückzug in vorwachsene Schmelzphasen. Es ist ein großes Verdienst des Pariser Philosophen und Papstes der sogenannten „Jale-Mafia“, uns diese geistige Regression auf so hohem Niveau vorgeführt zu haben.

Er hat damit auf unerwartete Weise die alten Theodizeen wieder ins Recht gesetzt. Die Aufklärung, so hat er gezeigt, war auch in ihrer strengsten Version, nämlich in der Version Kants, ein verkapteter Gottesbeweis. Wer aber dieser Aufklärung, der Suche nach Wahrheit, ganz entsagt, der geht unter seine eigenen Möglichkeiten, der verweigert sich selbst. Wenn wir zu uns selbst stehen und nach Wahrheit streben, beweisen wir Gott (und beweisen darüber hinaus, daß der gute Papa Tillich tatsächlich ein großer Tröster verzweifelter Seelen gewesen ist).

Pankraz

Neu in Berlin: Die Villa Griesbach Auktionen

Mit Zille an den Start

In Berlin wurde ein neues Auktionshaus gegründet. Vier Galeristen - Pels-Leusden in Berlin, Neumann in Düsseldorf, Thomas in München und Utermann in Dortmund - haben sich zur „Villa Griesbach Auktionen Organisationsgesellschaft“ zusammengeschlossen. Die Gmbh beginnt mit einem Startkapital von 1,2 Millionen Mark. Wenn sich die Geschäfte gut entwickeln, sind die vier Gründer zu einer höheren Beteiligung bereit. Zugleich bemühen sie sich um weitere Teilhaber in Frankfurt und Hamburg. Außerdem wird die Umwandlung in eine AG nach vier, fünf Jahren ins Auge gefaßt. Berlin wurde der Steuererleichterungen wegen als Sitz gewählt. Die Versteigerungen leitet Bernd Schultz, Mitinhaber bei Pels-Leusden und Anreger der Berliner Antiquitätenmesse „Orangerie“.

Vorerst plant man jeweils zwei Auktionen pro Jahr, die sich - dem Programm der Gründungsgaleristen entsprechend - auf Gemälde und Graphik des 19. und 20. Jahrhunderts konzentrieren. So wird am 21. November 1986 bei der ersten Versteigerung in der Villa Griesbach in der Fasanenstraße eine Schweizer Privatsammlung ausgerufen, deren Schwerpunkte bei Dix, Münter, Lesser Ury und Zille liegen. Dazu kommen noch umfangreiche Werkgruppen von Corinth, Liebermann, Siegel und Hofer. Die wichtigsten Stücke sollen außerdem zuvor in den vier Galerien ausgestellt werden. Als Besonderheit des neuen Auktionshauses hob Bernd Schultz bei der Pressekonzferenz eine einjährige Garantie auf alle Objekte hervor. Außerdem wird ein unabhängiger Treuhänder

die schriftlichen Gebote wahrnehmen, damit nicht der Verdacht aufkommen kann, der Auktionator reiße sie immer bis zum Höchstpreis aus. Die Frage, ob man dem Bundesverband Deutscher Kunstversteigerer beitreten wolle, verneinte Schultz, eher werde man einen eigenen Verband gründen. Eine gewisse Konfrontation gegenüber den etablierten Versteigerungshäusern läßt sich also nicht übersehen. Das gilt nicht nur für die beiden führenden Berliner Auktionatoren, Bassenge und Spik, sondern vor allem für die großen eingeführten Häuser in der Bundesrepublik.

Dabei geht es weniger um die Käufer als um die Einlieferer. Denn dem Auktionsmarkt mangelt es an geeigneten Objekten. Wer etwas auf eine Auktion geben will, was nur einigermaßen von Belang ist, sieht sich stets bald heftig umworben. Nicht nur von den deutschen Häusern, sondern auch von Sotheby's und Christie's, die ihre Repräsentanten in Deutschland vor allem unterhalten, um Material für London oder New York zu gewinnen.

Die „Villa Griesbach Auktionen“ wagen sich also auf ein Terrain, wo sie kaum Freunde treffen werden. Die Versuchung wird deshalb groß sein, die Angebote mit Kunstwerken aus dem Besitz der vier Gesellschafter, der ja nach den strengen Regeln des Gesetzes keine Eigenware ist, aufzufüllen. Man darf gespannt sein, ob sich die Hoffnungen erfüllen werden, die sich mit dieser Gründung verbinden. Berlin ist eine solche Bereicherung jedenfalls zu gönnen.

PETER JOVISHOFF

Seine Wirkung reicht bis in unsere Tage - Christoph Wilhelm Hufeland, der große Arzt der Goethezeit

Die Kunst, das Leben zu verlängern

Christoph Wilhelm Hufeland, dessen 150. Todestag heute zu begehen ist, war der überragende Arzt der Goethezeit. Im Alter galt er geradezu als Papst in allen Fragen der Medizin. Es gab kaum eine Berufskategorie, mit der er nicht in Verbindung stand. Mit dem „Geistvollen“ Göttinger Philosophen Georg Christoph Lichtenberg, in dessen Haus er als Student eine Zeitlang gelebt hatte, unterhielt er bis zu dessen Tode von herzlicher Verehrung geprägte Kontakte. Kant widmete ihm 1796 die Abhandlung „Von der Macht des Geistes, durch bloßen Vorsatz seiner krankhaften Gefühle Meister zu sein“. Goethe lud ihn zu einem Vortrag in seiner „Freiengesellschaft“ ein.

Hufeland war Vertreter der Königin Luise, die ihn regelmäßig zum Tee einlud, um deren Bade- und Trinkkuren er sich umsichtig kümmerte und die er auch auf ihrer Flucht über die Kurische Nehrung nach Memel im Januar 1807 begleitete. Der neben Schadow bedeutendste Bildhauer des deutschen Klassizismus, Christian Daniel Rauch, schuf eine Marmorbüste von ihm. Die Academia Leopoldina zu Halle benannte eine neuentdeckte Pflanzenart nach ihm zu Ehren „Hufelandia“.

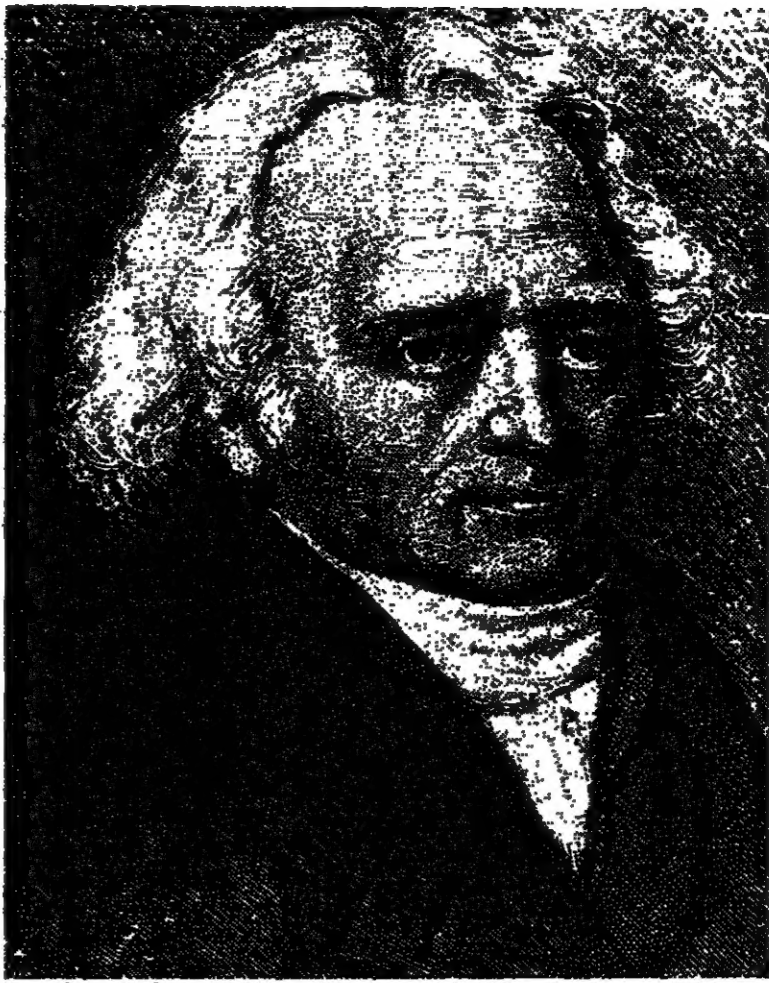
Der so Geehrte gehörte zu den Vorläufern der Psychosomatik, den Mitbegründern der Berliner Universität und den entscheidendsten Vorkämpfern für die Pockenimpfung. Durch seine Schriften hat er wie kein zweiter Zeitgenosse der modernen Präventivmedizin den Weg bereitet, den gesundheitlichen Nutzen des Bades, des Sports und der noch heute in allen Erste-Hilfe-Kursen gelehrt elementaren Rettungsmaßnahmen, einschließlich der Mund-zu-Mund-Beatmung, nachdrücklich propagiert und insgesamt sich für eine Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in Deutschland eingesetzt. Auch zählt er zu den Ahnherren der heutigen Gerontologie.

Christoph Wilhelm Hufeland wurde am 12. August 1763 im thüringischen Langensalza geboren und wuchs in Weimar auf. Als der junge Goethe dort ankam, war Hufeland eben 13 Jahre alt geworden. Die nächsten Stationen seines Lebens waren Jena und Göttingen, wo er Medizin studierte. Danach kehrte er nach Weimar zurück, wo er als einfacher Landarzt wirkte.

Herzog Karl August, der Freund Goethes, verhalf ihm unter dürftigen Bedingungen lebenden Medizinern zu dieser Stelle, nachdem er einen Vortrag von ihm in Goethes Freitagesgesellschaft gehört hatte. 1801 übersiedelte Hufeland, an den preußischen Königshof berufen, nach Berlin. Dort starb er auch im Alter von 74 Jahren, am 25. August 1838. Begraben wurde er auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin, wo sich auch Hegels letzte Ruhestätte befindet.

Kein Mediziner seiner Zeit war literarisch so fruchtbar wie er, und dies ist um so beachtlicher, als er schon in frühen Jahren halb erblindete und deshalb viele seiner Arbeiten diktieren mußte. Die meisten seiner Werke sind infolge der seitherigen naturwissenschaftlichen Fortschritte nur noch für die Medizin, Sozial- oder Ideengeschichte interessant. Aber es gibt wenigstens eines, das auch 150 Jahre nach Hufelands Tod, immer noch frisch und unveraltet ist und sich nicht bloß an Fachleute, sondern an jeden gesundheitsbewußten Menschen wendet.

Dieses Buch, 1797 in erster Auflage erschienen, hat den Titel „Makrobiotik oder die Kunst, das menschliche



Zu seinen Patienten zählten Goethe und Schiller, Herder und Wieland: Der Arzt Christoph Wilhelm Hufeland. FOTO: KRYSTONE

Leben zu verlängern.“ Es geht, trotz mancher zeitbedingter Aussagen, die heute für überholt gelten, zu den bedeutendsten Werken der medizinischen Literatur. Man kann es als Musterbeispiel eines im besten Sinne des Wortes populären Sachbuches mit therapeutischen Zielsetzungen ansehen. Die „Makrobiotik“ wurde bereits zu Hufelands Lebzeiten in beland alle europäischen Sprachen übersetzt. Sogar in Rußland, China und Amerika sind Ausgaben dieses Bestsellers erschienen. Nach wie vor kommen alle paar Jahre Neuauflagen, Reprints oder Bearbeitungen auf den Markt.

Durch dieses Buch, das eine jahrtausendelange, bis auf Hippokrates zurückreichende Überlieferung abschließt, ist Hufeland auch noch in der Gegenwart wirksam. Es enthält eine umfassende Lebenslehre, verbindet Physiologie und Ethik, Hygiene und praktische Philosophie zu einem humanen Ganzen. Obwohl als

Leben zu verlängern.“ Es geht, trotz mancher zeitbedingter Aussagen, die heute für überholt gelten, zu den bedeutendsten Werken der medizinischen Literatur. Man kann es als Musterbeispiel eines im besten Sinne des Wortes populären Sachbuches mit therapeutischen Zielsetzungen ansehen. Die „Makrobiotik“ wurde bereits zu Hufelands Lebzeiten in beland alle europäischen Sprachen übersetzt. Sogar in Rußland, China und Amerika sind Ausgaben dieses Bestsellers erschienen. Nach wie vor kommen alle paar Jahre Neuauflagen, Reprints oder Bearbeitungen auf den Markt.

Durch dieses Buch, das eine jahrtausendelange, bis auf Hippokrates zurückreichende Überlieferung abschließt, ist Hufeland auch noch in der Gegenwart wirksam. Es enthält eine umfassende Lebenslehre, verbindet Physiologie und Ethik, Hygiene und praktische Philosophie zu einem humanen Ganzen. Obwohl als

Politik aus dem Poesiealbum: Der Film „Rote Kisse“

Geliebter Klassenfeind

Sie klebt nachts heimlich Plakate, schreibt Briefe an Stalin und hat Coca-Cola ebenso wie Blaujeans aus ihrem jungen Leben verbannt. Kein Zweifel, die fünfzehnjährige Nadia, Tochter polnischer Juden, ist in den Kommunisten verliebt. Doch obwohl sie in Paris der frühen fünfziger Jahre tagelange Traktate verteilt und abends an wichtigeren Sitzungen eines pseudoproletarischen Komitees teilnimmt, hat sie die Kunst des Klassenfeinds nicht ganz aus ihren Träumen streichen können. Ingeheim schwärmt Nadia für Scarlett O'Hara, die Südstaatenprinzessin aus „Vom Winde verweht“.

Ausgerechnet bei einer haßentzündeten Demonstration gegen Amerika passiert es dann: Nadia wird von Polizisten in die Enge getrieben, überprügelt und erst von einem jungen Fotografen gerettet. Schon bald allerdings offenbart dieser Märchenprinz einen gravierenden Makel. Er verkauft seine Schnappschüsse just an solche Hochglanz-Illustrierten, die keineswegs dem Klassenkampf, sondern den Abenteuerlust der amerikanischen Lebensart huldigen. Dennoch beginnt zwischen dem Mädchen und dem sympathischen Schönling Stillephane eine Romanze voller Rückschlüsse und Neuanfänge, die das verklärte Idealbild des russischen Revolutionärs allmählich verblasen lassen. Als dann jener Moische aus Moskau zurückkehrt, den ihre Mutter einst vor den Nazis versteckte, stürzt Nadias Stalin-Ikone endgültig vom Sockel. Statt nämlich vom Triumph des Kommunismus zu berichten, erkennt Moische verblüfft an seine Kameraden, die in sibirischen Arbeitslagern erfordern.

So erzählt die französische Regisseurin Vera Belmont in ihrem ersten Spielfilm die Geschichte einer heilsamen Desillusionierung, eines Abschieds von rosarotem Idealismus, der Politik navi ins Poesiealbum klebt. Dieser kurze Entwicklungsroman ist freilich nur einer von vielen schillernden Mosaiksteinen, die sich zum feinkörnigen Stimmungsbild der Nachkriegszeit zusammenfügen. Die vom Krieg verschuldeten Hoffnungen der Mutter oder die trügerischen Illusionen des Heimkehrers werden nie wörtlich besprochen, sondern in fast beiläufigen Episoden von unerbittlicher Präzision gespiegelt.

Zwar mag der dramaturgische Bogen dabei nicht immer straff gespannt und das Handlungsmuster gelegentlich altzu großmütig wirken. Doch werden solche Leerstellen geschickt mit dichter Atmosphäre gefüllt. Dafür bürgt schon eine nostalgisch angehauchte Fotografie, die in ihren nebligen Bahnhofsszenen und Nachtstudien an den pessimistischen Realismus Marcel Carnés erinnert und einen zarten Traueranstrich auf die keineswegs deprimierende Geschichte zieht. Dafür bürgen jedoch insbesondere die sorgsam ausgewählten Schauspieler. Etwa Marthe Keller, die als Mutter Bronka glaubhaft zwischen mühsam verdrängter Enttäuschung und tapferer Zuversicht schwankt, während Günter Lamprecht als Stiefvater Herschel den hilflosen Zorn des ewigen Außenseiters verkörpert.

Übertroffen werden beide freilich von Charlotte Valandrey, die bei der diesjährigen Berlinale völlig zu Recht einen Silbernen Bären gewann. Gewiß auch deshalb, weil sie mit unschuldig-raffiniertem Charme die eher kaltschnäuzigen Kindfrauen Hollywoods ausstrahlt. Vor allem aber, da sie hier rührend, doch nie sentimental, von den Schmerzen des Erwachsenwerdens erzählt.

HARTMUT WILMES

KULTURNOTIZEN

Das Wormser Museum hat nach dreijährigen Restaurations- und Erweiterungsarbeiten seine römische Abteilung wiedereröffnet.

Das Musical „Zorbas“ wird mit Anthony Quinn und John Travolta in den Hauptrollen verfilmt.

Indische Kunstgeschichte zeigt eine Ausstellung in der Kölner Kunsthalle bis zum 2. November.

Die dritten Internationalen Amateurtheatertage finden vom 11. bis 14. September in Paderborn statt.

Die „Europacinema“, die der europäischen Produktion gewidmeten Filmtheater in Rimini, werden vom 19. bis 27. September zum drittenmal veranstaltet.

Die syrische Stadt Aleppo ist auf die Liste des „Weltkulturerbes“ der UNO-Organisation Unesco gesetzt worden.

„Gabriela Mistral“, der interamerikanischen Kulturpreisträgerin, ist dem brasilianischen Maler Alfredo Volpi zugesprochen worden.

Expertenstreit um Caravaggios „Lautenspieler“

Reuezüge wecken Zweifel

Für den Marchese Giustiniani malte der Caravaggio den „Lautenspieler“, den dessen Erben 1808 nach Rußland verkauften. Ob die Eremitage in Leningrad das Bild zu der großen Ausstellung des wichtigsten Meisters des italienischen Frühbarock im Oktober nach Rom entsenden wird, ist noch nicht sicher. Gewiß aber wird unter den Bildern aus öffentlichen und privaten Sammlungen der „Lautenspieler“ gezeigt. Den Christie's am 16. Mai dieses Jahres für 27 Millionen Lire (rund 40 000 Mark) als „Scuola romana del secolo XVII“ einem römischen Sammler zuschlug.

Damit begann die sicher nicht letzte Auffregung, die Michelangelo Merisi nach seinem lombardischen Geburtsort Caravaggio genannt, der Nachwelt bereite. Denn nach einer „vita maledetta“, wegen verschiedener Totschläge von den Malteserrittern durch halb Italien verfolgt, schließlich, nur 37 Jahre alt, tot am Strand von Porto Ercole gefunden, hat der raffinierte Maler auch viele Zweifel über sein Werk hinterlassen.

Und jetzt droht die angebliche „Kopie“ einen Expertenstreit zu entfesseln. Als ihr neuer Besitzer es reinigen ließ, tauchten unter einer dicken Übermalung aus dem 19. Jahrhundert eine ganze Reihe vorher nicht sichtbarer Details und sogenannter „pentimenti“, „Reuezüge“, also Korrekturen auf. Kopien aber kennen keine Korrekturen. Der Sammler wandte sich daher an den Experten Maurizio Marini, der die Caravaggio-Ausstellung in Rom vorbereitet, und der begann, fasziniert von der Güte des gereinigten Bildes, mit Nachforschungen.

Die ergaben Folgendes: Zeitgenössische Biographen Caravaggios sprechen von einem zweiten „Lautenspieler“, den der Maler für seinen Beschützer, den Kardinal del Monte, angefertigt hat. 1971 fand man das Inventar des verstorbenen Kardinals und Dokumente über die Versteigerung seiner Kunstwerke, die den Verkauf des „Lautenspielers“ an den

„Makrobiotik“ in der Absicht geschrieben. Ratschläge zur Verlängerung des menschlichen Lebens zu vermitteln, kann und sollte dieses Werk eher als eine Einführung in die Kunst, richtig und naturgemäß zu leben, gelesen und aufgefaßt werden: als „Orthobiotik“.

Hufeland ist der Meinung, daß der Mensch von Natur aus weit älter werden könne, als es im Durchschnitt der Fall ist. Er schätzt die mögliche Lebensdauer sogar auf 150 bis 160 Jahre - eine Annahme, die zumindest nach den Erkenntnissen der neuesten Gerontologie, wohl zu hoch gegriffen ist. Doch sei dem wie immer, die Rezepte der „Makrobiotik“ enthalten nichts, was mit Hexerei zu tun hat. Hufeland verspricht keine Wunder und verschmäht es, seinen Lesern magische Lebenselixiere oder Alchemiemittel in Aussicht zu stellen. Nicht ohne Spott behandelt er alle abergläubischen Versuche, das Leben durch Talismane, Amulette oder Horoskope zu verlängern.

Seine eigenen Vorschläge zur Verlängerung des Lebens überschreiten niemals die Ebene vernünftiger und praktikabler Maßnahmen, die grundsätzlich jeder ergreifen kann. Sie sind einleuchtend und trüffig, zumindest für jeden maßvoll am Leben hängenden Nichtselbstmörder. Das beginnt mit dem Rat an die Mütter, das Baby tunlichst selber zu stillen und für ausreichende körperliche Bewegung in frischer Luft zu sorgen, und endet mit dem benediktinischen Imperativ: Ora et labora, „bete und arbeite!“

„Makrobiotik oder die Kunst, das menschliche Leben zu verlängern“ ist ein Meisterwerk deutscher Prosa. Antike Lebensweisheit und Diätetik, die Erfahrungen christlicher Askese und geduldige Beobachtung im Umgang mit dem menschlichen Leib sind in ihr zu einer magisterialen Anthropologie in praktisch-therapeutischer Absicht verbunden. Seit bald 200 Jahren immer wieder aufgelesen und in zahlreiche Sprachen übersetzt, ist es nicht nur ein kostbares Dokument deutscher Medizin im Zeitalter Goethes, sondern auch ein in weiten Teilen unvermindert aktuelles Werk einer physiologisch fundierten Ethik und Lebenskunst. Mit diesem Buch ist der in einem kleinen Gedicht geäußerte Wunsch des rastlosen Gelehrten und Menschenfreundes Hufeland in Erfüllung gegangen:

„Helfen durch Lehre und Tat war meines Lebens Bestimmung. Möcht auch noch nach meinem Tod Lehrer und Helfer euch sein.“

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

JOURNAL

Moskau im Mittelpunkt der Berliner Festwochen

AP, Berlin
Bei den 36. Berliner Festwochen vom 1. bis 28. September steht Moskau im Mittelpunkt. Bereits 1983 hatten sich die Festwochen mit Aspekten der russischen Kunst Anfang des 20. Jahrhunderts befaßt. In diesem Jahr soll die Darstellung der aktuellen künstlerischen Situation in Moskau folgen. Schwerpunkt des Programms ist die Musik mit mehreren Erst- und Uraufführungen. Es gibt Konzerte mit Claudio Abbado, Herbert von Karajan, Sergiu Celibidache, dem staatlichen Sinfonieorchester Moskau und den Berliner und Münchner Philharmonikern.

Aufsatzwettbewerb über den Nachbarn Frankreich

DW, Stuttgart
Die Robert-Bosch-Stiftung schreibt im Schuljahr 1986/87 zum siebten Mal ihren Aufsatz-Wettbewerb „Der Frankreich-Preis“ aus, diesmal mit dem Motto „Frankreich, unser Nachbar. Verständigung miteinander. Verständnis füreinander“. Beteiligen können sich Klassen und Arbeitsgemeinschaften für Französisch an berufsbildenden Schulen des Sekundarbereichs II einschließlich beruflicher Gymnasien. (Robert-Bosch-Stiftung, Postfach 152, 7000 Stuttgart 1.)

„DDR“ plant erstes Nationales Theaterfest

AP, Berlin
In der „DDR“ soll im Januar 1987 erstmals ein Nationales Theaterfestival ausgerichtet werden. Das Ostberliner Festival soll in einem Leistungsvergleich „Maßstäbe für die weitere Entwicklung der Bühnenkunst in der DDR“ setzen und den „hohen Stand der dem humanistischen Erbe und der progressiven zeitgenössischen Dramatik verpflichteten Theaterkunst der DDR“ dokumentieren. Organisatoren sind das Kulturministerium und der Theaterverband, die sich bei ihrer Veranstaltung offensichtlich vom Westberliner Theatertreffen inspirieren lassen.

Aus der Frühzeit des Happenings

dpa, Dortmund
Allan Kaprow, der Ende der 50er Jahre das „Happening“ erfand, kommt erstmals zu Museumsseminaren in der Bundesrepublik. Bis zum 5. Oktober ist im Museum am Ostwall in Dortmund eine umfangreiche Dokumentation zu sehen, die mit sieben Rauminstallationen, zahlreichen Dokumenten und etlichen Bildern beweist, wie die Aktions-Artisten Kunst und Leben in der Aufbruchstimmung der 60er Jahre verbinden wollten.

Alexander May bleibt nur noch zwei Jahre

dpa, Hannover
Der Intendant des hannoverschen Staatsschauspiels, Alexander May, hat dem Aufsichtsrat des Staatstheaters mitgeteilt, er wolle keine Gespräche über eine Vertragsverlängerung nach 1988 führen. May, der seit zehn Jahren dem Theater in Hannover vorsteht, damit, daß die Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrates, in dem das Land Niedersachsen eine Zweidrittelmehrheit gegenüber der Stadt Hannover besitzt, nicht mehr auf seiner Seite stehe.

Preis der Festspiele von Vevey für „Männer“

AFP, Vevey
Beim 6. internationalen Festival des humoristischen Films in Vevey am Genfer See ist der deutsche Film „Männer“ von Doris Dörrie mit dem „Goldenen Spazierstock“ ausgezeichnet worden. Den Preis für die beste schauspielerische Leistung erhielt der Franzose Bernard Menez für seine Rolle in „Maine Ocean“ von Jacques Rozier. Der Publikumspreis ging an „Black mic-mac“ des französischen Regisseurs Thomas Gilou. Die Festspiele von Vevey finden in Erinnerung an Charlie Chaplin statt, der dort gelebt hatte und beigesetzt ist.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Denn wir alle wissen's doch im innersten Gemüte, daß jene, die's zu was gebracht haben und aus denen was geworden ist, allermeist zu den schlichthin Widerlichen gehören, damit's endlich einmal ganz klipp und klar gesagt sei.“ Ist das eine allgemein menschliche Tendenz? Eine typisch Wienerische Weltanschauung? Oder doch nur Heimtön von Doderers Misanthropie? In dem Band „Der Oger und andere Kurzgeschichten“ untermauert er sie jedenfalls mit allerhand Andeutungen von Schicksalen, denen er nicht einmal ein tragisches Scheitern, sondern nur ein kleinteiliges Mißlingen zubilligt. Wärrlich Wiener Wirklichkeiten.

mar
Heimtön von Doderer: „Der Oger“, dtv, 165 S., 7,80 Mark



Wer hat den wertvolleren „Lautenspieler“ - Leningrad oder ein privater Sammler? FOTO: DIE WELT

